

**STATISTIK DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**Band 142**

**DAS PERSONAL VON BUND,  
LÄNDERN UND GEMEINDEN  
AM 2. OKTOBER 1954**



~~54.3133/~~  
56.3.009

C 13-015341

**Herausgeber: Statistisches Bundesamt · Wiesbaden**

**W. Kohlhammer-Verlag · Stuttgart-Köln**

# Inhalt

	Seite
Vorwort .....	3
Methodische Vorbemerkungen .....	5
I. Gesamtüberblick .....	7
II. Gliederung nach Gebietskörperschaften .....	7
1. Bund .....	7
2. Länder, Hansestädte und West-Berlin .....	8
3. Gemeinden und Gemeindeverbände .....	10
III. Gliederung nach Personalgruppen .....	11
1. Wichtige Aufgabengebiete .....	11
2. Dienstverhältnisse, Laufbahngruppen, Ortsklassen .....	13
3. Weibliche Kräfte, Schwerbeschädigte, Vertriebene und Heimkehrer .....	18
IV. Regionale Unterschiede .....	19
1. Aufgabenverteilung auf staatliche und kommunale Körperschaften .....	19
2. Personalgruppen .....	19
3. Dienstverhältnisse und Laufbahngruppen .....	20
V. Entwicklung seit der Vorkriegszeit .....	21
1. Aufgabenverteilung auf Bund (Reich), Länder und Gemeinden .....	21
2. Gliederung nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen .....	22
Übersicht über die in der Personalstandstatistik zum 2. Oktober 1954 erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften .....	23
Tabellenteil (lt. besonderem Verzeichnis) .....	25

## Übersichten im Text

1. Personal von Bund, Ländern und Gemeinden sowie sonstigen öffentlichen Diensten .....	7
2. Personal des Bundes .....	7
3. Personal der Versorgungsverwaltung .....	8
4. Personal der Bundesbahn und Bundespost .....	8
5. Personal der Länder .....	8
6. Personal der Hansestädte .....	9
7. Personal West-Berlins .....	10
8. Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände .....	10
9. Anteil gesondert erfaßter Personalgruppen am Personal der Gebietskörperschaften .....	11
10. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen .....	15
11. Personal der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ortsklassen .....	16
12. Personal der Länder nach Ortsklassen .....	16
13. Beamte der Hoheitsverwaltungen der Länder nach Ortsklassen .....	17
14. Personal der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ortsklassen .....	17
15. Vertriebene und Heimkehrer im Dienst des Bundes .....	19
16. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Länder und Gemeinden am 2. Oktober 1954 .....	19
17. Personal der Hoheits- und Kammereiverwaltungen am 2. Oktober 1954 .....	20
18. Zusammensetzung des Personals der Hoheits- und Kammereiverwaltungen nach Dienstverhältnissen .....	20
19. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kammereiverwaltungen nach Laufbahngruppen ...	21

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet

Erschienen im Januar 1956

## Vorwort

Die Personalstandstatistik bei Bund, Ländern und Gemeinden ist zum 2. Oktober 1954 – ebenso wie in den beiden vorhergegangenen Jahren – als Kurzmeldung durchgeführt worden.

Zahlen über das Personal des Bundes konnten bereits in einem Bericht vom 9. Dezember 1954 für den inneren Dienstgebrauch bekanntgegeben werden; dagegen hat die Durchführung der Statistik für Länder und Gemeinden wieder einige Verzögerungen erfahren, so daß eine vorläufige Gesamtdarstellung erst im Juni 1955 „(Wirtschaft und Statistik“ 6. Jg. NF, Heft 6) möglich war. Entscheidend für diese Verzögerung war vor allem die Überschneidung der Termine mit der Gemeindefinanzstatistik 1953, deren Aufbereitung in die gleichen Monate fiel, in denen die Personalstandstatistik bearbeitet werden mußte.

Da der Begriff „Öffentliche Verwaltung“ nicht eindeutig abgegrenzt ist, erschien es zweckmäßig, den Titel dieser Veröffentlichung in „Personal von Bund, Ländern und Gemeinden“ abzuändern, um damit zu dokumentieren, daß es sich nur um den öffentlichen Dienst im engeren Sinne, nämlich die Gebietskörperschaften handelt.

Die Arbeit ist in der von Ltd. Regierungsdirektor Dr. Herrmann geleiteten Abteilung „Finanz- und Steuerstatistik“ des Statistischen Bundesamtes zusammengestellt worden. Bearbeiter im Hauptreferat von Oberregierungsrat Mengert war Regierungsrat Dr. Hüttner.

Wiesbaden, im Januar 1956

**Dr. Gerhard Fürst**  
Präsident des Statistischen Bundesamtes



# Methodische Vorbemerkungen

## Erhebungsbereich

Die Erhebung zum 2. Oktober 1954 erfaßt wie die vorangegangenen Erhebungen (zum 2. Oktober 1953, 1952 und zum 2. September 1950) alle hauptberuflich vollbeschäftigten Dienstkräfte der Gebietskörperschaften — Bund, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände, Hansestädte und West-Berlin. Nicht einbezogen sind

bei den Hoheits- und Kämmererverwaltungen die Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern (1950 etwa 10 000 Kräfte),

bei den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern (etwa 15 000 Kräfte).

Ergänzend wurden wie in den vorangegangenen Erhebungen die Dienstkräfte der Bundesbahn, Bundespost und Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sowie der nachstehenden rechtsfähigen Anstalten öffentlichen Rechts in der Erhebung erfaßt:

Mühlenstelle  
Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel  
Einfuhr und Vorratsstelle für Fette  
Einfuhrstelle für Zucker  
Forschungsanstalt für die Landwirtschaft  
Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder.

Zahlen über den Personalstand dieser Anstalten sind im Textteil und in den Tabellen A 2, D 14, 15, 17. und E 18 veröffentlicht.

## Zuordnung zu den Gebietskörperschaften und Gemeindegrößenklassen

Das Personal der Behörden und Einrichtungen der Kriegsofopferversorgung<sup>1)</sup>, im folgenden als „Versorgungsverwaltung“ bezeichnet, wurde gesondert behandelt. Im Textteil ist die Versorgungsverwaltung im Zusammenhang mit dem Bund (Abschnitt II, 1) dargestellt. Soweit das Personal in einzelnen Abschnitten (III, 2) dem Landespersonal zugerechnet ist, ist jeweils besonders darauf hingewiesen.

Die Dienstkräfte der Berliner Post, der Zollverwaltung, der Sondervermögensverwaltung und der ehemaligen Reichs- und Staatseinrichtungen wurden wie in den vorangegangenen Erhebungen und entsprechend der Rechtslage als Bedienstete West-Berlins nachgewiesen. Soweit diese Personalgruppen bei regionalen Vergleichen dem Personal West-Berlins nicht zugerechnet sind, ist dies besonders angemerkt.

Im Einklang mit dem Verfahren der Gemeindefinanzstatistik sind die Gemeinden den Größenklassen nach dem Stand vom Stichtage der letzten Volkszählung, dem 13. September 1950, und zwar mit dem Gebietsstand vom 31. März 1955 zugeordnet (vgl. Übersicht auf Seite 23). Dies ist zur Erhaltung der zeitlichen Vergleichbarkeit notwendig. Konstanz wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1953 zur kreisangehörigen Stadt erklärt. Da diese Stadt in der Rechnungsstatistik 1953 noch als kreisfreie Stadt der Größenklasse „mit weniger als 50 000 Einwohnern“ erfaßt ist, war eine entsprechende Nachweisung in der Personalstandstatistik zum 2. Oktober 1953 erforderlich. Zum 2. Oktober 1954 ist Konstanz als kreisangehörige Stadt in die Größenklasse „mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern“ einbezogen. Das Personal der Stadt Augsburg wurde für 1953 irrtümlich der Größenklasse „mit 200 000 und mehr Einwohnern“ anstatt „mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern“ zugeordnet. Die in dieser Veröffentlichung angegebenen Vergleichszahlen sind berichtigt.

<sup>1)</sup> Bundesgesetz vom 12. März 1951; Kostenregelung in § 1 Abs. 3, Ziff. 2 des 1. Überleitungsgesetzes i. d. F. vom 21. August 1951.

## Gliederung nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen

Die Zuordnung zu den Dienstverhältnissen ist gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Es wurden erfaßt

als **Beamte**: Beamte aller Art, Beamtenanwärter und Diätäre sowie Angestellte, die Bezüge nach der RBO erhalten; Wahlbeamte sowie in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis anderer Art hauptberuflich vollbeschäftigte Personen, wie Minister; hauptamtliche Bürgermeister und Landräte, soweit sie hauptberuflich Leiter einer Verwaltung, nicht dagegen, wenn sie Vorsitzende eines legislativen Organs sind; Nachwuchskräfte in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen, z. B. Referendare, auch sofern keine Unterhaltszuschüsse gezahlt werden, Verwaltungslehrlinge (Rd. Erl. d. RmDI vom 10. April 1942, MBl. i. V. S. 691);

als **Angestellte**: Im privatrechtlichen Dienstverhältnis ständig und unständig beschäftigte Angestellte; wissenschaftliche Hilfskräfte, soweit nicht Diätäre oder ehrenamtlich (ohne Dienstverhältnis zur betreffenden Körperschaft); Nachwuchskräfte im unmittelbaren privatrechtlichen Dienstverhältnis zur Gebietskörperschaft — soweit nicht im Arbeitsverhältnis — (z. B. Angestelltenlehrlinge, Bürolehrlinge, Volontärärzte, Hilfsärzte, Pflichtassistenten u. dgl.);

als **Arbeiter**: Ständig und unständig beschäftigte Lohnempfänger (Saisonarbeiter), einschließlich Arbeiter, deren Lohnaufwand in Sachkonten oder allgemeinen Haushaltsausgaben enthalten ist (z. B.: Arbeiter bei den Straßenverwaltungen, Waldarbeiter). Nachwuchskräfte im Arbeitsverhältnis (z. B. Handwerker- oder Landwirtschaftslehrlinge).

Die Beamten und Angestellten sind den Laufbahngruppen nach der Besoldung bzw. Vergütung wie folgt zugeordnet:

Laufbahngruppe	Besoldungsordnung / -gruppe	Vergütungsgruppe (TO.A)
Höherer Dienst ...	B, A 1a bis A 2c2	Überartifflche Vergütung und I bis III
Gehobener Dienst .	A 2d bis A 4c2	IV bis VI
Mittlerer Dienst...	A 4d bis A 8	VII und VIII
Einfacher Dienst..	A 9 bis A 12	IX und X

Beamte in Ausbildung und Diätäre sind in der ihrer Ausbildung entsprechenden Laufbahn gezählt. Diese Zuordnung gilt nunmehr auch für die Beamten und Angestellten West-Berlins.

## Zuordnung zu den Personalgruppen

Soweit die Personalgruppen bereits im Vorjahr gesondert erfaßt wurden, würde die Abgrenzung nicht verändert. Es wurden erfaßt:

als **Lehrpersonen**: Lehrer an Einrichtungen des Schul- und Hochschulwesens;

als **nicht Lehrkräfte** an Einrichtungen anderer Verwaltungszweige, in denen Verwaltungsangehörige oder Nachwuchskräfte für eine bestimmte Verwaltungsaufgabe ausgebildet oder darin weitergebildet werden.

als **Bedienstete der Polizei**: Angehörige des Vollzugsdienstes einschließlich des zugehörigen Verwaltungspersonals und der Dienstkräfte in Einrichtungen der Polizei, ohne die Kräfte in der gemeindlichen Ordnungsverwaltung und ohne die Bereitschaftspolizei West-Berlins;

als **Bedienstete der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens**: Dienstkräfte in Einrichtungen der allgemeinen Fürsorge, der Kriegsfolgenhilfe, der Jugendhilfe, des Gesundheitswesens, der Leibesübungen und der Jugendpflege; nicht dagegen das Personal der entsprechenden Ein-

richtungen der Versorgungsverwaltung und der Universitätskliniken;

als Bedienstete der gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen: Personal aller Einrichtungen des Einzelplanes 7 der kommunalen Haushalte, ohne das Personal der Sparkassen;

als Bedienstete der Ausgleichsämter: Personal der Landesausgleichsämter, der Ausgleichsämter und deren Nebenstellen;

als Bedienstete der Entschädigungsbehörden: Personal der Landesentschädigungsämter, Entschädigungsämter, Landes- und Bezirksämter für Wiedergutmachung, nicht dagegen der Entschädigungsgerichte..

Unverändert blieben ebenfalls nachstehende Definitionen: Schwerbeschädigte sind Personen mit anerkannter Erwerbsminderung von 50 vH und mehr und ihnen Gleichgestellte (Schwerbeschädigtengesetz vom 16. Juni 1953, §§ 1 und 2).

Vertriebene sind Personen deutscher Staats- oder Volkszugehörigkeit, die ihren Wohnsitz in den Ostgebieten unter polnischer oder sowjetischer Verwaltung (Ostpreußen) oder im Ausland nach dem Gebietsstand des Reiches von 1937 im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges durch Flucht oder Vertreibung verloren haben.

Heimkehrer sind Personen, die unter das Heimkehrergesetz vom 19. Juni 1950 fallen und seit dem 1. Januar 1948 aus fremdem Gewahrsam entlassen sind.

### Gliederung nach Ortsklassen

Im Zusammenhang mit Vorarbeiten für eine Neuordnung der Besoldung im öffentlichen Dienst wurde das Erhebungsmaterial der Personalstandstatistik nach Ortsklassen gruppiert. Die Verordnung zur Änderung des Ortsklassenverzeichnisses vom 13. Dezember 1954 (BGesetzbl. II, S. 1208) hat allerdings eine Reihe von Änderungen gebracht, denen durch eine zweite Aufbereitung des Materials nur für den kommunalen und einen Teil des staatlichen Bereichs Rechnung getragen werden konnte. Die fehlenden Angaben für Bund und Länder, insbesondere für die wirtschaftlichen Unternehmen, wurden durch Schätzung ergänzt. Das Material kann somit, vor allem soweit es die Bundes- und Landesverwaltungen betrifft, nur zur Vermittlung von Größenvorstellungen dienen. Es gibt den Personalstand der Gebietskörperschaften vom 2. 10. 1954 in der Gliederung nach Ortsklassen nach dem derzeitigen Stand des Ortsklassenverzeichnisses wieder. Für Bundesbahn und Bundespost liegt ausreichendes Material nicht vor, insbesondere deshalb, weil diese Betriebsverwaltungen die Löhne der Arbeiter nach anders abgegrenzten Ortslohnklassen staffeln.

Die absoluten Zahlen stimmen in der Summe nicht mit den Ergebnissen der Personalstandstatistik, wie sie in den übrigen Abschnitten dieser Veröffentlichung dargestellt sind, überein, weil die meisten Berichtsstellen Personen, die keinen nach Ortsklassen gestaffelten Wohnungsgeldzuschuß erhalten (z. B. Empfänger von Unterhaltszuschüssen, Auswärtiger Dienst) in die Aufgliederung nicht einbezogen haben.

### Zeitliche Vergleiche

Die Richtlinien für die Erhebung zum 2. Oktober 1954 sind gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Bei Bearbeitung des Erhebungsmaterials stellte sich jedoch heraus, daß die

Erfassung im Vorjahre nicht in allen Punkten völlig einheitlich gewesen ist; insbesondere sind Kräfte in Ausbildungsverhältnissen (Referendare, Beamtenanwärter, Assistenz- und Volontärärzte, Schwesternschülerinnen u. dgl.) 1953 nicht vollständig erfaßt worden. So wurden in Nordrhein-Westfalen rund 3500 Referendare 1954 erstmalig in die Erhebung einbezogen. Der Umfang der hierdurch eingetretenen Vergrößerung des erfaßten Personenkreises ist allerdings zahlenmäßig nicht eindeutig abzugrenzen. Einige Statistische Landesämter haben bei Veröffentlichung der Ergebnisse der Zählung 1954 die Vergleichszahlen für 1953 berichtigt. Da diese Berichtigungen im allgemeinen das Gesamtbild nicht erheblich verändern, wurden sie nur insoweit in die vorliegende Veröffentlichung übernommen, als sie die Gesamtzahl der Bediensteten nicht berühren; so wurde z. B. die Zahl der Lehrpersonen für 1953 berichtigt. Die Veränderungen der Angaben für 1953, die sich aus der Erfassung der Referendare in Nordrhein-Westfalen ergeben, wurden im Tabellenteil in Fußnoten angemerkt.

Vergleiche mit der Vorkriegszeit leiden darunter, daß die Bundesrepublik Deutschland eine andere geographische und wirtschaftliche Struktur und damit auch einen anderen Verwaltungsbedarf besitzt als das ehemalige Reich. Dies wirkt sich nicht nur auf örtliche Verwaltungen, wie Polizei, Straßenverwaltung u. dgl., sondern auch auf zentrale Dienste, wie z. B. den Auswärtigen Dienst aus. Ein auswertbarer Vergleich mit der Vorkriegszeit, der insbesondere auch die Veränderungen in den öffentlichen Aufgaben und deren Auswirkungen auf Personalstand und Personalstruktur erkennen läßt, ist daher durch die bloße Umrechnung nach der Einwohnerzahl nicht gegeben. Die in Abschnitt V angestellten Vergleiche beschränken sich deshalb auf Strukturmerkmale. Für die Zeit vor dem 1. Weltkrieg, für die Ergebnisse der Personalstandstatistik nicht vorliegen, wurden Ergebnisse der Rechnungstatistik herangezogen.

### Form der Veröffentlichung

Der Aufbau des Bandes 142 entspricht dem des Bandes 124. Die zeitlichen Vergleiche sind jedoch durch Beibehaltung von Vergleichszahlen aus den Ergebnissen der Personalstandstatistik seit 1950 in den Textübersichten und durch Vergleiche mit der Vorkriegszeit erweitert.

Nachstehend die wichtigsten Veröffentlichungen der Ergebnisse der Personalstandstatistik seit 1950:

Form	Titel	Erschienen
Band 55 <sup>1)</sup> .....	Personal der öffentlichen Verwaltung am 2. 9. 1950	Juli 1952
Heft 7/1953 <sup>2)</sup> ..	Personal der öffentlichen Verwaltung am 2. 10. 1952 (vorläufige Zahlen)	Juli 1953
Band 84 <sup>1)</sup> ..	Personal der öffentlichen Verwaltung am 2. 10. 1952 (endgültige Zahlen)	Juni 1954
Heft 8/1954 <sup>2)</sup> ..	Personalausgaben und Personalstand der öffentlichen Verwaltung (vorläufige Zahlen)	August 1954
Band 124 <sup>1)</sup> ..	Personal der öffentlichen Verwaltung am 2. 10. 1953 (endgültige Zahlen)	März 1955
Heft 6/1955 <sup>2)</sup> ....	Personal des Bundes, der Länder und Gemeinden (vorläufige Zahlen)	Juni 1955

<sup>1)</sup> Statistik der Bundesrepublik Deutschland. — <sup>2)</sup> „Wirtschaft und Statistik“, Neue Folge.

## I. Gesamtüberblick

Der Personalstand von Bund, Ländern und Gemeinden umfaßt zum 2. Oktober 1954 rund 1 532 600 Dienstkräfte, davon 1 342 000 bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen und 190 600 bei den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Einschließlich Bundesbahn, Bundespost, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und den übrigen in der Personalstandstatistik erfaßten Anstalten öffentlichen Rechts sind rund 2 372 600 Dienstkräfte nachgewiesen, das sind rund

31 000 (1,3 vH) mehr als im Vorjahr. Der entsprechende Zugang betrug im vorangegangenen Berichtszeitraum 4,0 vH.

Bei den Gebietskörperschaften beträgt der Zugang seit dem 2. Oktober 1953 rund 41 400 Kräfte (2,8 vH) gegenüber 84 900 Kräften (6,0 vH) im vorangegangenen Berichtszeitraum. Ein geringer Teil dieser rechnerischen Zugänge entfällt auf die Vergrößerung des erfaßten Personenkreises durch verfeinerte Erfassung (vgl. methodische Vorbemerkungen, Seite 6). Der tatsächliche Zugang dürfte unter 2,5 vH liegen.

### 1. Personal von Bund, Ländern und Gemeinden sowie sonstigen öffentlichen Diensten<sup>1)</sup>

Körperschaft	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen							
	am 2. 10. 1954			am 2. 10. 1953			am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Hoheits- und Kammereiverwaltungen	Wirtschaftl. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	zusammen	Hoheits- und Kammereiverwaltungen	Wirtschaftl. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	zusammen		
Bund.....	103 783	3 880	107 663	94 894	3 691	98 585	88 908	62 372
Versorgungsverwaltung <sup>2)</sup> .....	17 207	—	17 207	16 728	—	16 728	16 130	5 673
Länder.....	553 681	63 011	616 692	531 234	67 036	598 270	565 447	532 628
Hansestädte.....	86 722	1 031	87 753	84 684	1 096	85 780	82 923	77 773
West-Berlin.....	117 281	20 274	137 555	116 562	20 704	137 266	132 600	127 371
Gemeinden und Gemeindeverbände.....	463 329	102 416 <sup>3)</sup>	565 745	453 320	101 225 <sup>4)</sup>	554 545	520 233	513 382
Gebietskörperschaften zusammen	1 342 003	190 612	1 532 615	1 297 422	193 752	1 491 174	1 406 241	1 319 199
außerdem:								
Bundesbahn.....								
Bundespost.....							510 818	525 429
Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.....							522 969	259 196
Sonstige Anstalten öffentlichen Rechts.....							286 545	28 573 <sup>4)</sup>
			491 740				34 783	
			310 583				1575	
			35 490					
			2 220					

<sup>1)</sup> Soweit in der Personalstandstatistik erfaßt. — <sup>2)</sup> Länderpersonal; am 2. 9. 1950 nur Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern. — <sup>3)</sup> Nur Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände. — <sup>4)</sup> Länderpersonal.

## II. Gliederung nach Gebietskörperschaften

### 1. Bund

(Tabellen A 1, 2 und C 12)

Bei den Hoheitsverwaltungen des Bundes sind zum 2. Oktober 1954 rund 103 800, bei den wirtschaftlichen Unternehmen rund 3 900 Dienstkräfte beschäftigt.

### 2. Personal des Bundes<sup>1)</sup>

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1954			am 2. 10. 1953			am 2. 9. 1950
	Hoheitsverwaltungen	Wirtschaftliche Unternehmen <sup>2)</sup>	zusammen	am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950	
	Anzahl	vH	Anzahl				
Beamte.....	58 741	95	58 836	54,6	51 986	47 843	32 061
Angestellte.....	25 548	576	26 124	24,3	24 637	20 840	13 989
Arbeiter.....	19 494	3 209	22 703	21,1	21 962	20 225	16 322
Insgesamt	103 783	3 880	107 663	100	—	—	—
dagegen:							
am 2. 10. 1953 ..	94 894	3 691	—	—	98 585	—	—
am 2. 10. 1952 ..	85 481	3 427	—	—	—	88 908	—
am 2. 9. 1950 ..	59 885	2 487	—	—	—	—	62 372

<sup>1)</sup> Ohne Versorgungsverwaltung. — <sup>2)</sup> Ohne eigene Rechtspersönlichkeit

In der nachstehenden textlichen Darstellung nach Verwaltungszweigen sowie in Tabelle 2 ist das Personal der Versorgungsverwaltung und der in die Personalstandstatistik einbezogenen Anstalten öffentlichen Rechts dem Bundespersonal zugerechnet.

Das Bild der zahlenmäßigen Entwicklung bei der Bundesverwaltung ist durch die weitere Verstärkung des Bundesgrenzschutzes bestimmt. Ohne den Bundesgrenzschutz ist der Personalstand des Bundes und der hier erfaßten bundesunmittelbaren Anstalten öffentlichen Rechts um rund 3 700, d. i. ein Drittel des vorjährigen Zuganges, gestiegen. Die Entwicklung der Bundesverwaltung war im übrigen in den einzelnen Verwaltungszweigen unterschiedlich:

Bei den obersten Staatsorganen ist eine Personalvermehrung im Zuge des weiteren Ausbaues des Auswärtigen Dienstes (rund 500 Kräfte mehr) und des jetzigen Bundesministeriums für Verteidigung festzustellen.

Der Zugang im Verwaltungszweig „Innere Verwaltung“ (rund 6 000) geht in der Hauptsache auf die Verstärkung des Bundesgrenzschutzes zurück.

In den Verwaltungszweigen „Wissenschaft, Kunst und Volksbildung“ und „Bau- und Wohnungswesen“ ist eine unbedeutende Erhöhung, in den Verwaltungszweigen „Ernährung, Land- und Forstwirtschaft“ und „Verkehr“ eine Verminderung des Personalstandes eingetreten.

Der Zugang im Verwaltungszweig „Handel, Industrie und Gewerbe“ ist durch die Übernahme der Bundesanstalt für mechanische und chemische Materialprüfung verursacht.

Der Zugang im Verwaltungszweig „Finanzwesen“ (1200 Kräfte mehr) ist durch eine durch die Ausdehnung des Außenhandelsvolumens notwendig gewordene Verstärkung der Zollverwaltung bedingt.

Im Verwaltungszweig „Kriegsfolgelasten“ ist bei der Versorgungsverwaltung ein relativ geringer Zugang zu verzeichnen. Die bei den 68 Landesversorgungs- und Versorgungssämtern, 19 Versorgungskrankenhäusern, Kuranstalten und Heilstätten und über 40 versorgungszentralen Unter-

suchungs- und Versorgungsstellen beschäftigten Kräfte, die rechtlich Landesbedienstete sind, verteilen sich auf die Länder wie folgt:

### 3. Personal der Versorgungsverwaltung

Land	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen					
	am 2. 10. 1954				am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen		
Schleswig-Holstein . . . .	263	447	42	752	733	674
Niedersachsen . . . . .	543	1643	279	2465	2312	2096
Nordrhein-Westfalen . .	829	2323	182	3334	3267	2958
Hessen . . . . .	420	944	93	1457	1362	1258
Rheinland-Pfalz . . . . .	298	534	19	851	812	751
Baden-Württemberg . .	578	1503	227	2308	2185	2119
Bayern . . . . .	823	2672	799	4299	4381	4610
Hamburg . . . . .	132	352	15	499	461	450
Bremen . . . . .	47	100	3	150	169	133
West-Berlin . . . . .	247	760	85	1092	1046	1081
Insgesamt	4185	11278	1744	17207	—	—
dagegen am 2. 10. 1953	3722	11356	1650	—	16728	—
„ am 2. 10. 1952	2905	11699	1526	—	—	16130

Von wirtschaftlichen Unternehmen des Bundes sind zum 2. Oktober 1954 rund 3900 vollbeschäftigte Dienstkräfte nachgewiesen. Die Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahre (rund 3700 Kräfte) um 5,1 vH erhöht. Die Vermehrung ist größtenteils dadurch bedingt, daß erstmalig die bei der Staatswerft Rendsburg-Saatssee beschäftigten Kräfte in die Erhebung einbezogen wurden. Im übrigen sind rund 60 vH der hier nachgewiesenen Personen in der Bundesdruckerei, 33 vH beim Bundesschleppbetrieb tätig.

Rund 3200 Personen, das sind 82,7 vH aller Dienstkräfte der wirtschaftlichen Unternehmen des Bundes, sind als Arbeiter, 14,8 vH als Angestellte beschäftigt.

### Bundesbahn und Bundespost

Bei der Bundesbahn sind zum 30. September 1954 rund 491700 vollbeschäftigte Dienstkräfte nachgewiesen. Außerdem sind hier weitere 6900 teilbeschäftigte Kräfte, sogenannte „Agenten“, Reinigungspersonal usw., tätig, die nach ihren Arbeitsstunden umgerechnet 3100 vollbeschäftigten Bediensteten entsprechen. Der planmäßige Personalabbau wurde gegenüber dem Vorjahr verstärkt fortgesetzt; der Bestand wurde um insgesamt 19100, d. s. 3,7 vH der Gesamtsumme (gegenüber 12200 im Vorjahre) vermindert. Da im Zuge der Rationalisierung in der Hauptsache manuelle Verrichtungen eingespart werden, veränderte sich die Struktur des Personalkörpers der Bundesbahn weiter. Der Anteil der Beamten stieg von 43,2 vH auf 45,2 vH, der Anteil der Arbeiter sank von 56,4 vH auf 54,4 vH. Der Großteil der Beamten, 88,4 vH der Gesamtzahl, stehen im mittleren und einfachen Dienst.

### 4. Personal der Bundesbahn und Bundespost

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen							
	am 2. 10. 1954					am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	höherer	gehobener	mittlerer	einfacher	zusammen			
	Dienst							
Bundesbahn								
Beamte .....	2165	23590	113072	83406	222233	220499	210584	188551
Angestellte .....	163	1092	798	45	2098	2248	2451	2245
Arbeiter .....	—	—	—	—	267409	288071	309934	334633
Insgesamt	2328	24682	113870	83451	491740	—	—	—
dagegen								
am 2. 10. 1953 .	2339	24469	112210	83729	—	510818	—	—
am 2. 10. 1952 .	2325	24378	104565	81767	—	—	522969	—
am 2. 9. 1950 .	2040	23152	83881	81723	—	—	—	525429
Bundespost								
Beamte .....	1094	19784	63173	88294	172345	161133	152724	133424
Angestellte .....	230	2153	38070	2661	43114	43145	42185	47133
Arbeiter .....	—	—	—	—	95124	97528	91636	78639
Insgesamt	1324	21937	101243	90955	310583	—	—	—
dagegen								
am 2. 10. 1953 .	1273	20885	96910	85210	—	301806	—	—
am 2. 10. 1952 .	1271	20000	92242	81396	—	—	286545	—
am 2. 9. 1950 .	1088	18100	83080	78289	—	—	—	259196

Bei der Bundespost sind zum gleichen Stichtag rund 310600 vollbeschäftigte Dienstkräfte nachgewiesen. Die 20100 Bediensteten der Berliner Post sind in dieser Zahl nicht enthalten, da sie rechtlich Personal der Stadt Berlin sind (vgl. Abschnitt II, 2). Der personelle Aufbau der Bundespost hat in diesem Berichtszeitraum zu einer weiteren Erhöhung des Personalstandes um rund 8800 Kräfte, d. s. 2,9 vH geführt; doch hat sich der Zugang gegenüber dem Vorjahr (rund 15300) beträchtlich vermindert. Auch bei der Bundespost ist nur die Zahl der Beamten gestiegen; die Zahl der Angestellten und Arbeiter ist dagegen gesunken. Von den Beamten der Bundespost steht die Mehrzahl, 51,2 vH, im einfachen Dienst, 36,7 vH sind im mittleren Dienst tätig. Bei den Angestellten überwiegt mit 88,3 vH der mittlere Dienst. Insgesamt sind 92,5 vH des gesamten Personals der Bundespost im mittleren und einfachen Dienst oder als Arbeiter beschäftigt.

### 2. Länder, Hansestädte und West-Berlin

(Tabellen A 3, 4, 5 und C 12)

Die Hoheitsverwaltungen der Länder weisen zum 2. 10. 1954 rund 553700 Beamte, Angestellte und Arbeiter nach, um rund 22400, d. s. 4,2 vH mehr als im Vorjahr. Die — gegenüber dem vorherigen Berichtszeitraum erheblich

### 5. Personal der Länder

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1954			am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950	
	Hoheitsverwaltungen	Wirtschaftliche Unternehmen <sup>1)</sup>	zusammen				
	Anzahl		vH	Anzahl			
Beamte . . . . .	353556	8400	361956	58,7	347263	332211	300939 <sup>2)</sup>
Angestellte . . . . .	146330	3574	149904	24,3	144222	136506	137810 <sup>2)</sup>
Arbeiter . . . . .	53795	51037	104832	17,0	106785	96730	93879 <sup>2)</sup>
Insgesamt	553681	63011	616692	100	—	—	—
dagegen							
am 2. 10. 1953	531234	67036	—	—	598270	—	—
am 2. 10. 1952	503130	62317	—	—	—	565447	—
am 2. 9. 1950	478551	54077	—	—	—	—	532628

<sup>1)</sup> Ohne eigene Rechtspersönlichkeit. — <sup>2)</sup> Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit geschätzt.

verringerte — Zugangsrate ist überhöht durch die im folgenden dargestellten Veränderungen in der Aufgabenverteilung zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung in einzelnen Ländern, die eine Vermehrung des staatlichen Personals



zur Folge hatten. Außerdem hat sich die durch die Verfeinerung der Erhebungsmethode verursachte Erweiterung des erfaßten Personenkreises (vgl. methodische Vorbemerkungen, Seite 6) bei den Landesverwaltungen besonders ausgewirkt.

Im Geschäftsbereich der Innenministerien ist insgesamt ein Zugang von rund 3000 Kräften, d. s. 2,2 vH (gegenüber 6,3 vH im vorangegangenen Berichtszeitraum) festzustellen. Die Entwicklung ist regional uneinheitlich. Zugänge in einzelnen Ländern sind z. T. durch die Verstärkung staatlicher oder Übernahme kommunaler Polizeiverwaltungen, Mehrung der Aufgaben bei den Lastenausgleichs-, Wasserwirtschafts- und Straßenbauämtern, in der Gesundheits- und der Vermessungsverwaltung bedingt. Andererseits weisen einzelne Länder eine Personalverminderung auf.

Im Geschäftsbereich der Justizministerien ist in allen Ländern — Schleswig-Holstein ausgenommen — ein rechnerischer Personalzugang festzustellen, der in der Summe von rund 3900 Kräften etwa dem vorjährigen entspricht. Der Zugang wird mit der zur Beschleunigung der Rechtsprechung notwendigen Personalvermehrung bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften begründet, z. T. ist er auch durch die Vermehrung der Referendare und die verbesserte Erfassung dieses Personenkreises in einzelnen Ländern bedingt. Rund 1400 Referendare, die in die Angaben für Nordrhein-Westfalen 1953 nicht einbezogen wurden, sind dabei in Rechnung zu stellen.

Im Geschäftsbereich der Kultusministerien ist ein rechnerischer Zugang von insgesamt rund 9200 Dienstkräften, d. s. 4,7 vH zu verzeichnen. Die Vermehrung umfaßt auch rund 3000 Lehrkräfte, die in Hessen aus dem kommunalen in den Staatsdienst übernommen bzw. neu eingestellt wurden sowie die erstmalige Erfassung der Referendare in Nordrhein-Westfalen (rund 2400 Personen). In den meisten übrigen Ländern ist der Zugang geringer als im vorangegangenen Berichtszeitraum; in Schleswig-Holstein ist eine Personalverminderung, vor allem im Schuldienst (vgl. „Lehrpersonen“, Seite 20), eingetreten.

Im Geschäftsbereich der Ministerien für Arbeit, Soziales, Vertriebene usw. ist ein Zugang von etwa 2500 Kräften nachgewiesen. Die Vermehrung ist in allen Ländern festzustellen und entspricht dem im Zuge der Errichtung einer selbständigen Sozialgerichtsbarkeit entstandenen Personalbedarf. Die durch den Aufbau der Sozialgerichte entstandene Vermehrung betrug in 4 von 7 Ländern etwa 1200 Kräfte.

Im Geschäftsbereich der Ministerien für Wirtschaft, Handel und Verkehr betrug der Zugang rund 1200 Kräfte. Die Erhöhung ist im wesentlichen dadurch verursacht, daß in einzelnen Ländern die Straßenbauverwaltung mit einer erheblich größeren Zahl von nicht ständig beschäftigten Arbeitern in den Nachweisungen erscheint als im Vorjahr.

Im Geschäftsbereich der Landwirtschaftsministerien ist der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr etwa unverändert geblieben, während im vorangegangenen Berichtszeitraum eine beträchtliche Zunahme festzustellen war. Die Entwicklung beruht allerdings auch in diesem Bereich in der Hauptsache auf Veränderungen in der Zahl nicht ständiger Kräfte im Arbeitsverhältnis.

Im Geschäftsbereich der Ministerien für Finanzen beträgt der Zugang rund 2400 Kräfte, gegenüber 7400 im vorangegangenen Berichtszeitraum. Der Personalbedarf ergibt sich zum erheblichen Teil — wie bereits im Vorjahr — aus der Bearbeitung der Veranlagungen zum Lastenausgleich.

Die Betätigung der Länder in Wirtschaftsunternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist relativ gering. Das hier nachgewiesene Personal ist überwiegend in der Forstverwaltung tätig. Von rund 63000 Kräften wurden rund 58600 in den Geschäftsbereichen der Ministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gezählt. Der Großteil davon, 1953 etwa 52000, sind Forstarbeiter, die mindestens zu einem Drittel in nicht ständigem Arbeitsverhältnis stehen. Ein kleiner Teil ist in Domänen, Versuchsgütern und anderen landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt. Von den

außerhalb der Landwirtschaftsministerien ressortierenden Unternehmen mit insgesamt etwa 4400 Beschäftigten sind die meisten den Finanzministerien unterstellt; in deren Geschäftsbereich sind bei der Verwaltung von Staatsbädern, Häfen, Schiffahrtsbetrieben und anderen Unternehmen rund 3400 Kräfte tätig. Gleichartige Unternehmen sind in einzelnen Ländern den Innen-, Arbeits- oder Verkehrsministerien zugeordnet.

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich vor allem aus einer erheblich niedrigeren Nachweisung von Forstarbeitern in Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, während für Nordrhein-Westfalen und Hessen eine Erhöhung der Bedienstetenzahl festzustellen ist. Insgesamt ist nur die Zahl der Arbeiter gesunken, die Zahl der Beamten dagegen etwas gestiegen.

Bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Hansestädte sind zum 2. 10. 1954 rund 86700 Dienstkräfte beschäftigt, d. s. um rund 2000 mehr als im Vorjahr; die Zugangsrate sank somit von 3,3 auf 2,4 vH. Während jedoch im vorangegangenen Berichtszeitraum in allen Bereichen der Verwaltung ein Zugang festzustellen war, ist er 1954 beschränkt auf den Geschäftsbereich der Kultusensatoren (rund 700 Kräfte, d. s. 4,5 vH mehr), die örtliche Verwaltung (Bezirksämter, Gemeinde Bremerhaven, insgesamt rund 600 Kräfte, d. s. 5,5 vH mehr) sowie den Aufgabenbereich „Arbeit, Soziales, Gesundheit“ (rund 500 Kräfte, d. s. 2,7 vH mehr), wo insbesondere die Mehrung des Personals der Krankenhäuser das Ansteigen der Zahlen bedingt. Alle übrigen Bereiche weisen nur geringe Veränderungen, einzelne — z. B. die Geschäftsbereiche der Senatoren für Inneres — ein Sinken der Beschäftigungszahlen auf.

#### 6. Personal der Hansestädte

Dienstverhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1954				am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Hoheits- und Käm- mererei- verwal- tungen	Wirt- schaft- liche Unter- neh- men <sup>1)</sup>	zusammen				
Anzahl			vH	Anzahl			
Beamte . . . .	33193	19	33212	37,9	31816	29807	27481
Angestellte . .	35795	303	36098	41,1	35478	34628	32291
Arbeiter . . . .	17734	709	18443	21,0	18486	18488	18001
Insgesamt.	86722	1031	87753	100	—	—	—
dagegen							
am 2. 10. 1953	84684	1096	—	—	85780	—	—
am 2. 10. 1952	81996	927	—	—	—	82923	—
am 2. 9. 1950	76644	1129	—	—	—	—	77773

<sup>1)</sup> Ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

Bei den wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit der Hansestädte sind rund 1000 Kräfte nachgewiesen. Die Zahl ist gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen West-Berlins sind zum 2. 10. 1954 insgesamt rund 117300 Kräfte tätig. Entsprechend der Rechtslage ist dabei allerdings das Personal von Behörden und Einrichtungen mit erfaßt, die in allen übrigen Ländern der Bundesverwaltung zugehören, nämlich die Post mit rund 20100 Kräften sowie die Zoll- und die Sondervermögensverwaltung mit 3600 Kräften; außerdem sind rund 700 Bedienstete ehemaliger Reichs- und Staatseinrichtungen einbezogen worden. Die letztgenannte Gruppe nimmt infolge der Übernahme einzelner Anstalten auf den Bund von Jahr zu Jahr ab. Der Personalstand der Post- und Zollverwaltung hat sich dagegen — einer auch für das übrige Bundesgebiet festzustellenden Tendenz folgend — erhöht.

bleiben die erwähnten Personalgruppen außer Betracht, ergibt sich für West-Berlin ein Personalstand von rund 92800 Kräften, der sich gegenüber dem Vorjahr um rund 700 Kräfte erhöht hat. Die Vermehrung setzt sich zusammen

## 7. Personal West-Berlins

Dienst- verhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1954				am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Ho- heits- und Käm- mer- ei- ver- wal- tungen	Wirt- schaf- tliche Unter- neh- men <sup>1)</sup>	zusammen				
Anzahl			vH	Anzahl			
Beamte . . . .	51292	32	51294	37,3	32015	—	—
Angestellte . .	39362	4287	43649	31,7	63066	92164	89690
Arbeiter . . . .	26657	15955	42612	31,0	42185	40436	37681
Insgesamt	117281	20274	137555	100	—	—	—
dagegen							
am 2. 10. 1953	116562	20704	—	—	137266	—	—
am 2. 10. 1952	112540	20060	—	—	—	132600	—
am 2. 9. 1950	100962	26409	—	—	—	—	127371

<sup>1)</sup> Ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

aus Zugängen in den Geschäftsbereichen des Senators für Inneres, vor allem bei der Polizei, um etwa 900 Kräfte, des Senators für Justiz, insbesondere beim Strafvollzug und des Senators für Finanzen sowie bei den Bezirksämtern um etwa 800 Kräfte. Dem stehen Personalverminderungen gegenüber, insbesondere bei der Senatsverwaltung für Volksbildung (etwa 1700 Kräfte weniger). Hier ist u. a. eine Verminderung der Zahl der Lehrkräfte festzustellen, der eine Vermehrung der Lehrkräfte bei den Bezirksämtern entspricht.

Der Anteil der Bezirksämter an der Berliner Verwaltung (ohne die oben gesondert dargestellten Personalgruppen die „Bundesaufgaben“ erfüllen) beträgt zum 2. 10. 1954 etwas über die Hälfte. Die Zahl der bei wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit Beschäftigten sank um rund 400 auf rund 20300 Kräfte.

## 3. Gemeinden und Gemeindeverbände

(Tabellen A 6, 7, 8, C 12 und 13)

Bei den Kammereiverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sind zum 2. 10. 1954 rund 463300 vollbeschäftigte Kräfte nachgewiesen. Das Personal der Sparkassen und der Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern ist in dieser Zahl nicht erfaßt. Da in einzelnen Ländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, die Dienstkräfte der Sparkassen Personal des gemeindlichen Gewährverbandes sind, kann mit einer Gesamtsumme von etwa 490000 Dienstkräften bei den Kammereiverwaltungen gerechnet werden.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalstand der Kammereiverwaltungen um rund 10000, d. s. 2,2 vH gestiegen. Von dem Zugang entfielen über die Hälfte, rund 5700, auf Angestellte, etwa 2300 auf Beamte und rund 2000 auf Arbeiter. Die Entwicklung der Zahl der Beamten ist durch die bereits oben (Abschn. 2) erwähnte Übernahme kommunaler Lehrkräfte in den Landesdienst in Hessen beeinflusst, woraus sich für Hessen ein Rückgang der Zahl der kommunalen Beamten um rund 1600 und damit ein Rückgang der Gesamtzahl der Dienstkräfte ergibt. Für die Vermehrung der Angestellten

## 8. Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände

Dienst- verhältnis	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1954				am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Käm- mer- ver- wal- tungen <sup>1)</sup>	Wirt- schaf- tliche Unter- neh- men <sup>2)</sup>	zusammen				
	Anzahl	vH	Anzahl				
Beamte. ....	114445	4789	119234	21,1	117156	109346	102546 <sup>3)</sup>
Angestellte. .	193031	23660	216691	38,3	210189	196751	199490 <sup>3)</sup>
Arbeiter ....	155853	73967	229820	40,6	227200	214136	211346 <sup>3)</sup>
Insgesamt	463329	102416	565745	100	—	—	—
dagegen							
am 2. 10. 1953	453320	101225	—	—	554545	—	—
am 2. 10. 1952	419906	100327	—	—	—	520233	—
am 2. 9. 1950	415127	98255	—	—	—	—	513382

<sup>1)</sup> Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände. —

<sup>2)</sup> Ohne eigene Rechtspersönlichkeit in Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbänden. — <sup>3)</sup> Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit geschätzt.

in den meisten Ländern ist die Verstärkung des Personalstandes der Ausgleichsämter bestimmend.

Rund 247600 Kräfte, d. s. 53,4 vH des Personals der Kammereiverwaltungen, sind Bedienstete der kreisfreien Städte, darunter 132000 in Städten mit 200000 und mehr Einwohnern. Das Personal der Stadt Konstanz wird erstmalig nicht mehr in der Größenklasse „kreisfreie Städte mit weniger als 50000 Einwohnern“, sondern bei kreisangehörigen Gemeinden mit 20000 bis unter 50000 Einwohnern erfaßt (vgl. auch methodische Vorbemerkungen, Seite 5). Gegenüber dem Vorjahr ist der Personalstand der kreisfreien Städte unter Berücksichtigung dieser Umgliederung um etwas über 2 vH (im vergangenen Berichtszeitraum 4,7 vH) gestiegen.

Bei den kreisangehörigen Gemeinden sind zum 2. 10. 1954 rund 129100 Kräfte beschäftigt. Der Zugang gegenüber dem Vorjahr beträgt — unter Berücksichtigung der Umgruppierung der Stadt Konstanz — weniger als 1 vH; die Vermehrung beschränkt sich in der Hauptsache auf Angestellte und Arbeiter.

Die Landkreise weisen zum 2. 10. 1955 rund 66300 Kräfte nach. Der Zugang war wegen der Anforderungen an die Verwaltung dieser Körperschaften auf bestimmten Aufgabengebieten (z. B. Lastenausgleich, vgl. auch Abschn. III, 1) erheblich. Der Personalstand stieg gegenüber dem Vorjahr in allen Ländern, ausgenommen Hessen, insgesamt um rund 3200 Kräfte, d. s. 5,0 vH (im vorangegangenen Berichtszeitraum: 7,9 vH).

Bei den Bezirksverbänden sind zum 2. 10. 1954 rund 20300 Kräfte erfaßt. Der Personalstand dieser Körperschaften hat sich gegenüber dem Vorjahr um etwa 800 Kräfte erhöht.

Bei den kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit waren zum 2. 10. 1954 rund 102400 Kräfte tätig. Dabei sind, wie im Vorjahr, lediglich Gemeinden mit 10000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände befragt. Der Personalstand dieser kommunalen Unternehmen hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 1200 Kräfte, d. s. 1,2 vH erhöht.

### III. Gliederung nach Personalgruppen

#### 1. Wichtige Aufgabengebiete

(Tabellengruppe B)

In diesem Abschnitt werden Personalgruppen dargestellt, die zum Großteil (mit Ausnahme des Personals der Ausgleichsämter und Entschädigungsbehörden) nach der Eigenart ihrer Aufgaben, z. T. auch ihres Dienstverhältnisses eine Sonderstellung unter den Dienstkräften der Gebietskörperschaften einnehmen. Sie stehen auch im Hinblick auf berufliche Vorbildung und Ausbildung außerhalb der Gruppe der Verwaltungs- und Büroberufe. Die Ausgliederung ist jedoch nicht vollständig. Aus dem Bereich des Geistes- und des Kunstlebens wurden nur die Lehrpersonen berücksichtigt; es fehlen insbesondere die Berufe der Kunst, Forschung u. dgl. Von den Berufen des Gesundheitswesens sind lediglich die Dienstkräfte der Anstalten und Einrichtungen, nicht die außerhalb dieser tätigen Ärzte, Schwestern u. dgl. erfaßt. Aus dem Verkehrswesen fehlen insbesondere die Kräfte der Straßen- und Wasserstraßenverwaltung. Aus dem Bereich des Rechts- und Sicherheitswesens können die Angaben über die Bediensteten der Polizei durch Angaben über die Justizverwaltungen in etwa ergänzt werden, da in den Geschäftsbereichen der Justizministerien der Großteil der öffentlichen Gerichtsbarkeit ressortiert.

Eine Zusammenstellung dieser Personalgruppen (Textübersicht 9) zeigt bei den meisten ein erhebliches, auch anteilmäßiges Ansteigen. Die beträchtlichen regionalen Unterschiede, vor allem hinsichtlich der Verteilung der einzelnen Aufgaben auf staatliche bzw. kommunale Verwaltungen, sind dabei nicht berücksichtigt.

#### 9. Anteil gesondert erfaßter Personalgruppen am Personal der Gebietskörperschaften<sup>1)</sup>

Stichtag	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	insgesamt in 1000	darunter					
		Lehrpersonen	Polizei	Justiz <sup>2)</sup>	Anstalten und Einrichtungen <sup>3)</sup>	Öffentliche Einrichtungen	Wirtschaftliche Unternehmen
2. 10. 1954	1533	218	142	80	150	89	191
		1000 Personen					
		vH der Gesamtsumme (Sp. 1)					
2. 10. 1954	1533	14,2	9,3	5,2	9,8	5,8	12,4
2. 10. 1953	1491	14,4	9,0	5,1	9,7	5,6	13,0
2. 10. 1952	1406	14,8	9,0	5,0	9,5	5,5	13,3
2. 9. 1950	1319	15,0	8,3	5,0	.	5,3	13,8

<sup>1)</sup> Teilweise geschätzt. — <sup>2)</sup> Geschäftsbereich der Justizministerien. — <sup>3)</sup> Des Fürsorge- und Gesundheitswesens; einschließlich Personal der Universitätskliniken und der Einrichtungen der Versorgungsverwaltung.

#### Lehrpersonen

Die Zahl der Lehrpersonen betrug am 2. Oktober 1954 insgesamt (einschl. West-Berlins) rund 218 000. Davon entfielen auf die Länder rund 167 400, die Gemeinden und Gemeindeverbände rund 28 500, die Hansestädte und West-Berlin rund 22 100. Die Gesamtzahl hat sich gegenüber dem Vorjahre um rund 2 700, d. s. 1,3 vH erhöht; der Zugang war im vorangegangenen Berichtszeitraum (7 500 mehr) und von 1950 auf 1952 (9 700 mehr) erheblich größer. Bleiben Hansestädte und West-Berlin außer Betracht, waren am 2. Oktober 1954 45,3 vH der Landesbeamten und 21,1 vH der Kommunalbeamten Lehrpersonen. Der gemeindliche Anteil, der sich von 1950 bis 1953 von 14,2 vH auf 15,5 vH erhöht hatte, ist im wesentlichen durch Übernahme gemeindlicher Lehrkräfte in den Landesdienst in Hessen auf 14,5 vH gesunken. Ohne Hessen erreichte er 16,0 vH, ist also gegenüber dem Vorjahr um rund 0,5 vH gestiegen. Diese Entwick-

lung ist durch die strukturellen Veränderungen im deutschen Schulwesen bestimmt. Etwa vier Fünftel aller staatlichen Lehrkräfte sind Volksschullehrer. Deren Zahl hat sich nach den Ergebnissen der Schulstatistik<sup>1)</sup> von 1950 bis 1953 nur um 1 vH erhöht; von 1953 auf 1954 ist sie um etwa 300 zurückgegangen. Die Erhöhung der Gesamtzahl der Lehrpersonen geht vor allem auf die Vermehrung der Lehrer an höheren Schulen (von denen etwa die Hälfte kommunale Bedienstete sind) um über 1 000 sowie an den (überwiegend kommunalen) Mittel- und Berufsschulen um je 700 bis 800 Kräfte zurück. Danach ergibt sich für die Verteilung der Lehrerschaft (einschl. West-Berlins) folgendes Bild:

Volksschulen	126 200
Sonderschulen	4 400
Mittelschulen	9 000
Höhere Schulen	29 200
Schulen mit neu organisiertem Aufbau	16 900
Berufsschulen	19 900
Berufsfachschulen	4 000
Fachschulen	6 900
Lehrerbildende Anstalten	800
Hochschulen	7 200

Die Entwicklung ging allerdings regional nicht einheitlich vor sich (vgl. Abschnitt IV, 2). Der Zugang von rund 2 700 Kräften entfällt in erster Linie auf Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (je 1 000 mehr) und Hessen (rund 500 mehr).

Die Neuorganisation des Schulwesens in Niedersachsen<sup>2)</sup>, durch die u. a. die Personalausgaben für alle Lehrkräfte vom Land übernommen werden, wirkt sich für die Personalstatistik zum 2. Oktober 1954 noch nicht aus, da die Nachweisung für das Rechnungsjahr 1954 im Einklang mit einer Regelung für die Rechnungsstatistik unverändert blieb, obwohl die persönlichen Kosten für das Rechnungsjahr 1954 zum Teil den Schulträgern vom Land erstattet, zum Teil unmittelbar vom Land getragen wurden<sup>3)</sup>. In Hessen wurden in Vollzug des Schulkostengesetzes vom 10. Juli 1953 mit Wirkung vom 1. April 1954 rund 2 400 kommunale Lehrkräfte in den Landesdienst übernommen, so daß im kommunalen Bereich lediglich die Lehrkräfte des Landeswohlfahrtsverbandes nachgewiesen sind.

Von rund 28 500 kommunalen Lehrkräften im Bundesgebiet wurden 18 000 von kreisfreien Städten, darunter 13 300 von Städten mit 100 000 und mehr Einwohnern beschäftigt. Rund 6 900 Lehrkräfte entfielen auf die kreisangehörigen Gemeinden und Ämter, rund 3 300 auf die Landkreise. Der Anteil der Lehrpersonen an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten der Kammereiverwaltungen ist in den kreisfreien Städten mit 11,1 vH am höchsten, in den Landkreisen mit 6,6 vH am niedrigsten. Innerhalb der kommunalen Beamtenschaft ist jedoch die Bedeutung der Lehrkräfte erheblich größer. Der Anteilsatz beträgt über ein Fünftel; er ist in den Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden höher als in den kreisfreien Städten.

Die Zahl der Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis ist in diesem Berichtszeitraum um rund 2 300 zurückgegangen, und zwar vor allem in West-Berlin, Hessen und Rheinland-Pfalz. Der Anteil angestellter Kräfte beträgt zum 2. 10. 1954 6,5 vH gegenüber 7,7 vH zum 2. 10. 1953.

#### Polizei

Zum 2. Oktober 1954 wurden bei den Gebietskörperschaften insgesamt rund 142 500 Polizeibedienstete gezählt, davon rund 18 300 beim Bund, 78 900 bei den Ländern, 19 600 bei den Gemeinden und 25 600 bei den Hansestädten und West-Berlin. Die Angaben umfassen wie im Vorjahre außer dem Vollzugsdienst das dazugehörige Verwaltungspersonal und die Einrichtungen der Polizei. Im vorliegenden Berichtszeit-

<sup>1)</sup> Statistische Berichte VIII/9/8, VIII/9/9, VIII/15/5, VIII/4/15 und Band 30, Heft 2 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland. — <sup>2)</sup> Schulverwaltungsgesetz vom 19. Mai 1954 (GVBl. S. 29) und Finanzausgleichsgesetz vom 20. Mai 1954 (GVBl. S. 33). — <sup>3)</sup> Überleitungsverordnung vom 7. August 1954 (GVBl. S. 74).

raum ist eine Vermehrung um rund 7 800 Kräfte, d. s. 5,8 vH festzustellen, die allerdings zum Großteil durch die Verstärkung des Bundesgrenzschutzes bedingt ist.

Der Personalstand der Landes- und Gemeindepolizei hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht erheblich verändert. An dem Zugang von rund 2 000 Kräften sind West-Berlin mit etwa 500, Niedersachsen und Baden-Württemberg mit je etwa 400 beteiligt. In Schleswig-Holstein und Bremen ist die Zahl der Polizeibediensteten geringfügig gesunken.

Bestrebungen zur Verstaatlichung gemeindlicher Polizeiverwaltungen sind nur in Rheinland-Pfalz realisiert worden, wo in Ausführung des § 72 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 26. März 1954 die bis dahin in Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern bestehende kommunale Polizei in den Landesdienst überführt wurde. Die Nachweisung für Rheinland-Pfalz enthält übrigens nach den vorjährigen Ergebnissen rund 600 mit Aufgaben der Ordnungsverwaltung beschäftigte Kräfte. Der Anteil der kommunalen Polizei ist in den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern mit 42 vH der Gesamtzahl der Polizeibediensteten gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben. Von den rund 19 600 kommunalen Polizeibediensteten stehen 16 700 im Dienst der kreisfreien Städte, darunter fast 9 900 in Städten mit 200 000 und mehr Einwohnern. Die Bedeutung der Polizei für die Personalhaushalte dieser Körperschaften ergibt sich daraus, daß 9,6 vH aller Bediensteten der Kammereiverwaltungen der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Bayern Polizeibedienstete sind. Von den Beamten der Kammereiverwaltungen in diesen Ländern stehen über ein Drittel im Polizeidienst; bei den kreisfreien Städten beträgt dieser Anteilssatz über vier Zehntel, bei den Städten mit 200 000 und mehr Einwohnern 44,3 vH.

Neben rund 109 500 Beamten sind als Polizeibedienstete rund 9 900 Angestellte und 4 700 Arbeiter nachgewiesen. Der Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Polizeibediensteten ist infolge der Beamtenernennungen in West-Berlin von 10,7 vH im Vorjahre auf 8,0 vH gesunken. Bleibt Berlin außer Betracht, ist ein geringes Ansteigen des Anteiles angestellter Kräfte festzustellen. In etwa gleichem Umfange stieg auch der Anteil der Polizeibediensteten im Arbeitsverhältnis.

## Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens<sup>1)</sup>

Zum 2. 10. 1954 sind von den Ländern, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbänden rund 128 400 in Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens beschäftigte Kräfte nachgewiesen. Einschließlich des hier nicht berücksichtigten Personals der entsprechenden Einrichtungen der Versorgungsverwaltung und der Universitätskliniken beansprucht diese Personalgruppe etwa 150 000 Dienstkräfte. Der Zugang gegenüber den Vorjahren läßt sich wegen der unvollständigen Nachweisung der vorangegangenen Erhebungen nur in etwa bestimmen: er dürfte 5 000 bis 6 000 Beschäftigte betragen. Etwa 17 vH des gemeindlichen Personals, rund 18 vH des Personals der Hansestädte und West-Berlins und rund 2 vH des Personals der Länder sind zum 2. 10. 1954 bei Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens beschäftigt.

Die Errichtung und Erhaltung solcher Einrichtungen wird in allen Ländern im wesentlichen als kommunale Aufgabe angesehen. Der Anteil der Landesverwaltungen (ohne Hansestädte und West-Berlin) beträgt 11,8 vH und übersteigt nur in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 20 vH. Nordrhein-Westfalen hat im Zuge der Verwaltungsreform<sup>2)</sup> alle derartigen Einrichtungen in kommunale Verwaltung gegeben.

Bei Gemeinden und Gemeindeverbänden sind zum 2. 10. 1954 rund 80 600 Dienstkräfte in diesem Aufgabenbereich nachgewiesen. Der Zugang gegenüber dem Vorjahre von rund 4 500 Personen beträgt 5,9 vH; die Übernahme des Landes-

personals in Nordrhein-Westfalen ungerechnet, verbleibt ein Zugang von 4,9 vH.

Rund 43 000 Dienstkräfte, d. s. 53,4 vH der Gesamtsumme, sind bei kreisfreien Städten beschäftigt, rund 15 500 bei Landkreisen und rund 14 000 bei Bezirksverbänden; davon entfallen fast die Hälfte auf die nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände, rund 3 800 auf die bayrischen Bezirksverbände und rund 3 400 auf den hessischen Landeswohlfahrtsverband.

Bei den Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens überwiegen mit 53,0 vH des Gesamtpersonals die Angestellten (Ärzte, Pflegepersonal, Verwaltungskräfte). Ein großer Teil der Wirtschaftskräfte und Hilfskräfte verschiedener Art stehen im Arbeitsverhältnis (38,8 vH des Gesamtpersonals). Der Anteil beamteter Kräfte beträgt insgesamt 8,2 vH; er ist bei den staatlichen Anstalten relativ höher als bei den kommunalen.

## Krankenanstalten

In Krankenanstalten der Länder und Gemeinden sind zum 2. Oktober 1954 rund 82 900 hauptberuflich vollbeschäftigte Dienstkräfte tätig, und zwar im Dienst der Länder rund 4 300, der Gemeinden und Gemeindeverbände 53 400, der Hansestädte 11 500 und West-Berlins 13 800. Das Personal der Anstalten für Nerven- und Geisteskranken, der Universitätskliniken und der Krankenanstalten der Versorgungsverwaltung ist in dieser Zahl nicht enthalten. Der Personalstand der Gebietskörperschaften im Gesamtbereich der Krankenanstalten erreicht somit eine Größenordnung von insgesamt rund 120 000 Kräften, d. s. 9,7 vH des Personals der Hoheits- und Kammereiverwaltungen.

Das Personal kommunaler Krankenanstalten (vgl. Tabelle 10) beansprucht 11,5 vH des Gesamtpersonals der Kammereiverwaltungen. Über die Hälfte dieses Personals, rund 29 700 Kräfte sind Bedienstete der kreisfreien Städte, weitere 12 000 Bedienstete der Landkreise und 5 400 Bedienstete der Bezirksverbände, überwiegend in Bayern (3 600 Kräfte).

Rund 42 200, d. s. über die Hälfte aller hier nachgewiesenen Bediensteten, sind im Angestelltenverhältnis beschäftigt, weitere 35 400, d. s. 42,6 vH als Arbeiter, und zwar ganz überwiegend im kommunalen Bereich. Der Anteil der Beamten beträgt nur 6,5 vH; von insgesamt rund 5 400 Beamten wurden etwa die Hälfte von West-Berlin nachgewiesen.

Nach den Ergebnissen der Krankenanstaltstatistik 1953 sind bei den öffentlichen Krankenanstalten<sup>2)</sup> im Bundesgebiet und West-Berlin (einschließlich der Anstalten für Nerven- und Geisteskranken, Universitätskliniken und Versorgungskrankenanstalten) rund 13 800 leitende oder nachgeordnete Ärzte angestellt, d. s. 8,8 vH des Gesamtpersonals; außer diesen waren in den Krankenanstalten noch rund 4 800 vom leitenden Arzt angestellte, hospitierende, unbezahlte oder Belegärzte tätig. Die Zahl der Pflegepersonen einschließlich der in Ausbildung befindlichen betrug rund 63 000, d. s. 40,6 vH des Gesamtpersonals. Hier sind auch die einem Mutterhaus oder Orden angehörenden Kräfte gezählt, die in der Personalstandstatistik nicht nachgewiesen sind. Rund 8 700 medizinisch-technische Hilfskräfte und Apotheker beanspruchten 5,6 vH des Gesamtpersonals, rund 11 500 Verwaltungskräfte 7,4 vH und 58 400 Wirtschaftskräfte 37,6 vH.

## Öffentliche Einrichtungen der Gemeinden und Gemeindeverbände

Bei den öffentlichen Einrichtungen der Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern, Gemeindeverbänden, Hansestädten und West-Berlins wurden insgesamt rund 89 300 Dienstkräfte nachgewiesen, um etwa 4 000 Kräfte, d. s. 4,7 vH mehr als im Vorjahr.

<sup>2)</sup> Vgl. Band 127 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland; als öffentliche werden von der Krankenanstaltstatistik außer den Anstalten der Gebietskörperschaften auch die der Sozialversicherungsträger erfaßt.

<sup>1)</sup> Landschaftsverbandsordnung vom 12. Mai 1953 (GVBl. S. 271).

Auf die Gemeinden und Gemeindeverbände entfielen davon rund 71 500 Kräfte, d. s. rund 15,4 vH des Gesamtpersonals der Kammereiverwaltungen. Rund 54 400 Bedienstete waren in kreisfreien Städten tätig, darunter rund 41 900 in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Bei den kreisfreien Städten und kreisangehörigen Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern sind für die öffentlichen Einrichtungen ein Viertel bis ein Fünftel des Personals der Kammereiverwaltungen und im Durchschnitt die Hälfte der Arbeiter beschäftigt. Der Anteilsatz sinkt mit der Größenklasse und beträgt im Durchschnitt der kreisangehörigen Gemeinden 12,8 vH des Gesamtpersonals, 28,8 vH der Arbeiter. Bei den Gemeinden mit 1000 bis unter 3000 Einwohnern sind nur 6,8 vH des Personals, 13,3 vH der Arbeiter bei öffentlichen Einrichtungen tätig. In den größeren kreisangehörigen Gemeinden ist der Anteilsatz höher als bei den etwa gleich großen kreisfreien Städten. Dies ist auf den im übrigen geringeren „Verwaltungsbedarf“ dieser Körperschaften zurückzuführen. Die Umrechnung je 10 000 Einwohner ergibt, daß die Zahl der Beschäftigten absolut in den kreisangehörigen Gemeinden kleiner ist als in den kreisfreien Städten gleicher Größe.

In den Hansestädten und West-Berlin waren insgesamt rund 17 800 Bedienstete bei öffentlichen Einrichtungen des Epl. 7 tätig, d. s. 9,9 vH des Gesamtpersonals der Hoheits- und Kammereiverwaltungen (ohne Berliner Post, Zoll und dgl.).

### Lastenausgleichsverwaltung

Über die Verwaltung des Lastenausgleichs gibt das Lastenausgleichsgesetz<sup>1)</sup> eingehende Vorschriften. Danach sind das Bundesausgleichsamt als selbständige Oberbehörde, Landesausgleichsamter in allen Ländern und Ausgleichsamter innerhalb der allgemeinen Verwaltung der kreisfreien Städte und Landkreise einzurichten. Außer diesen neuerrichteten Lastenausgleichsbehörden sind mit Angelegenheiten des Lastenausgleichs u. a. die für die Rechtsprechung zuständigen allgemeinen Verwaltungsgerichte sowie Banken befaßt. Eine personalmäßig stark ins Gewicht fallende Aufgabe bei der Durchführung des Lastenausgleichs, die Veranlagung und Erhebung der Lastenausgleichsabgaben, ist der Finanzverwaltung der Länder übertragen.

Bei den Lastenausgleichsbehörden des Bundes, der Länder und Gemeinden sind zum 2. Oktober 1954 rund 18 900 Bedienstete nachgewiesen; gegenüber dem Vorjahr ist ein Ansteigen des Personalstandes um rund 2100 Kräfte, d. s. 11,3 vH, festzustellen. 71,2 vH des Personals (rund 13 300 Kräfte) entfallen auf kommunale Behörden, 14,6 vH auf die Länder und 14,2 vH auf Hansestädte und West-Berlin. Entsprechend der Aufgabenverteilung im Lastenausgleichsgesetz beschränkt sich der Anteil der Landesverwaltungen auf Zentralbehörden, nur in Bayern ist die Mehrzahl der Ausgleichsamter den staatlichen Landratsämtern angegliedert; daher sind zwei Drittel des Landespersonals für diesen Aufgabenbereich in Bayern beschäftigt.

Im Bereich der Kammereiverwaltungen beanspruchen die Lastenausgleichsamter insgesamt mehr als 4 vH aller Beamten und Angestellten. Das Personal entfällt etwa je zur Hälfte auf die kreisfreien Städte und Landkreise. Es wurde gegenüber dem Vorjahr um 12 vH vermehrt. Bei den kreisfreien Städten betrug der Anteil der Ausgleichsamter an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten der Kammereiverwaltungen 3,9 vH, bei den Landkreisen dagegen über 12 vH, ohne Bayern sogar 14,4 vH. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beläuft sich bei diesen Körperschaften auf fast ein Fünftel der Vorjahressumme.

Bei den Hansestädten ist der Personalstand der Ausgleichsamter gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Viertel gestiegen. West-Berlin weist eine geringere Bedienstetenzahl als im Vorjahr nach.

### Entschädigungsbehörden

Das Bundesentschädigungsgesetz<sup>2)</sup> bezeichnet als Entschädigungsorgane die Entschädigungsbehörden und Entschädigungsgerichte. Außerdem wirken an der Durchführung der Entschädigung andere Behörden und Gerichte, Ausschüsse und selbständige Körperschaften öffentlichen Rechts (z. B. Ärztekammern) mit. Da eine exakte Feststellung des Personalbedarfs der Entschädigungsgerichte (Entschädigungskammern der Land- und Oberlandesgerichte, Bundesgerichtshof) für die Durchführung der Entschädigungsgesetze nicht möglich ist, wurde lediglich das Personal der Entschädigungsbehörden gesondert gezählt.

Entschädigungsbehörden des Bundes sind zum 2. Oktober 1954 nicht nachgewiesen. Die in Tabelle 9 nachgewiesenen rund 2700 Beamten, Angestellten und Arbeiter sind das Personal der auf Grund der in § 88 BEG enthaltenen Ermächtigung von den Landesregierungen errichteten Behörden und Einrichtungen (Landesentschädigungsämter, Entschädigungsämter, Landesämter für Wiedergutmachung usw.). Rund 1700 darunter sind Bedienstete der Länder, rund 600 West-Berlins, rund 200 kommunale Kräfte (überwiegend auf Nordrhein-Westfalen entfallend). Die Mehrzahl dieser Dienstkräfte, rund 2200, sind Angestellte.

### Wirtschaftliche Unternehmen

Bei wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit wurden zum 2. 10. 1954 rund 190 600 vollbeschäftigte Dienstkräfte gezählt. Einschließlich der in die Erfassung nicht einbezogenen Kräfte bei Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern arbeiten über 200 000 Bedienstete, d. s. rund 13,0 vH des Gesamtpersonals, bei wirtschaftlichen Unternehmen.

Die wirtschaftlichen Aufgaben der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sind sehr verschieden. Etwa 35 vH aller Dienstkräfte dieser Unternehmen sind in der Land- und — zum Großteil — in der Forstwirtschaft tätig. Hierher gehören die meisten Landesbediensteten und ein erheblicher Teil der Bediensteten der Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. Ein Viertel der Gesamtsumme entfällt auf die Verkehrswirtschaft, die restlichen vier Zehntel sind bei anderen gewerblichen Unternehmen, in der Hauptsache kommunalen Versorgungsbetrieben, beschäftigt.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Gesamtsumme der hier erfaßten Kräfte um rund 3100, d. s. 1,6 vH, zurückgegangen, was in erster Linie dadurch bedingt ist, daß am Stichtag von den Ländern um etwa 4300 Arbeiter, überwiegend Forstarbeiter, weniger als im Vorjahr gezählt wurden. Die Zusammensetzung des Personals der wirtschaftlichen Unternehmen hat sich dadurch geringfügig geändert. Der Anteil der rund 144 900 Arbeiter beträgt 76,0 vH, der Angestellten 17,0 vH und der Beamten 7,0 vH.

### 2. Dienstverhältnisse, Laufbahngruppen, Ortsklassen

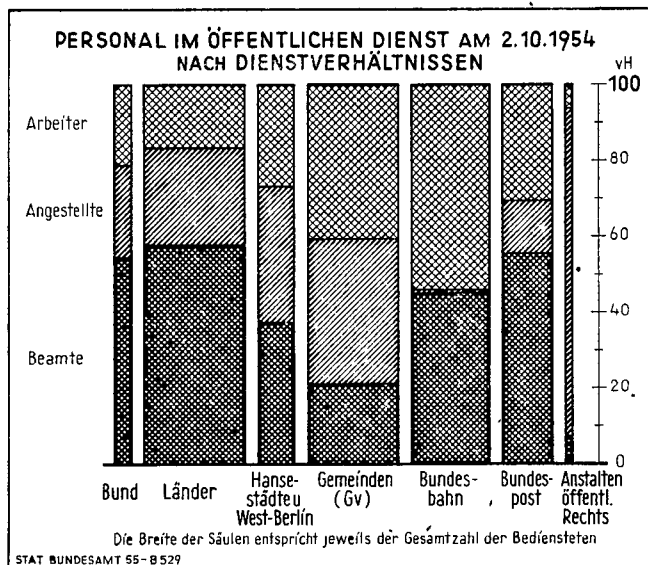
#### Dienstverhältnisse

Bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Gebietskörperschaften (einschl. West-Berlins) sind zum 2. Oktober 1954 rund 615 400 Beamte, 451 300 Angestellte und 275 300 Arbeiter nachgewiesen. Werden die wirtschaftlichen Unternehmen der Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost und die in dieser Statistik erfaßten bundesunmittelbaren Anstalten öffentlichen Rechts in die Zusammenstellung einbezogen, beträgt die Zahl der Beamten rund 1 026 100, d. s. 43,2 vH, der Angestellten 561 600, d. s. 23,7 vH, und der Arbeiter 785 000, d. s. 33,1 vH.

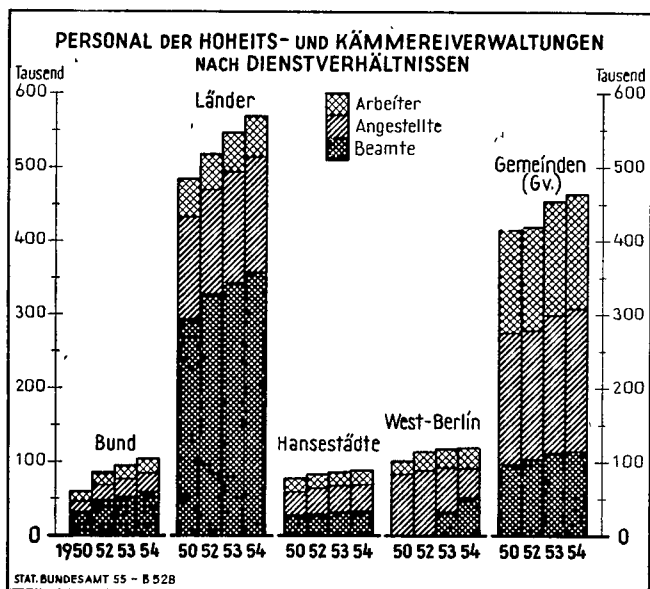
Gegenüber dem Vorjahr ist die Gesamtzahl der Beamten somit um rund 57 900, d. s. 6,0 vH gestiegen, die Zahl der Angestellten um rund 5800, d. s. 1,0 vH und die Zahl der

<sup>1)</sup> Vom 14. August 1952, BGesetzblatt I S. 446, 3. Teil, 11. Abschnitt.

<sup>2)</sup> Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) vom 18. September 1953 (BGesetzblatt I, S. 1387, 4. Abschnitt).



Arbeiter um rund 21 100, d. s. 2,6 vH, gesunken. Die Entwicklung ist in erster Linie durch die bereits oben (Abschnitt II, 1) dargestellten Veränderungen der Personalstruktur der Betriebsverwaltungen des Bundes, z. T. auch auf die Durchführung des Beamtengesetzes Berlins, zurückzuführen. Bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Gebietskörperschaften ergibt sich folgendes Bild:



Die Versorgungsverwaltung ist dabei, wie auch in den folgenden Untersuchungen über die Laufbahngruppen, als Teil der Landesverwaltungen behandelt. Im einzelnen ist folgendes festzustellen:

Bei den Hoheitsverwaltungen des Bundes liegt der Anteil der (rund 58 700) Beamten mit 56,6 vH um rund 6 vH niedriger als bei den Ländern. Dies geht in erster Linie auf den Anteil der Arbeiter zurück, der infolge der großen zahlenmäßigen Bedeutung der Wasserstraßenverwaltung beim Bund doppelt so hoch ist (1954: 18,8 vH) wie bei den Ländern. Ohne diesen Aufgabenbereich ist der Aufbau der Bundes- und Landesverwaltung hinsichtlich der Dienstverhältnisse in etwa gleich. Im übrigen wird der Anteil der Beamten durch die Aufstellung des Bundesgrenzschutzes ständig verändert; er stieg zwischen 1950 und 1952 um 2,5 vH, sank auf 1953 um 1,2 vH und stieg bis 1954 wieder um 1,9 vH. Bleibt der Bundesgrenzschutz (einschl. Paßkontrolldienst) außer Betracht, ergibt sich von 1950 auf 1953 ein stetiges Sinken des Anteils der Beamten um insgesamt 1,5 vH, von 1953 auf 1954 ein geringfügiges Ansteigen. Der Anteil der

(rund 25 500) Angestellten beträgt, ebenso wie bei den Ländern, etwa ein Viertel.

Bei den Hoheitsverwaltungen der Länder stehen rund 357 300 Personen, d. s. 62,8 vH aller Dienstkräfte im Beamtenverhältnis; 156 400, d. s. 27,5 vH, sind Angestellte und 55 400, d. s. 9,7 vH, Arbeiter. Der Anteil der Beamten ist in den Geschäftsbereichen der Kultus- (81,8 vH), Justiz- (66,5 vH) und Innenministerien (63,9 vH) am höchsten; in den Bereichen des Sozialwesens und der Ernährungs- und Landwirtschaftsverwaltung überwiegen im Durchschnitt die Angestellten, im Verkehrswesen die Arbeiter. Eine Untersuchung der zeitlichen Entwicklung ergibt ein erhebliches Ansteigen der Beamtenzahl zwischen 1950 und 1952 um rund 32 400. Zwischen 1952 und 1953 ist im Zuge der Verwaltungs-umbildungen in Nordrhein-Westfalen und Hessen der Anteil der Beamten gesunken, der der Arbeiter gestiegen. Im vorliegenden Berichtszeitraum hat sich das Bild kaum verändert. Die Entwicklung ist dabei allerdings regional und nach Aufgabenbereichen unterschiedlich. Während der Anteil der Beamten in den Geschäftsbereichen der Innen-, Kultus- und Finanzministerien gegenüber 1952 etwas zurückgeht, ist er in der Justizverwaltung um 2,5 vH der Gesamtsumme gestiegen.

Bei den Kammereiverwaltungen der Gemeinden und Gemeindeverbände sind zum 2. Oktober 1954 rund 114 400 Beamte, d. s. 24,7 vH, 193 000 Angestellte, d. s. 41,7 vH, und 155 900 Arbeiter, d. s. 33,6 vH, nachgewiesen. Die Veränderungen in der Struktur der kommunalen Personalkörper sind sehr gering. Einer Erhöhung des Anteils der Beamten zwischen 1950 und 1954 von 1,3 vH der Gesamtsumme entspricht eine etwa gleiche Verminderung des Anteils der Angestellten. Der Anteil der Arbeiter ist bei geringen Schwankungen etwa gleich geblieben.

Die Zusammensetzung des kommunalen Personals ist nach der Größe und Art der Körperschaften sehr verschieden. Der Anteil der Beamten beträgt bei den kreisfreien Städten ein Viertel bis nahezu ein Drittel der Gesamtzahl. Er verringert sich mit der Größenklasse von 31,1 vH bei den Städten mit 200 000 und mehr Einwohnern auf 15,2 vH bei den Gemeinden mit 1000 bis unter 3000 Einwohnern. Die Anteile der Angestellten und Arbeiter steigen entsprechend, wobei in den Größenklassen über 20 000 Einwohner die Angestellten, in den kleineren Gemeinden die Arbeiter etwas überwiegen. Bei den Landkreisen und Bezirksverbänden überwiegen angestellte Kräfte mit 59,3 vH bzw. 53,2 vH der Gesamtsumme.

Bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Hansestädte sind rund 33 200 Bedienstete, d. s. 38,3 vH Beamte, 35 800, d. s. 41,3 vH Angestellte und 17 700, d. s. 20,4 vH Arbeiter. Die hansestädtischen Verwaltungen sind somit der Struktur nach den kommunalen Verwaltungen ähnlicher als den staatlichen. Seit 1950 ist ein Ansteigen des Anteils der Beamten (um 2,5 vH) festzustellen, dem eine Verminderung bei den Angestellten (um 0,5 vH) und Arbeitern (um 2,0 vH) entspricht. Die Veränderungen waren auch hier zwischen 1953 und 1954 geringer.

Die Hoheits- und Kammereiverwaltungen West-Berlins bestehen am 2. 10. 1954 aus 51 300 Beamten, d. s. 43,7 vH, aus 39 400 Angestellten, d. s. 33,6 vH, und aus 26 700 Arbeitern, d. s. 22,7 vH. In Erfüllung der in Art. 33 Absatz 5 GG enthaltenen Forderung und zur Angleichung an die im Bundesgebiet bestehenden Verhältnisse hat West-Berlin durch das Beamtengesetz vom 24. Juli 1952 die Grundlage für ein Berufsbeamtentum gelegt. Bis 2. 10. 1953 sind im Bereich der Hoheits- und Kammereiverwaltungen rund 32 000 Beamte ernannt worden, d. s. 27,4 vH aller Bediensteten, davon rund 2 200 bei Post, Zoll- und Sondervermögensverwaltung sowie ehemaligen Reichs- und Staatseinrichtungen. In dem vorliegenden Berichtszeitraum hat sich die Zahl der Beamten um rund 19 300 erhöht, von denen allerdings die Mehrzahl, etwa 10 400 im Bereich der oben genannten Aufgaben tätig ist. Zahl und Anteil der Arbeiter ist seit 1950 stetig gestiegen, insgesamt von 17 900 (d. s. 17,7 vH) auf 26 700 (d. s. 22,7 vH). Im vorliegenden Be-



richtszeitraum ist die Erhöhung im wesentlichen durch Zugänge bei der Post verursacht.

Eine Untersuchung insbesondere der Angaben für Bund und Länder läßt erkennen, daß beim Neuaufbau von Verwaltungen in der Regel Aufgaben, deren Erledigung an sich Beamten vorbehalten ist, in großem Umfange Angestellten übertragen werden. Die Ernennung von Beamten für die im Haushaltsplan vorgesehenen Stellen und damit ein Steigen des Anteils der Beamten folgt erst mit einem gewissen zeitlichen Abstand und kennzeichnet häufig den Abschluß des Aufbaues. In bestimmten Aufgabengebieten, z. B. der Polizei, werden allerdings Angestellte auch übergangsweise nicht eingesetzt.

Die meisten Länder haben zum 2. Oktober 1954 Nachwuchskräfte gesondert ausgezählt. Die Erfassung ist allerdings nicht einheitlich; einzelne Länder haben nur beamtete Kräfte, andere nur Referendare erfaßt. Die zahlenmäßige Bedeutung dieses Personenkreises ergibt sich jedoch aus den Angaben für die Hoheitsverwaltungen des Landes Bayern, wonach 10,2 vH aller Beamten den Nachwuchskräften zuzurechnen sind. Von rund 7800 beamteten Nachwuchskräften sind rund 2300 Referendare, überwiegend im Geschäftsbereich des Justizministeriums (rund 1400) und des Kultusministeriums (rund 500). Von den übrigen rund 5400 Beamtenanwärtern des Landes Bayern sind etwa 1900 im Geschäftsbereich des Innenministeriums, überwiegend bei der Bereitschaftspolizei, nachgewiesen; im Geschäftsbereich des Kultusministeriums sind rund 1800, des Finanzministeriums rund 900 und des Justizministeriums rund 700 solcher Kräfte beschäftigt.

### Laufbahngruppen

Von den bei Gebietskörperschaften, Bundesbahn und Bundespost und den hier erfaßten Anstalten öffentlichen Rechts gezählten rund 1 587 000 Beamten und Angestellten stehen rund 713 000, d. s. 44,9 vH, im mittleren Dienst, rund 439 000,

d. s. 27,7 vH, im gehobenen, rund 313 000, d. s. 19,7 vH, im einfachen und rund 122 000, d. s. 7,7 vH, im höheren Dienst. Bei den Betriebsverwaltungen des Bundes sind allerdings die Anteile des mittleren und einfachen Dienstes erheblich höher; so stehen bei der Bundesbahn 50,8 vH der Beamten und Angestellten im mittleren, 37,2 vH im einfachen Dienst, bei der Bundespost 47,0 vH im mittleren, 42,2 vH im einfachen Dienst (vgl. auch Abschnitt II, 1).

Bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Gebietskörperschaften sind zum 2. Oktober 1954 insgesamt rund 114 200 Beamte und Angestellte im höheren, rund 367 800 im gehobenen, rund 455 500 im mittleren und rund 129 200 im einfachen Dienst beschäftigt.

Ohne die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern ergibt sich folgendes Bild:

Der Bund weist einen relativ hohen Anteil an Beamten des einfachen Dienstes, hauptsächlich Angehörige des Bundesgrenzschutzes, nach. Die etappenweise Aufstellung dieser Einrichtung beeinträchtigt eine Untersuchung der zeitlichen Entwicklung in der Bundesverwaltung erheblich. Ohne den Bundesgrenzschutz verläuft die Entwicklung wie folgt:

Die Zahl der Beamten des einfachen Dienstes sinkt seit 1950 fast um die Hälfte, der Anteil an der Gesamtzahl der Beamten von fast 20 vH auf 7,5 vH. Dagegen steigt mit dem allmählichen Aufbau der Bundesfinanzverwaltung der Anteil des mittleren Dienstes auf 54,5 vH, während der Anteil des gehobenen Dienstes 27,5 vH, des höheren Dienstes 10,5 vH erreicht. Bei den Angestellten des Bundes ist in der Summe keine strukturelle Veränderung bezüglich der Aufgliederung nach Laufbahngruppen erkennbar.

Im Gegensatz zum Bund liegt bei den Ländern das Schwergewicht beim gehobenen Dienst; die hier erfaßten rund 223 600 Kräfte sind in der Mehrzahl Volksschullehrer. Das Ansteigen des Anteils der höheren Beamten ist überwiegend auf die Übernahme von Lehrkräften kommunaler höherer Schulen zurückzuführen; die Ernennung von Kräften im Angestelltenverhältnis zu Beamten tritt demgegenüber in der Bedeutung

10. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kammereiverwaltungen der Gebietskörperschaften nach Laufbahngruppen vH<sup>1)</sup>

Körperschaft und Laufbahngruppe	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen							
	am 2. 10. 1954			am 2. 10. 1953			am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Beamte	Ange-stellte	zusammen	Beamte	Ange-stellte	zusammen		
Bund <sup>2)</sup>								
Höherer Dienst	8,0	11,1	8,9	8,0	11,0	9,0	8,1	7,6
Gehobener Dienst	20,9	29,5	23,5	22,0	29,2	24,2	23,2	24,6
Mittlerer Dienst	43,3	52,7	46,2	43,9	53,3	46,9	46,4	51,6
Einfacher Dienst	27,8	6,7	21,4	26,1	6,5	19,9	22,3	16,2
Länder <sup>3)</sup>								
Höherer Dienst	16,8	5,1	13,3	15,1	5,2	12,0	11,4	11,1
Gehobener Dienst	52,4	23,2	43,5	53,5	22,2	43,9	44,3	45,4
Mittlerer Dienst	27,2	56,7	36,2	27,7	53,1	37,0	36,5	35,1
Einfacher Dienst	3,6	15,0	7,0	3,7	14,5	7,1	7,8	8,4
Gemeinden <sup>4)</sup> und Gemeindeverbände								
Höherer Dienst	15,2	4,9	8,8	15,8	5,0	9,1	8,6	8,5
Gehobener Dienst	42,8	17,9	27,3	42,6	17,2	26,9	26,3	24,2
Mittlerer Dienst	39,1	52,4	47,4	38,8	53,4	47,8	49,4	49,1
Einfacher Dienst	2,9	24,8	16,5	2,8	24,4	16,2	15,7	18,2
Hansestädte <sup>5)</sup>								
Höherer Dienst	13,4	6,0	9,6	13,1	5,4	9,0	9,0	9,3
Gehobener Dienst	44,2	17,3	30,2	43,5	17,1	29,7	29,1	28,2
Mittlerer Dienst	39,6	62,5	51,5	39,9	64,2	52,6	52,9	51,7
Einfacher Dienst	2,8	14,2	8,7	3,5	13,3	8,7	9,0	10,8
Zusammen								
Höherer Dienst	15,4	5,5	11,3	14,4	5,5	10,7	10,1	9,9
Gehobener Dienst	46,8	20,7	36,0	47,7	20,0	36,2	36,2	36,3
Mittlerer Dienst	31,9	55,1	41,5	32,1	56,3	42,2	42,3	41,7
Einfacher Dienst	5,9	18,7	11,2	5,8	18,2	10,9	11,4	12,1
West-Berlin <sup>6)</sup>								
Höherer Dienst	8,4	5,1	7,0	11,4	3,1	6,0	5,7	8,2
Gehobener Dienst	31,9	11,9	23,1	34,0	13,7	20,9	14,0	22,1
Mittlerer Dienst	43,4	66,1	53,3	44,5	57,6	53,0	56,4	44,4
Einfacher Dienst	16,3	16,9	16,6	10,1	25,6	20,1	23,9	25,3

<sup>1)</sup> Summe der vier Laufbahngruppen jeweils = 100 vH. — <sup>2)</sup> Ohne Versorgungsverwaltung. — <sup>3)</sup> Einschl. Versorgungsverwaltung. — <sup>4)</sup> Mit 10 000 und mehr Einwohnern.

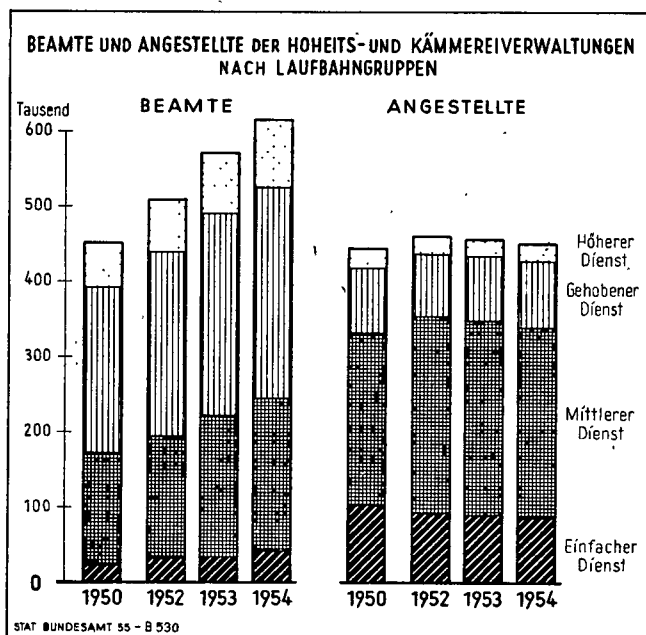
zurück. Der Anteil des höheren Dienstes bei den Angestellten ist jedoch weiterhin gesunken. Bemerkenswert ist weiter das Ansteigen des Anteils der Angestellten im einfachen Dienst, das in noch stärkerem Umfange auch bei den Hansestädten festzustellen ist. Es ist in der Hauptsache auf die Vermehrung des Aufsichts- und Pflegepersonals in Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge, Gesundheits- und Jugendwesens, in Kliniken usw. zurückzuführen.

Von den Beamten und Angestellten der kommunalen Körperschaften stehen rund 129 400, d. s. 47,4 vH im mittleren Dienst. Der Anteil des höheren Dienstes ist durch die oben erwähnte Übernahme von Lehrkräften gegenüber dem Vorjahr, insbesondere bei den Beamten, gesunken. Ebenso ist hier der Anteil des mittleren Dienstes gesunken. Der Anteil des gehobenen und des einfachen Dienstes ist dagegen seit 1952 gestiegen. Das Bild ist allerdings durch die Entwicklung der Angestelltenzahl bestimmt; bei den Beamten hat sich auch der Anteil des mittleren Dienstes merklich erhöht.

Die Personalkörper der Hansestädte entsprechen auch hinsichtlich der Gliederung nach Laufbahngruppen mehr den kommunalen als den staatlichen. Rund 35 800 Personen, d. s. 51,5 vH, gehören dem mittleren Dienst an. Der Anteil dieser Laufbahngruppe sinkt allerdings seit 1952 stetig zu Gunsten des Anteils des gehobenen und des höheren Dienstes. Die Entwicklung ist bei den Beamten eindeutiger als bei den Angestellten.

In West-Berlin sind wie in den Hansestädten über die Hälfte aller Beamten und Angestellten, von den Angestellten zwei Drittel, im mittleren Dienst tätig. Bei den Beamten ist außerdem der gehobene Dienst mit 31,9 vH der Gesamtsumme zahlenmäßig bedeutend. Der zeitliche Vergleich ist wegen der gegenüber den Vorjahren veränderten Zuordnung der Angestellten zu den einzelnen Laufbahngruppen stark beeinträchtigt. In Übersicht 10 wurde West-Berlin deshalb nicht in die Summierung einbezogen.

Für die Summe der Gebietskörperschaften ergibt sich demnach folgendes Bild:



Rund 390 200 Beamte und Angestellte der Gebietskörperschaften (ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern), und zwar 31,9 vH der Beamten und 55,1 vH der Angestellten stehen im mittleren Dienst, rund 339 000 Beamte und Angestellte, und zwar 46,8 vH der Beamten und 20,7 vH der Angestellten im gehobenen Dienst. Seit 1952 ist der Anteil des mittleren Dienstes, vorwiegend bei den Angestellten, gesunken. Der Anteil des gehobenen Dienstes ist etwa gleich geblieben; bei den Beamten ist jedoch ein Sinken, bei den Angestellten ein Steigen des Anteils festzustellen. Der höhere

und der einfache Dienst umfassen nahezu die gleiche Anzahl von Beamten und Angestellten (rund 106 300 bzw. 105 300). Der Anteil des höheren Dienstes ist seit 1950 merklich gestiegen, und zwar im vorliegenden Berichtsraum nur bei den Beamten. Der Anteil des einfachen Dienstes ist bis 1953 gesunken, im vorliegenden Berichtszeitraum gestiegen. Die Entwicklung ist bei den Beamten vorwiegend durch die Verstärkung des Bundesgrenzschutzes, bei den Angestellten durch die oben erwähnte Vermehrung des Personals der Anstalten und Einrichtungen bedingt.

## Ortsklassen

(Vgl. Tabelle 20 und methodische Vorbemerkungen, Seite 6)

Von dem Personal der Länder und Gemeinden erhält je ein Viertel Wohnungsgeldzuschuß nach den Ortsklassen S und A, ein Fünftel nach Ortsklasse B und je etwa 15 vH nach den Ortsklassen C und S mit Sonderzuschlag (Hamburg und Berlin).

### 11. Personal der Länder<sup>1)</sup>, Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ortsklassen

Personalgruppe	Ortsklassen					
	S mit Zuschlag	S	A	B	C	zusammen
1000 Bedienstete						
Hoheitsverwaltungen ..	185	307	307	256	176	1231
Wirtschaftliche Unternehmen .....	21	51	41	32	46	191
Insgesamt	206	357	348	288	222	1422
vH						
Insgesamt	14,5	25,1	24,5	20,3	15,6	100

<sup>1)</sup> Einschließlich Hansestädte, West-Berlin und Versorgungsverwaltung; Aufgliederung teilweise geschätzt.

Bei Einbeziehung der Bundesverwaltung ändert sich dieses Bild nur unerheblich. Bei Bundesbahn und Bundespost liegt dagegen der Anteil der Sonderklasse beträchtlich niedriger, so daß das Personal der Gebietskörperschaften einschließlich der Betriebsverwaltungen des Bundes etwa zur Hälfte in den Ortsklassen A und B, zu einem Drittel in der Sonderklasse (einschließlich Hamburgs und Berlins) und mit dem Rest in Ortsklasse C beschäftigt ist.

Das Personal der Länder (ohne Hansestädte und West-Berlin) verteilt sich fast zu gleichen Teilen auf alle Ortsklassen. Etwa dasselbe Verhältnis ist für die Summe der

### 12. Personal der Länder<sup>1)</sup> nach Ortsklassen

Personalgruppe	Ortsklassen				
	S	A	B	C	zusammen
1000 Bedienstete					
Hoheitsverwaltungen .....	157	158	134	114	562
Wirtschaftliche Unternehmen .....	3	5	13	43	63
Insgesamt	159	163	146	157	625
vH					
Insgesamt	25,5	26,0	23,4	25,1	100

<sup>1)</sup> Ohne Hansestädte und West-Berlin, einschl. Versorgungsverwaltung; Aufgliederung teilweise geschätzt.

Beamten und der Arbeiter der Hoheitsverwaltungen festzustellen. Von den Angestellten sind je ein Drittel in den Ortsklassen S und A und fast ein Viertel in Ortsklasse B tätig. Das Personal der wirtschaftlichen Unternehmen (überwiegend Forstverwaltung) ist zu mehr als zwei Dritteln in Ortsklasse C beschäftigt.

Die Aufgliederung der Beamten der Hoheitsverwaltungen nach Ortsklassen ist in den einzelnen Laufbahngruppen sehr verschieden.

Aus der Übersicht, die allerdings zum großen Teil auf geschätztem Material beruht, wird die Bedeutung der in Abschnitt III, 1 gesondert dargestellten Personalgruppen, ins-



### 13. Beamte der Hoheitsverwaltungen der Länder nach Ortsklassen<sup>1)</sup>

Summe der Ortsklassen = 100

Laufbahngruppe	Ortsklassen			
	S	A	B	C
Höherer Dienst .....	35	34	25	6
Gehobener Dienst .....	21	23	22	34
Mittlerer Dienst .....	28	28	23	21
Einfacher Dienst .....	23	23	38	16
Insgesamt	25	26	23	26

<sup>1)</sup> Zahlen zum Großteil geschätzt.

besondere der Lehrpersonen und Polizeibediensteten deutlich. Die relativ gleichmäßige Verteilung der Beamten des gehobenen Dienstes auf alle Ortsklassen — bei einem Überwiegen der Ortsklasse C — ist durch die Volksschullehrer bedingt. Im mittleren Dienst ist der Großteil der Polizeibediensteten mitgezählt, die ebenfalls in größerer Zahl in kleinen Orten stationiert sind.

Von den Angestellten der Länder ist etwa je ein Drittel in den Ortsklassen S und A, ein Viertel in Ortsklasse B beschäftigt. Dabei sinken die Anteile der Angestellten in den Ortsklassen S und A kontinuierlich mit den Laufbahngruppen; die Anteile in den Ortsklassen B und C sind für die niedrigeren Laufbahngruppen entsprechend höher.

Für die Summe der Beamten und Angestellten ergibt ein Vergleich nach Ortsklassen folgendes:

In allen Ortsklassen stehen rund drei Viertel aller Beamten und Angestellten im gehobenen oder mittleren Dienst. Der Anteil des gehobenen Dienstes beträgt jedoch in Ortsklasse S etwa ein Drittel, steigt kontinuierlich und beträgt in Ortsklasse C fast zwei Drittel der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten. Der Anteil des mittleren Dienstes ist dagegen in Ortsklasse S mit etwa vier Zehntel am höchsten, ist in der jeweils niedrigeren Ortsklasse geringer und beträgt in Ortsklasse C etwa ein Viertel der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten.

Von den Arbeitern der Hoheitsverwaltungen sind jeweils über ein Viertel in den Ortsklassen S, A, und B, ein Fünftel in Ortsklasse C tätig.

Vom Personal der (gemeindlichen) Kämmereiverwaltungen ist fast ein Drittel in Ortsklasse A, je ein Viertel in Ortsklasse S und B beschäftigt (vgl. Tabelle 20). Anders als bei den Ländern sind dabei erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Anstellungsverhältnissen nicht festzustellen.

### 14. Personal der Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ortsklassen

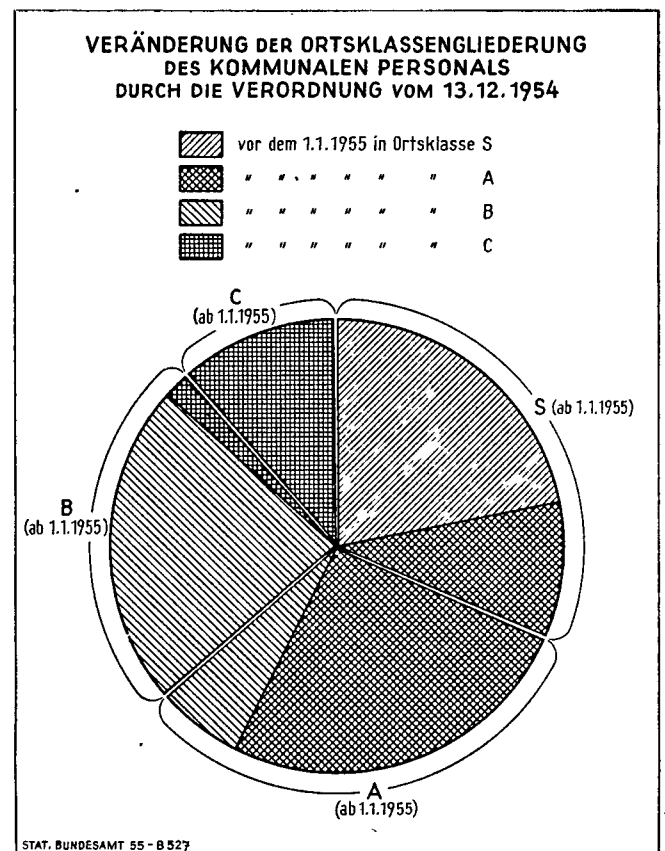
Summe der Ortsklassen = 100

Anstellungsverhältnis	Ortsklassen			
	S	A	B	C
<b>Kämmereiverwaltungen</b>				
Beamte .....	35,2	32,4	23,0	9,4
Angestellte .....	24,6	30,9	29,6	14,9
Arbeiter .....	28,7	31,3	25,4	14,6
Insgesamt	28,6	31,4	26,5	13,5
<b>Wirtschaftliche Unternehmen</b>				
Beamte .....	58,1	25,0	12,7	4,2
Angestellte .....	38,3	35,2	23,9	2,6
Arbeiter .....	45,8	34,8	16,6	2,8
Insgesamt	44,7	34,4	18,1	2,8

Eine Untersuchung nach Laufbahngruppen zeigt für die Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern, daß auch im kommunalen Bereich der Anteil des mittleren Dienstes an der Gesamtzahl der Beamten und Angestellten in Ortsklasse S mit fast 50 vH am höchsten, in Ortsklasse C am niedrigsten ist; die Unterschiede sind allerdings nicht so stark wie im Bereich der Hoheitsverwaltungen. Die Anteile des gehobenen Dienstes sind mit etwas über ein Viertel in allen Ortsklassen etwa gleich. Der Anteil des einfachen Dienstes steigt von 14,3 vH in Ortsklasse S auf 26,8 vH in Ortsklasse C. Die Personalstruktur ist hinsichtlich der Laufbahngruppen in den Gemeinden der Ortsklasse S, A und B ziemlich einheit-

lich. Nur die kommunalen Verwaltungen in Orten der Ortsklasse C weisen einen erheblich höheren Anteil von Beamten und Angestellten des einfachen Dienstes (26,8 vH) und einen sehr niedrigen Anteil des höheren Dienstes (3,5 vH) auf.

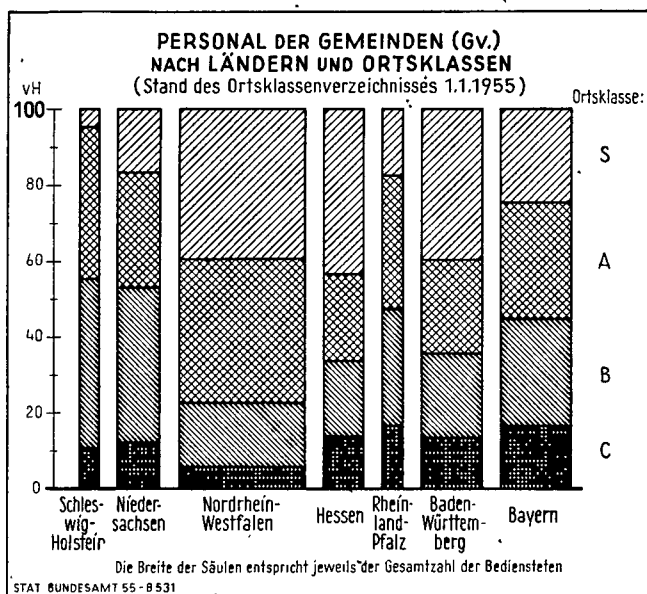
Durch die Verordnung vom 13. 12. 1954<sup>1)</sup> wurden bei Ländern und Gemeinden die Bezüge von schätzungsweise 200000 Bediensteten, d. s. etwa ein Sechstel der Gesamtzahl der bei der Auszählung nach Größenklassen erfaßten Bediensteten verändert. Im kommunalen Bereich betraf die Veränderung rund 98000 Personen, d. s. 17 vH der Gesamtzahl. Bei den Kämmereiverwaltungen wurden rund 41300 Kräfte von Ortsklasse A nach S, rund 28100 von B nach A und rund 8800 von C nach B gebracht, bei den wirtschaftlichen Unternehmen 13000 von A nach S, 5900 von B nach A und 800 von C nach B. Bei den wirtschaftlichen Unternehmen waren somit die Veränderungen zwischen den Ortsklassen S und A relativ größer als bei den Kämmereiverwaltungen. Im Ergebnis ist bei den Kämmereiverwaltungen und Unternehmen zusammen eine Erhöhung der Bedienstetenzahl in Ortsklasse S um rund 54300 und eine Verminderung in Ortsklasse A um 20300, in B um 24400, in C um 9600 festzustellen. Die Auswirkung der Veränderungen auf das Gesamtpersonal der kommunalen Körperschaften zeigt folgende Graphik:



Die regionalen Unterschiede sind, entsprechend der unterschiedlichen geographischen und wirtschaftlichen Struktur der Bundesländer, beträchtlich. Gemessen an der Zahl der in den einzelnen Ortsklassen beschäftigten kommunalen Dienstkräfte ist der Anteil der Ortsklasse S in Hessen mit 43,5 vH der Gesamtsumme am höchsten; über dem Durchschnitt liegen außerdem Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. In Ortsklasse A weisen Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz einen überdurchschnittlichen Anteil auf, in Ortsklasse B Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern, in Ortsklasse C besonders Rheinland-Pfalz und Bayern. Die Mehrzahl der kommunalen Bediensteten wird somit in Rheinland-Pfalz, Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen nach den

<sup>1)</sup> Ministerialblatt des Bundesministers der Finanzen 1954, S. 676.

Ortsklassen A und B bezahlt, in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg nach den Ortsklassen S und A.



### 3. Weibliche Kräfte, Schwerbeschädigte, Vertriebene, Heimkehrer

#### Weibliche Kräfte im öffentlichen Dienst (Tabellengruppe D)

Bei Bund, Ländern und Gemeinden sind zum 2. 10. 1954 rund 381 400 weibliche Kräfte tätig, davon bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen 355 200. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Frauen bei den Hoheits- und Kammereiverwaltungen um rund 13 700 gestiegen, bei den wirtschaftlichen Unternehmen entsprechend der Verminderung der Gesamtzahl der Dienstkräfte um 2 600 gesunken. Die Zahl der weiblichen Bediensteten der Bundesbahn und Bundespost (84 300) und den hier erfaßten Anstalten öffentlichen Rechts (11 300) ist geringfügig gesunken.

Beim Bund sind zum 2. 10. 1954 rund 14 000 weibliche Bedienstete nachgewiesen, gegen 13 200 im Vorjahr. Entsprechend den Aufgaben der Hoheitsverwaltungen des Bundes ist der Anteil der Frauen mit 12,8 vH relativ gering; der Satz ist infolge der Verstärkung des Bundesgrenzschutzes gegenüber dem Vorjahr etwas gesunken. Bei den obersten Bundesbehörden liegt der Anteil für die Beamten bei 4 vH; dagegen sind rund 60 vH der Angestellten Frauen. Die Gliederung nach Laufbahngruppen zeigt im allgemeinen eine Erhöhung der Anteile im höheren und gehobenen und eine Verminderung im einfachen Dienst.

Bei den Hoheitsverwaltungen der Länder hat sich die Zahl der weiblichen Kräfte um rund 7 800 auf 132 000, der Anteilssatz von 23,4 vH auf 23,8 vH erhöht. Bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden verlief die Entwicklung gleichartig (4 600 mehr), ebenso bei den Hansestädten (1 100 mehr); lediglich die Berliner Verwaltung weist einen Rückgang der Zahl der weiblichen Beschäftigten nach. Für die staatlichen und kommunalen wirtschaftlichen Unternehmen zusammen ist ein Rückgang der absoluten Zahl der weiblichen Beschäftigten und des vH-Satzes festzustellen.

Von den rund 134 100 Frauen bei den Kammereiverwaltungen stehen 72 200 im Dienst kreisfreier Städte, 27 300 im Dienst kreisangehöriger Gemeinden, 26 500 im Dienst der Landkreise und 8 100 im Dienst der Bezirksverbände. Der Anteil am Gesamtpersonal ist bei den Landkreisen mit 40,0 vH und den Bezirksverbänden mit 39,7 vH am höchsten. Im übrigen sinkt er mit der Größenklasse von 30,1 vH bei den Städten mit 200 000 und mehr Einwohnern auf 17,0 vH bei den Gemeinden mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern.

#### Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst (Tabellengruppe E)

Zum 2. Oktober 1954 sind bei Bund, Ländern und Gemeinden rund 86 700 Schwerbeschädigte nachgewiesen. Davon entfielen auf den Bund rund 5 500, die Versorgungsverwaltung 2 400, die Länder 30 500, die Gemeinden und Gemeindeverbände 34 200, die Hansestädte und West-Berlin 14 100. Außerdem waren bei der Bundesbahn rund 26 700, der Bundespost 15 500 und den erfaßten Anstalten öffentlichen Rechts 3 600 schwerbeschädigte Kräfte tätig.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Schwerbeschädigten im Dienst der Gebietskörperschaften (mit Ausnahme des Bundes, der Hansestädte und West-Berlins) gesunken, und zwar insgesamt um rund 800 Kräfte. Die gleiche Entwicklung ist auch bei der Bundesbahn und Bundespost festzustellen. Da die Verwaltungen bei Neueinstellungen Schwerbeschädigte nach wie vor bevorzugen und solche Kräfte praktisch sehr selten, nämlich nur bei freiwilliger Übernahme einer anderen Beschäftigung oder Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß ihre Tätigkeit im öffentlichen Dienst aufgeben, ist das Sinken der Schwerbeschädigtenzahlen nur dadurch zu erklären, daß bei den laufenden Nachuntersuchungen der Erwerbsminderungssatz in zahlreichen Fällen unter 50 vH neu festgesetzt wird.

Das Schwerbeschädigtengesetz vom 16. Juni 1953 schreibt der öffentlichen Verwaltung die Beschäftigung von 10 vH, den öffentlichen Betrieben von 8 vH Schwerbeschädigter vor. Bestimmte Gruppen von Arbeitsplätzen bleiben jedoch bei Berechnung der Quote unberücksichtigt, für bestimmte Betriebe ist die Pflichtquote herabgesetzt. Da die Gliederung der Personalstandstatistik die Berücksichtigung dieser Sonderbestimmungen nicht ermöglicht, würde die Berechnung von Anteilsätzen nach den Ergebnissen dieser Statistik ein völlig falsches Bild von der Erfüllung der Forderungen des Schwerbeschädigtengesetzes durch die Gebietskörperschaften ergeben.

#### Vertriebene und Heimkehrer im Bundesdienst

Im Bundesdienst waren zum 2. 10. 1954 rund 27 600 Vertriebene beschäftigt, d. s. 25,7 vH des Gesamtpersonals. Eine Aufgliederung dieser Angaben nach Laufbahngruppen liegt allerdings nicht vor. Die Bundesbahn hat erstmalig durch eine Sonderbefragung die Gesamtzahl der bei ihr beschäftigten Vertriebenen (72 800) ermittelt. Die Angaben für die Vorjahre erfaßten jeweils nur die Vertriebenen, die bereits am 8. Mai 1945 im Eisenbahndienst standen. Bei der Bundespost sind rund 52 300 Vertriebene tätig, bei den erfaßten Anstalten des öffentlichen Rechts rund 7 800. In dem in der Personalstandstatistik erfaßten Bereich zentraler Verwaltungen liegt somit der Anteil der Vertriebenen mit 16,9 vH knapp über dem Anteilsatz an der Wohnbevölkerung im Bundesgebiet und West-Berlin (16,7 vH). Bei den Angestellten (19,9 vH) und Beamten (17,2 vH) liegt der Anteil über, bei den Arbeitern (15,8 vH) unter dem Durchschnitt.

Der Anteil der Heimkehrer im Dienst des Bundes (rund 8 600) hat sich gegenüber dem Vorjahre von 5,8 auf 8,0 vH des Gesamtpersonals erhöht. Bemerkenswert ist insbesondere der Zugang bei den Beamten, dem eine Erhöhung des Anteils von 7,6 vH auf 10,7 vH entspricht. Bei der Bundesbahn wurden durch eine erstmalige Zahlung rund 13 700 Heimkehrer festgestellt. Der Anteilsatz ist hier besonders niedrig, weil nach der hier verwandten Definition (vgl. methodische Vorbemerkungen, Seite 6) als Heimkehrer nur Personen gezählt werden, die nach dem 1. Januar 1948 aus Kriegsgefangenschaft usw. entlassen wurden. Für die Bundesbahn gilt jedoch seit 1948 eine Einstellungssperre, die nur für einzelne Personengruppen, z. B. Wiederverwendungsbeamte, gelockert ist. Die Bundespost hat im Vorjahre rund 12 000 Heimkehrer nachgewiesen, die erfaßten Anstalten öffentlichen Rechts zum 2. Oktober 1954 rund 2 000. Der verhältnismäßige Anteil der Heimkehrer am Gesamtpersonal der hier zusammengefaßten Berichtstellen beträgt für 1954 etwa 4 vH.

# 15. Vertriebene und Heimkehrer im Dienst des Bundes

Beschäftigungsbereich	Hauptberuflich vollbeschäftigte Personen						
	am 2. 10. 1954				am 2. 10. 1953	am 2. 10. 1952	am 2. 9. 1950
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	zusammen			
Vertriebene							
Hoheitsverwaltungen	18406	6143	2868	27417	24683	22228	13804
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	12	20	198	230	178	174	63
Zusammen	18418	6163	3066	27647	24861	22402	13867
in vH <sup>1)</sup>	31,3	23,6	13,5	25,7	25,2	25,2	22,6
Bundesbahn	30873	213	41713	72799	55474 <sup>2)</sup>	57937 <sup>2)</sup>	65126 <sup>2)</sup>
in vH <sup>1)</sup>	13,9	10,2	15,6	14,3	10,9	11,1	12,4
Bundespost	28817	7560	15958	52335	48752	45401	35971
in vH <sup>1)</sup>	16,7	17,5	16,8	16,9	16,2	15,8	13,9
Anstalten öffentlichen Rechts	564	6772	446	7782	7674	6885	.
in vH <sup>1)</sup>	20,4	20,8	19,3	20,6	20,3	18,9	.
Insgesamt	78672	20708	61183	160563	136761	132625	114964
in vH des Gesamtpersonals	17,2	19,9	15,8	16,9	14,4	14,2	13,6
Heimkehrer							
Hoheitsverwaltungen	6302	1096	1070	8468	5597	4714	2675
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	2	20	131	153	140	126	42
Zusammen	6304	1116	1201	8621	5737	4840	2717
in vH <sup>1)</sup>	10,7	4,3	5,3	8,0	5,8	5,4	4,4
Bundesbahn	6393	30	7237	13660	.	.	.
in vH <sup>1)</sup>	2,9	1,4	2,7	2,8	.	.	.
Bundespost	.	.	.	.	12041	10564	6785
in vH <sup>1)</sup>	.	.	.	.	4,0	3,7	2,6
Anstalten öffentlichen Rechts	164	1738	75	1977	1838	3945	.
in vH <sup>1)</sup>	5,9	5,3	3,2	5,2	4,9	10,9	.

<sup>1)</sup> Der jeweiligen Personalgruppe. — <sup>2)</sup> Nur am 8. 5. 1945 im Eisenbahndienst beschäftigte Personen.

## IV. Regionale Unterschiede<sup>1)</sup>

### 1. Aufgabenverteilung auf staatliche und kommunale Körperschaften

Die Aufgabenverteilung zwischen Hoheits- und Kämmererverwaltungen ist in den einzelnen Ländern sehr verschieden geregelt; entsprechend verhalten sich auch die Anteile der Länder bzw. der Gemeinden und Gemeindeverbände an der Gesamtzahl der Bediensteten. Der Anteil der staatlichen Beamten und Angestellten betrug in

Rheinland-Pfalz	68,6 vH
Bayern	66,5 vH
Baden-Württemberg	65,7 vH
Niedersachsen	65,5 vH
Schleswig-Holstein	65,4 vH
Hessen	59,7 vH
Nordrhein-Westfalen	53,5 vH

<sup>1)</sup> Zur Problematik regionaler Vergleiche s. Band 124, Seite 11 und Band 84, Seite 11.

Die Hoheits- und Kämmererverwaltungen in den einzelnen Ländern werden daher im folgenden zusammengefaßt behandelt.

### 2. Personalgruppen

Die regionalen Unterschiede im Personalstand gehen in der Hauptsache auf Unterschiede in der Aufgabenintensität, d. h. dem Ausmaß, mit dem bestimmte öffentliche Aufgaben von den Gebietskörperschaften wahrgenommen werden, zurück. Auf Grund der wenig gegliederten Ergebnisse der jährlichen Personalstandstatistik können daher nur Anhaltspunkte zur Erklärung regionaler Unterschiede gegeben werden. Für bestimmte öffentliche Aufgaben, bei denen regionale Unterschiede in erheblichem Ausmaß auftreten (z. B. die nach der Dichte und Beanspruchung des Straßennetzes unterschiedliche Straßenverwaltung) fehlen solche Unterlagen.

## 16. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kämmererverwaltungen der Länder<sup>1)</sup> und Gemeinden am 2. Oktober 1954

Land	Beamte und Angestellte					Anteil der		
	insgesamt		darunter			Lehrer	Polizei	Ausgleichs- ämter*)
			Lehrer	Polizei	Ausgleichs- ämter*)			
	Anzahl	je 10 000 Einwohner*)				vH des Gesamtpersonals		
Schleswig-Holstein	44345	191	52	20	4,9	27,1	10,6	2,6
Niedersachsen	108218	164	44	19	4,3	26,5	11,3	2,6
Nordrhein-Westfalen	230828	160	37	19	3,1	23,0	12,1	1,9
Hessen	81879	182	42	20	3,4	23,0	10,8	1,9
Rheinland-Pfalz	52712	162	39	14	2,6	24,3	8,9	1,6
Baden-Württemberg	128189	185	44	20	2,8	23,9	10,9	1,5
Bayern	161191	176	43	24	3,4	24,6	13,9	1,9
Zusammen	807362	171	42	20	3,4	24,3	11,7	2,0
Hamburg	52851	305	50	41	7,1	16,5	13,5	2,3
Bremen	16137	262	51	42	4,8	19,3	16,2	1,8
West-Berlin*)	71178	325	47	68	5,0	14,4	20,8	1,5
Insgesamt	947528	183	42	23	3,6	23,0	12,6	2,0

<sup>1)</sup> Ohne Versorgungsverwaltung. — <sup>2)</sup> Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. — <sup>3)</sup> Nach der Wohnbevölkerung am 30. 6. 1954. — <sup>4)</sup> Ohne Post, Zoll und ehemalige Reichs- und Staatseinrichtungen.

Die Zahl der Lehrpersonen richtet sich im allgemeinen nach der Zahl der Schulkinder. Eine erhebliche Rolle spielt jedoch auch die Organisation des Schulwesens: Kleine Schulen bedingen eine relativ höhere Lehrerzahl; in Ländern mit zahlreichen privaten oder von Kammern und anderen Verbänden getragenen öffentlichen Schulen sind entsprechend weniger staatliche bzw. kommunale Lehrkräfte erforderlich.

Die Lehrkörper der Schulen in der Bundesrepublik wurden in der Hauptsache zwischen Herbst 1950 und 1952 (Schleswig-Holstein, Hessen) bzw. zwischen Herbst 1952 und 1953 (insbesondere Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern) aufgebaut. Im vorliegenden Berichtszeitraum ist die Zahl der Lehrkräfte — infolge des Sinkens der Zahl der Volksschullehrer — in Schleswig-Holstein und West-Berlin etwas zurückgegangen; in den meisten anderen Ländern, besonders in Rheinland-Pfalz und Bayern hat sich der Zugang stark vermindert. Einen gegenüber dem vorangegangenen Berichtszeitraum ansteigenden Zugang weist nur Hessen auf, eine zahlenmäßig bedeutende Vermehrung außerdem Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Die Stärke der Polizei hängt, abgesehen von Fragen der Organisation des Polizeiwesens (z. B. Grenzpolizei in Bayern) von der Verkehrsdichte der einzelnen Länder und anderen z. T. lokalen Gegebenheiten (z. B. Hafenstädte, West-Berlin) ab.

Die Unterschiede in der Stärke der Lastenausgleichsverwaltung spiegeln die unterschiedliche Belastung der Länder mit Vertriebenen wider. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Eingliederung der Vertriebenen den Gebietskörperschaften weitere Aufgaben auferlegt, welche die Personalhaushalte der öffentlichen Körperschaften belasten, ohne daß sie zahlenmäßig in der Personalstandstatistik im einzelnen erfaßt werden können.

17. Personal der Hoheits-<sup>1)</sup> und Kammereiverwaltungen am 2. Oktober 1954

Land	Beamte, Angestellte und Arbeiter				Anteil der	
	insgesamt		darunter		Anstalten und Einrichtungen <sup>2)</sup>	Gemeindl. Einrichtungen
			Anstalten und Einrichtungen <sup>2)</sup>	Gemeindl. Einrichtungen		
	Anzahl	je 10000 Einwohner <sup>3)</sup>	vH des Gesamtpersonals			
Schleswig-Holstein	54275	233	33	12	14,3	5,2
Niedersachsen	136183	207	22	11	10,6	5,4
Nordrhein-Westfalen	289039	201	15	19	7,4	9,5
Hessen	102414	228	28	15	12,1	6,7
Rheinland-Pfalz	64763	199	10	10	5,0	5,1
Baden-Württemberg	165535	239	19	16	8,1	6,7
Bayern	204801	224	20	14	9,1	6,1
Zusammen	1017010	216	19	15	9,0	7,0
Hamburg	65908	380	81	36	21,3	9,4
Bremen	20814	338	58	36	17,0	10,5
West-Berlin <sup>4)</sup>	92832	424	89	43	21,0	10,1
Insgesamt	1196564	231	25	17	10,7	7,5

<sup>1)</sup> Ohne Versorgungsverwaltung. — <sup>2)</sup> Des Fürsorge und Gesundheitswesens. — <sup>3)</sup> Nach der Wohnbevölkerung am 30. 6. 1954. — <sup>4)</sup> Ohne Post, Zoll und ehemalige Reichs- und Staatseinrichtungen.

Als Beispiel dafür kann der hohe Anteil der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens in Schleswig Holstein gelten. Im übrigen gehen die Unterschiede zum Großteil auf die verschiedene Bedeutung von Einrichtungen gleicher Art, deren Träger außerhalb der Gebietskörperschaften stehen, zurück.

<sup>1)</sup> Ergebnisse der Krankenanstaltstatistik 1953, Band 127 der Statistik der Bundesrepublik Deutschland. — <sup>2)</sup> Ergebnisse der Statistik der Heil- und Pflegepersonen, a. a. O.

So beträgt z. B. der Anteil der freien gemeinnützigen und privaten Anstalten an den zahlenmäßig bedeutendsten Personalgruppen bei den Krankenanstalten, den Krankenschwestern und Wirtschaftskräften<sup>1)</sup>

ein Viertel bis ein Drittel in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Bremen und West-Berlin,  
etwa vier Zehntel in Niedersachsen und Hessen,  
etwa zwei Drittel in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Von der Gesamtzahl der Krankenpflegepersonen (auch außerhalb der Anstalten, jedoch ohne Gemeindeschwestern<sup>2)</sup>) gehören einem Mutterhaus oder Orden an

weniger als ein Fünftel in Hamburg und West-Berlin,  
ein Drittel bis vier Zehntel in Niedersachsen, Hessen und Schleswig-Holstein,  
etwa die Hälfte in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bremen,  
fast zwei Drittel in Rheinland-Pfalz,  
etwa neun Zehntel in Bayern.

Diese Kräfte werden, auch wenn sie in Anstalten der Gebietskörperschaften tätig sind, personalstatistisch nicht als Bedienstete der betreffenden Körperschaft nachgewiesen. Die in Übersicht 17 angegebenen Verhältniswerte für die Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens würden sich außerdem bei Einbeziehung des Personals der Universitätskliniken, besonders für die Länder Baden-Württemberg und Bayern, erhöhen.

Das Personal der gemeindlichen Einrichtungen (Epl. 7) spielt in den Stadtstaaten und den Ländern mit großem Anteil an städtischer Bevölkerung eine größere Rolle als in Ländern mit überwiegend ländlicher oder kleinstädtischer Struktur (z. B. Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen).

3. Dienstverhältnisse und Laufbahngruppen

Da die Maßstäbe für den Einsatz von Dienstkräften und die Bewertung der Tätigkeiten in allen Ländern etwa gleich sind, ergeben sich die hier aufgezeigten regionalen Unterschiede im wesentlichen aus der unterschiedlichen aufgabenmäßigen Struktur der Verwaltungen.

18. Zusammensetzung des Personals der Hoheits- und Kammereiverwaltungen nach Dienstverhältnissen  
Summe Beamte, Angestellte und Arbeiter = 100

Land	Beamte	Angestellte	Arbeiter
Schleswig-Holstein	46,1	35,6	18,3
Niedersachsen	44,8	34,7	20,5
Nordrhein-Westfalen	47,2	32,7	20,1
Hessen	43,4	36,6	20,0
Rheinland-Pfalz	46,1	35,3	18,6
Baden-Württemberg	43,4	34,0	22,6
Bayern	48,6	30,1	21,3
Zusammen	46,0	33,4	20,6
Hamburg	37,8	42,4	19,8
Bremen	39,8	37,7	22,5
West-Berlin <sup>1)</sup>	41,7	35,0	23,3
Insgesamt	45,1	34,1	20,8

<sup>1)</sup> Ohne Post, Zoll-, Sondervermögensverwaltung und ehemalige Reichs- und Staatseinrichtungen.

Der Anteil der Beamten ist in Bayern und Nordrhein-Westfalen am höchsten, in Hessen und Baden-Württemberg am niedrigsten. In Hessen ist dies durch die relativ hohe Zahl der Angestellten, in Baden-Württemberg der Arbeiter bedingt.

Die Unterschiede in der Gliederung des Personals nach Laufbahngruppen zeigt nachstehende Übersicht:

Gemessen am Durchschnitt der Länder sind vor allem folgende Besonderheiten festzustellen: Baden-Württemberg weist einen besonders hohen Anteil des höheren und einfachen Dienstes auf. Der gehobene Dienst überwiegt besonders in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, und zwar vor allem bei den Beamten. Der mittlere Dienst ist in Bayern überdurchschnittlich stark besetzt, und zwar nur bei den Beamten (Polizei), nicht dagegen bei den Angestellten. Die Hansestädte und West-Berlin unterscheiden sich von den übrigen Ländern insbesondere durch das Überwiegen des mittleren Dienstes bei den Beamten und Angestellten, in Bremen nur bei den Angestellten.

## 19. Beamte und Angestellte der Hoheits- und Kämmererverwaltungen<sup>1)</sup> nach Laufbahngruppen

Summe der Laufbahngruppen = 100

Land	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher
	Dienst			
Schleswig-Holstein	11,7	38,7	38,8	10,8
Niedersachsen	10,8	40,6	39,9	8,7
Nordrhein-Westfalen	10,9	38,7	40,4	10,0
Hessen	11,7	38,1	40,3	9,9
Rheinland-Pfalz	10,8	40,8	37,7	10,7
Baden-Württemberg	13,8	35,8	38,6	11,8
Bayern	12,4	36,1	40,7	10,8
Zusammen	11,8	38,1	39,8	10,3
Hamburg	9,7	29,7	52,9	7,7
Bremen	9,2	31,9	46,4	12,5
West-Berlin*)	8,7	26,3	54,3	10,7
Insgesamt	11,4	36,6	41,8	10,2

<sup>1)</sup> Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände. —

<sup>2)</sup> Ohne Post, Zoll-, Sondervermögensverwaltung und ehemalige Reichs- und Staatseinrichtungen.

## V. Entwicklung seit der Vorkriegszeit

### 1. Aufgabenverteilung auf Bund (Reich), Länder und Gemeinden

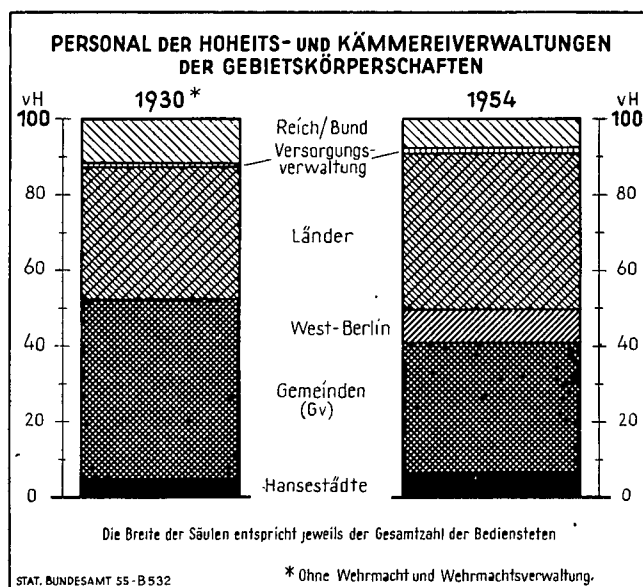
#### Länder und Gemeinden

Die öffentlichen Aufgaben lagen vor dem 1. Weltkrieg überwiegend in Händen kommunaler Dienstkräfte. 1913 wurden nach den Ergebnissen der Finanzstatistik 54,0 vH der Personalausgaben der Länder (ohne Hansestädte), Gemeinden und Gemeindeverbände von kommunalen Körperschaften geleistet. Nach dem 1. Weltkrieg wurde zur Beseitigung der Kriegsfolgen zwar eine erhebliche Erweiterung der kommunalen Verwaltungen, insbesondere im Bereich des Fürsorgewesens, erforderlich, zugleich machte sich jedoch die Übernahme von Lehrkräften in den Staatsdienst bemerkbar, eine Entwicklung, die auch heute noch die Größenverhältnisse beeinflusst. 1925 betrug der kommunale Anteil an den Personalausgaben der Länder und Gemeinden zusammen 46,6 vH<sup>1)</sup>; der entsprechende Verhältniswert für 1932 betrug 42,4 vH, für 1953: 40,3 vH.

Nach dem Zusammenbruch 1945 wurde die öffentliche Verwaltung im wesentlichen von der Ortsstufe her aufgebaut. Einheitliche personalstatistische Unterlagen für größere Gebiete liegen aus diesen Jahren nicht vor. Eine Erhebung des Statistischen Amtes der britischen Zone ergab, daß im Mai 1947 etwa 56 vH des Personals der Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und deren Gemeinden und Gemeindeverbände kommunale Kräfte waren; 1949 betrug dieser Anteilssatz etwa 50 vH; 1950: 46,5 vH, 1952 und 1954: 45,5 vH. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit ergibt für 1930 einen kommunalen Anteil von rund 46 vH, sofern die Volksschullehrer in Preußen — entgegen der damaligen, aber entsprechend der jetzigen Nachweisung — als Landesbedienstete gezählt werden. Das Größenverhältnis zwischen Landes- und Kommunalverwaltung ist somit im ganzen etwa konstant geblieben.

Die hier zu Tage tretende Gleichmäßigkeit der Gesamtentwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dauernd zwischen den einzelnen Ebenen der gebietskörperschaftlichen Verwaltung erhebliche Umschichtungen vor sich gehen. So ist im Berichtszeitraum 1952 bis 1953 durch die Errichtung der nordrhein-westfälischen Landschaftsverbände trotz einer geringfügigen Entlastung der gemeindlichen Verwaltungen durch die hessischen Maßnahmen zur Verwaltungsreform im Ergebnis ein Ansteigen des kommunalen Anteils bewirkt worden. Im vorliegenden Berichtszeitraum ist dagegen (im wesentlichen durch die Übernahme kommunaler Lehrkräfte auf das Land in Hessen) die gegenteilige Entwicklung zu verzeichnen.

<sup>1)</sup> Die Beiträge des Landes Preußen an die Landesschulkasse für die Volksschullehrer sind als Ausgaben des Landes gerechnet.



### Bund (Reich) und Länder

Vor dem 1. Weltkrieg hatte das Reich nur wenige öffentliche Aufgaben. Die Personalausgaben des Reiches betrugen zwar 1913 über ein Fünftel des gesamten Personalaufwandes der Gebietskörperschaften, die Ausgaben wurden jedoch überwiegend für die Wehrmacht geleistet. Ohne diese betrug der Anteil des Reiches an den Personalausgaben nur rund 2 vH, überwiegend für das Personal des auswärtigen Dienstes.

1925 betrug der Anteil des Reiches am gesamten Personalaufwand rund 17 vH, ohne Wehrmacht 12 vH. Die Zahlen enthalten als Hauptposten die Ausgaben für die Finanzverwaltung und die Wasserstraßenverwaltung. Die Finanzverwaltung ist im Zuge der Erbergangen Reform auf das Reich übergegangen.<sup>2)</sup> Durch Staatsvertrag mit den Ländern<sup>3)</sup> gingen Eigentum und Verwaltung der See- und Binnenwasserstraßen auf das Reich über.

Der Personalstand des Reiches belief sich 1930 einschließlich der Wehrmacht auf ein Fünftel des gesamten Personals der Gebietskörperschaften, ohne Wehrmacht und Wehrmachtsverwaltung auf etwa 13 vH. Von diesem Bestand (vgl. auch obenstehende Graphik) entfielen rund 80 vH der Beamten und Angestellten oder fast zwei Drittel aller Dienstkräfte auf das Finanzwesen und etwa ein Viertel auf die

<sup>2)</sup> § 8 der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919, Reichsgesetzblatt S. 1993. — <sup>3)</sup> Reichsgesetz vom 29. Juni 1921, Reichsgesetzblatt S. 961.

Wasserstraßenverwaltung; die Versorgungsverwaltung beanspruchte etwa 6 vH.

Nach 1945 entwickelte sich eine zentrale staatliche Verwaltung erst allmählich, z. T. aus zonalen Verwaltungsstellen, deren Personal in der britischen Zone 1947 immerhin rund 6 vH des gesamten Personals der Hoheits- und Kammereiverwaltungen betrug. Für das gesamte Bundesgebiet einschl. West-Berlins belief sich der Anteil der Bundesverwaltung auch 1950 erst auf 5 vH. Die Aufgaben der zentralen Verwaltung haben sich gegenüber der Vorkriegszeit nicht grundlegend geändert. Das Finanzwesen hat jedoch durch die in Art. 108 GG festgelegte und durch Bundesgesetz vom 6. September 1950 durchgeführte Aufteilung der Finanzverwaltung auf Bund und Länder an zahlenmäßiger Bedeutung für den Bund verloren; über die Hälfte aller Bundesbediensteten waren 1950 in diesem Aufgabengebiet beschäftigt. Durch Bundesgesetz vom 21. Mai 1951 trat der Bund in die Rechte des Reiches bezüglich der Wasserstraßen ein. Die Aufgaben der Versorgungsverwaltung wurden zunächst in den meisten Ländern von den Landesversicherungsanstalten wahrgenommen; durch Gesetz vom 12. März 1951 wurden sie Landesverwaltungen übertragen, deren Kosten im Rahmen der Lastenverteilungsgesetzgebung vom Bund übernommen wurden. 1952 betrug der Anteil des Bundes an der Gesamtzahl der Dienstkräfte der Hoheits- und Kammereiverwaltungen 7,0 vH, einschließlich der Versorgungsverwaltung 8,3 vH. Die Vermehrung ist vor allem in der Aufstellung des Bundesgrenzschutzes sowie im weiteren Ausbau der Bundesfinanz-(Zoll-)verwaltung und des auswärtigen Dienstes begründet. Im Zuge der weiteren Entwicklung (vgl. Abschnitt II, 1) ist der Anteil des Bundes an der Gesamtzahl der Bediensteten bis 1953 auf 7,3 vH, bis 1954 auf 7,7 vH gestiegen.

## 2. Gliederung nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen

Das Personal der Gebietskörperschaften im Deutschen Reich bestand nach dem 1. Weltkrieg etwa zu zwei Dritteln aus Beamten, zu einem Fünftel aus Arbeitern, im übrigen aus Angestellten. 1930 waren beim Reich 60 vH aller Bediensteten Beamte, bei den Ländern (ohne Hansestädte) 80 vH, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 56 vH. Die Unterschiede gehen dabei vor allem auf den verschiedenen Anteil der Arbeiter zurück, der beim Reich 25 vH, bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden 27 vH, bei den Ländern dagegen nur 9 vH betrug. Die Angestellten waren mit 12 bis 17 vH relativ gleichmäßig verteilt. Bei bis ins einzelne gehenden zeitlichen Vergleichen ist zu berücksichtigen, daß in der

Vorkriegszeit im Gegensatz zu den Erhebungen seit 1950 nur die Angestellten und Arbeiter für dauernde Verwaltungszwecke, nicht dagegen die nicht ständigen Kräfte erfaßt wurden, so daß der Anteil der Arbeiter und in geringerem Umfange der Angestellten erhöht werden müßte. Eine erhebliche Änderung des Gesamtbildes würde dadurch jedoch nicht eintreten.

Der wesentlichste Unterschied zwischen der damaligen und der derzeitigen Personalstruktur liegt in dem verstärkten Anteil der Angestellten. Dies spiegelt sich in zwei Erscheinungen wider:

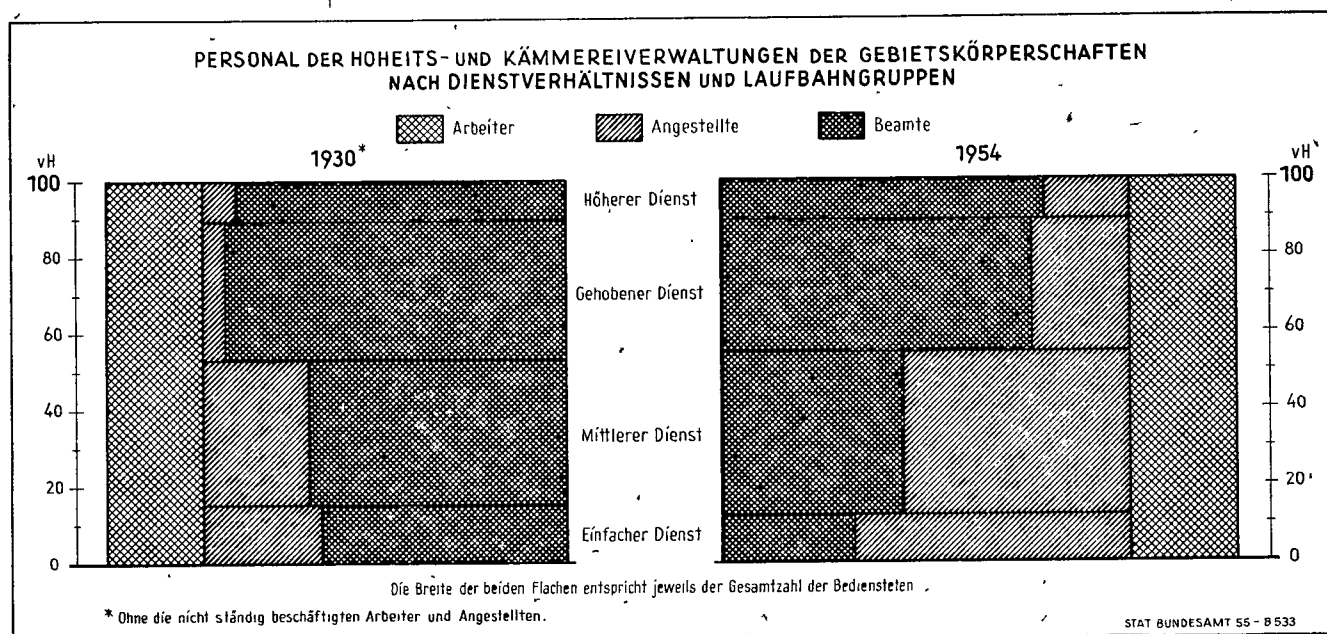
a) Der Anteil der Angestellten ist in allen Aufgabengebieten, auch im Bereich typischer Hoheitsaufgaben, gestiegen. So verhält sich die Zahl der Beamten zu der der Angestellten in der Finanzverwaltung des Reiches und der Länder (ohne Hansestädte) 1930 etwa wie vier zu eins, 1954 bei Bund und Ländern etwa wie drei zu zwei. In der Justizverwaltung der Länder betrug das Verhältnis 1930 etwa wie vier zu eins, 1954 etwa wie zwei zu eins. Auch im Bildungswesen lag der Anteil der Beamten 1930 erheblich höher als 1954.

b) Die der öffentlichen Verwaltung durch die Gesetzgebung zugewiesenen neuen, z. T. als vorübergehend angesehenen Aufgaben, z. B. Lastenausgleichsverwaltung, werden zu einem großen Teil von Angestellten wahrgenommen. Die zur Beseitigung der Kriegsfolgen erforderliche Vermehrung des Personals in einzelnen Aufgabengebieten, z. B. im Sozialwesen, führte ebenfalls zu einer Erhöhung des Anteils der Angestellten<sup>1)</sup>.

Die Zusammensetzung des Personals der Hoheits- und Kammereiverwaltungen nach Laufbahngruppen hat sich, wie die folgende Graphik zeigt, nicht grundlegend verändert.

Der höhere Dienst ist seinem Anteil an der Summe der Beamten und Angestellten nach mit 10,7 vH unverändert geblieben. Der Anteil der Angestellten im höheren Dienst stieg von etwa 9 vH auf über 20 vH. Der Anteil des gehobenen Dienstes ist gegenüber 1930 um 1,8 vH der Gesamtsumme gesunken; der Anteil der Angestellten ist von 6,3 vH auf 23,9 vH gestiegen. Der Anteil des mittleren Dienstes ist von 37,8 vH auf 42,7 vH gestiegen; in dieser Gruppe überwiegen nunmehr die Angestellten, von denen 1954 55,5 vH im mittleren Dienst standen, 1930 dagegen nur knapp 30 vH. Die Entwicklung ist z. T. ein Ergebnis der fortschreitenden Mechanisierung der Bürotätigkeit. Dies spiegelt sich auch in der anteilmäßigen Verminderung des einfachen Dienstes von 15,2 vH auf 12,1 vH wider. Auch hier stieg der Anteil der Angestellten von knapp einem Drittel auf über zwei Drittel.

<sup>1)</sup> Vgl. Bd. 55, S. 22: neuere Unterlagen liegen nicht vor.



Übersicht über die in der Personalstandstatistik zum 2. Oktober 1954 erfaßten kommunalen Gebietskörperschaften<sup>1)</sup>

a) = Zahl der Gebietskörperschaften; b) = Zahl der Einwohner

Gemeindegrößenklasse	Länder								Hansestädte und West-Berlin			Bundesgebiet einschl. West-Berlin
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen <sup>2)</sup>	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz <sup>2)</sup>	Baden Württemberg <sup>2)</sup>	Bayern <sup>2)</sup> (einschl. Lindau)	zusammen	Hamburg	Bremen	West-Berlin	
<b>Kreisfreie Städte</b>												
mit 200 000 u. mehr a)	2	2	9	2	—	2	2	19	1	1	1	22
Einwohnern ..... b)	488 709	739 458	4324 454	852 198	—	849 587	1322 418	8576 824	1735 574	489 715	2191 427	12 993 540
mit 100 000 bis unter a)	1	4	12	1	1	3	2	24	—	1	—	25
200 000 Einwohnern b)	96 247	443 052	1764 150	183 691	140 968	466 200	321 247	3 415 555	—	125 783	—	3 541 338
mit 50 000 bis unter a)	1	5	12	2	5	3	6	34	—	—	—	34
100 000 Einwohnern b)	72 846	335 464	921 590	215 076	415 015	223 112	449 705	2 632 808	—	—	—	2 632 808
mit weniger als a)	—	5	4	4	6	1	38	58	—	—	—	58
50 000 Einwohnern b)	—	212 900	173 761	181 875	200 373	41 250	930 060	1 740 219	—	—	—	1 740 219
zusammen ..... a)	4	16	37	9	12	9	48	135	1	2	1	139
b)	657 802	1 730 874	7 183 955	1 432 840	756 356	1 580 149	3 023 430	16 365 406	1 735 574	615 498	2 191 427	20 907 905
<b>Kreisangehörige Gemeinden mit 50 000 u. mehr Einwohnern</b>	—	—	3	—	—	2	—	5	—	—	—	5
a)	—	—	195 586	—	—	137 365	—	332 951	—	—	—	332 951
b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
mit 20 000 bis unter a)	9	12	53	6	3	19	2	104	—	—	—	104
50 000 Einwohnern b)	247 925	317 546	1 684 505	157 710	88 030	608 767	50 213	3 154 696	—	—	—	3 154 696
mit 10 000 bis unter a)	16	43	93	18	10	33	14	227	—	—	—	227
20 000 Einwohnern b)	210 979	591 872	1 388 948	254 032	140 913	507 941	166 132	3 260 817	—	—	—	3 260 817
mit 5 000 bis unter a)	46	88	171	64	38	96	111	614	—	—	—	614
10 000 Einwohnern b)	301 169	609 656	1 256 417	469 360	263 149	715 174	803 250	4 418 175	—	—	—	4 418 175
mit 3 000 bis unter a)	38	160	220	102	66	159	170	915	—	—	—	915
5 000 Einwohnern b)	129 453	582 643	883 845	389 715	276 560	647 016	660 778	3 570 010	—	—	—	3 570 010
mit 2 000 bis unter a)	61	205	228	136	98	229	277	1 234	—	—	—	1 234
3 000 Einwohnern b)	128 815	477 752	564 135	335 575	256 647	594 857	685 973	3 023 754	—	—	—	3 023 754
mit 1 000 bis unter a)	256	790	508	473	361	747	1 170	4 305	—	—	—	4 305
2 000 Einwohnern b)	282 398	1 001 766	723 909	637 046	522 145	1 072 215	1 524 576	5 764 055	—	—	—	5 764 055
mit 1 000 und mehr a)	426	1 298	1 276	799	576	1 285	1 744	7 404	—	—	—	7 404
Einwohn. zusammen b)	1 300 739	3 581 235	6 697 345	2 243 438	1 547 444	4 283 335	3 870 922	23 524 458	—	—	—	23 524 458
<b>Ämter</b>	222	—	298	—	132	—	—	652	—	—	—	652
a)	815 115	—	3 377 770	—	1 010 964	—	—	5 203 849	—	—	—	5 203 849
b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Landkreise</b>	17	60	57	39	39	63	143	418	—	—	—	418
a)	1 667 444	4 855 433	7 226 970	3 065 540	2 490 494	5 356 313	6 137 591	30 799 785	—	—	—	30 799 785
b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Bezirksverbände</b>	—	—	2	1	1	2	7	13	—	—	—	13
a)	—	—	14 410 925	4 498 380	1 160 380	3 915 355	9 099 195	33 084 235	—	—	—	33 084 235
b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Kreisangehörige Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnern</b>	965	2 957	1 070	1 898	2 332	2 088	5 329	16 639	—	—	—	16 639
a)	366 705	1 274 198	529 625	822 102	943 050	1 072 978	2 266 669	7 275 327	—	—	—	7 275 327
b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt</b>	1 634	4 331	2 740	2 746	3 092	3 447	7 271	25 261	1	2	1	25 265
a)	2 325 246	6 586 307	14 410 925	4 498 380	3 246 850	6 936 462	9 161 021	47 165 191	1 735 574	615 498	2 191 427	51 707 690
b)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

<sup>1)</sup> Fortgeschriebene Einwohnerzahl am 30. 6. 1954, Zuordnung nach dem Gebietsstand am 31. 3. 1955 und Einordnung der Gemeinden nach ihren Größenklassen am 13. 9. 1950; zum Teil vorläufige Ergebnisse. — <sup>2)</sup> Einschl. der Einwohner gemeindefreier Grundstücke, die nicht als Gebietskörperschaften gezählt sind.





## Inhalt des Tabellenteils

	Seite
<b>A. Personal der Hoheits- und Kämmereiverwaltungen</b>	
1. Bund, Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Gebietskörperschaften .....	26
2. Bund (einschl. Versorgungsverwaltung) und erfaßte Anstalten öffentlichen Rechts nach Verwaltungszweigen .....	26
3. Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern .....	27
4. Länder (ohne Hansestädte und West-Berlin) nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern .....	27
5. Länder, Hansestädte und West-Berlin nach Dienstverhältnissen und Ministerialbereichen .....	28
6. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern .....	29
7. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen .....	29
8. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen .....	30
<b>B. Personal einzelner Aufgabenbereiche der Hoheits- und Kämmereiverwaltungen</b>	
9. Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern .....	31
10. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen .....	33
11. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen .....	34
<b>C. Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit</b>	
12. Bund, Länder, Gemeinden mit 10000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen .....	35
13. Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen .....	35
<b>D. Weibliches Personal im öffentlichen Dienst</b>	
14. Bund, Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen .....	36
15. Bund, Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern, Dienstverhältnissen in vH der betreffenden Personalgruppe ..	36
16. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen .....	37
17. Hoheitsverwaltungen des Bundes, Bundesbahn, Bundespost und erfaßte Anstalten öffentlichen Rechts nach Laufbahngruppen .....	37
<b>E. Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst</b>	
18. -Bund, Länder, Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen .....	38
19. Gemeinden mit 1000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften / Größenklassen .....	38
<b>F. (20.) Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ortsklassen .....</b>	<b>39</b>

# A. Personal der Hoheits- und Kammereiverwaltungen

## 1. Bund, Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Gebietskörperschaften

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen								
	Bund	Versorgungs- verwaltung	Zusammen	Länder 1)	Gemeinden (Gv.)	Länder 1) und Gemeinden (Gv.)	Hansestädte und West-Berlin	Insgesamt	Dagegen am 2.10.1953
			31,7			66,8		60,3	61,1
			Beamte			33,2		39,7	38,9
Bund, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern			68,3						
Höherer Dienst	4 678	666	5 344	59 523	15 747	75 270	8 733	89 347	79 632
Gehobener Dienst	12 261	2 332	14 593	185 203	44 248	229 451	30 968	275 012	262 618
Mittlerer Dienst	25 436	1 095	26 531	96 397	40 472	136 869	35 440	198 840	183 791
Einfacher Dienst	16 366	92	16 458	12 433	3 012	15 445	9 314	41 217	33 703
Zusammen	58 741	4 185	62 926	353 556	103 479	457 035	84 455	604 416	559 744
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	—	—	—	—	10 966	10 966	—	10 966	10 882
Insgesamt	58 741	4 185	62 926	353 556	114 445	468 001	84 455	615 382	—
dagegen am 2.10.1953	51 924	3 722	55 646	339 078	112 146	451 224	63 756	—	570 626
			Angestellte						
Bund, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern									
Höherer Dienst	2 828	715	3 543	7 280	8 321	15 601	4 186	23 330	22 370
Gehobener Dienst	7 525	1 941	9 466	34 509	30 343	64 852	10 877	85 195	83 145
Mittlerer Dienst	13 467	7 623	21 090	82 077	88 890	170 967	48 166	240 223	245 147
Einfacher Dienst	1 728	999	2 727	22 464	42 113	64 577	11 928	79 232	83 396
Zusammen	25 548	11 278	36 826	146 330	169 667	315 997	75 157	427 980	434 058
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	—	—	—	—	23 364	23 364	—	23 364	23 379
Insgesamt	25 548	11 278	36 826	146 330	193 031	339 361	75 157	451 344	—
dagegen am 2.10.1953	24 101	11 356	35 457	140 706	187 360	328 066	93 914	—	457 437
			Beamte und Angestellte						
Bund, Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern									
Höherer Dienst	7 506	1 381	8 887	66 803	24 068	90 871	12 919	112 677	102 002
Gehobener Dienst	19 786	4 273	24 059	219 712	74 591	294 303	41 845	360 207	345 763
Mittlerer Dienst	38 903	8 718	47 621	178 474	129 362	307 836	83 606	439 063	428 938
Einfacher Dienst	18 094	1 091	19 185	34 897	45 125	80 022	21 242	120 449	117 099
Zusammen	84 289	15 463	99 752	499 886	273 146	773 032	159 612	1 032 396	993 802
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	—	—	—	—	34 330	34 330	—	34 330	34 261
Insgesamt	84 289	15 463	99 752	499 886	307 476	807 362	159 612	1 066 726	—
dagegen am 2.10.1953	76 025	15 078	91 103	479 784	299 506	779 290	157 670	—	1 028 063
			Arbeiter						
Insgesamt	19 494	1 744	21 238	53 795	155 853	209 648	44 391	275 277	—
dagegen am 2.10.1953	18 869	1 650	20 519	51 450	153 814	205 264	43 576	—	269 359
			Beamte, Angestellte und Arbeiter						
Insgesamt	103 783	17 207	120 990	553 681	463 329	1 017 010	204 003	1 342 003	—
dagegen am 2.10.1953	94 894	16 728	111 622	531 234	453 320	984 554	201 246	—	1 297 422

1) Ohne Hansestädte und West-Berlin, ohne Versorgungsverwaltung.

## 2. Bund (einschl. Versorgungsverwaltung) und erfaßte Anstalten öffentlichen Rechts nach Verwaltungszweigen

Verwaltungszweig	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen							
	am 2. 10. 1954				am 2. 10. 1953			
	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Zusammen
<b>Hoheitsverwaltungen</b>								
Oberste Staatsorgane	2 024	3 974	1 144	7 142	1 796	3 513	908	6 217
Innere Verwaltung	16 565	3 324	1 978	21 867	11 382	3 040	1 428	15 850
darunter: Ministerium	380	340	114	834	381	327	96	804
Rechtssicherheit	383	244	67	694	310	206	64	580
darunter: Ministerium	138	124	45	307	115	114	44	273
Wissenschaft, Kunst, Volksbildung	695	2 738	1 025	4 458	652	2 544	912	4 108
Arbeit und Wohlfahrt	348	526	201	1 075	230	485	181	896
darunter: Ministerium	215	245	80	540	194	230	76	500
Bau- und Wohnungswesen	107	227	40	374	93	230	41	364
darunter: Ministerium	94	154	29	277	83	154	30	267
Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	273	793	161	1 227	272	820	156	1 248
darunter: Ministerium	256	329	93	678	260	350	89	699
Handel, Industrie, Gewerbe	1 447	2 655	598	4 700	1 229	2 513	568	4 310
darunter: Ministerien	438	917	208	1 563	417	922	213	1 552
Verkehr	2 118	4 872	11 644	18 634	2 065	4 699	12 008	18 772
darunter: Ministerium	316	359	92	767	286	360	109	755
Finanzverwaltung	34 634	5 314	2 568	42 516	33 767	5 041	2 531	41 339
darunter: Ministerium	694	429	83	1 206	646	431	87	1 164
Kriegsfolgelasten	4 332	12 159	1 812	18 303	3 850	12 366	1 722	17 938
darunter: Ministerium	65	142	23	230	59	140	26	225
Länderpersonal	4 185	11 278	1 744	17 207	3 722	11 356	1 650	16 728
Zusammen	62 926	36 826	21 238	120 990	55 646	35 457	20 519	111 622
darunter: Länderpersonal	4 185	11 278	1 744	17 207	3 722	11 356	1 650	16 728
<b>Anstalten öffentlichen Rechts</b>								
Arbeit und Wohlfahrt	2 740	30 809	1 941	35 490	2 527	31 399	1 820	35 746
Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	16	986	301	1 303	19	1 031	309	1 359
Verkehr	2	472	45	519	1	334	33	368
Finanzverwaltung	5	369	24	398	5	330	21	356
Zusammen	2 763	32 636	2 311	37 710	2 552	33 094	2 183	37 829
Insgesamt	65 689	69 462	23 549	158 700	58 198	68 551	22 702	149 451
Außerdem:								
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	95	576	3 209	3 880	62	536	3 093	3 691

3. Länder<sup>1)</sup>, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen													Dagegen am 2.10.1953
	Länder einschl. Gemeinden (Gv.)										Hansestädte u. West-Berlin			
	Schleswig- Holstein	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern (einschl. Lindau)	darunter Lindau	zusammen	Hamburg	Bremen	West- Berlin	Insgesamt	
<b>Länder, Gemeindeverbände und Ge- meinden mit 10 000 und mehr Einwohnern</b>														
Höherer Dienst	4 099	8 999	21 333	7 518	4 786	13 355	15 180	80	75 270	3 430	1 008	4 295	84 003	74 877
Gehobener Dienst	13 135	32 904	68 985	21 873	15 818	32 903	43 833	292	229 451	11 297	3 377	16 294	260 419	249 110
Mittlerer Dienst	7 007	16 373	41 059	12 444	7 496	18 754	33 736	102	136 869	9 499	3 642	22 299	172 309	160 044
Einfacher Dienst	581	1 648	3 604	1 288	927	3 040	4 357	14	15 445	682	258	8 374	24 759	20 067
<b>Zusammen</b>	<b>24 822</b>	<b>59 924</b>	<b>134 981</b>	<b>43 123</b>	<b>29 027</b>	<b>68 052</b>	<b>97 106</b>	<b>488</b>	<b>457 035</b>	<b>24 908</b>	<b>8 285</b>	<b>51 262</b>	<b>541 490</b>	<b>504 098</b>
<b>Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern</b>														
	223	1 012	1 459	1 309	814	3 775	2 374	23	10 966	—	—	—	10 966	10 882
<b>Insgesamt</b>	<b>25 045</b>	<b>60 936</b>	<b>136 440</b>	<b>44 432</b>	<b>29 841</b>	<b>71 827</b>	<b>99 480</b>	<b>511</b>	<b>468 001</b>	<b>24 908</b>	<b>8 285</b>	<b>51 262</b>	<b>552 456</b>	<b>—</b>
dagegen am 2.10.1953	24 817	59 442	130 849	42 665	28 760	68 380	96 311	499	451 224	23 844	7 954	31 958	—	514 980
<b>Länder, Gemeindeverbände und Ge- meinden mit 10 000 und mehr Einwohnern</b>														
<b>Angestellte</b>														
Höherer Dienst	955	2 139	3 397	1 577	660	3 025	3 848	16	15 601	1 694	474	2 018	19 787	18 959
Gehobener Dienst	3 493	9 063	18 747	7 690	4 676	9 657	11 526	55	64 852	4 396	1 767	4 714	75 729	74 215
Mittlerer Dienst	9 670	24 872	50 380	18 787	11 463	27 054	28 741	156	170 967	18 466	3 849	25 851	219 133	224 503
Einfacher Dienst	4 076	7 390	19 101	6 403	4 437	11 011	12 159	79	64 577	3 387	1 762	6 779	76 505	80 924
<b>Zusammen</b>	<b>18 194</b>	<b>43 464</b>	<b>91 625</b>	<b>34 457</b>	<b>21 236</b>	<b>50 747</b>	<b>56 274</b>	<b>306</b>	<b>315 997</b>	<b>27 943</b>	<b>7 852</b>	<b>39 362</b>	<b>391 154</b>	<b>398 601</b>
<b>Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern</b>														
	1 106	3 818	2 763	2 990	1 635	5 615	5 437	51	23 364	—	—	—	23 364	23 379
<b>Insgesamt</b>	<b>19 300</b>	<b>47 282</b>	<b>94 388</b>	<b>37 447</b>	<b>22 871</b>	<b>56 362</b>	<b>61 711</b>	<b>357</b>	<b>339 361</b>	<b>27 943</b>	<b>7 852</b>	<b>39 362</b>	<b>414 518</b>	<b>—</b>
dagegen am 2.10.1953	19 056	45 944	90 735	36 357	22 107	53 481	60 386	351	328 066	27 567	7 579	38 768	—	421 980
<b>Länder, Gemeindeverbände und Ge- meinden mit 10 000 und mehr Einwohnern</b>														
<b>Beamte und Angestellte</b>														
Höherer Dienst	5 054	11 138	24 730	9 095	5 446	16 380	19 028	96	90 871	5 124	1 482	6 313	103 790	93 836
Gehobener Dienst	16 628	41 967	87 732	29 563	20 494	42 560	55 359	347	294 303	15 693	5 144	21 008	336 148	323 325
Mittlerer Dienst	16 677	41 245	91 439	31 231	18 959	45 808	62 477	258	307 836	27 965	7 491	48 150	391 442	384 547
Einfacher Dienst	4 657	9 038	22 705	7 691	5 364	14 051	16 516	93	80 022	4 069	2 020	15 153	101 264	100 991
<b>Zusammen</b>	<b>43 016</b>	<b>103 388</b>	<b>226 606</b>	<b>77 580</b>	<b>50 263</b>	<b>118 799</b>	<b>153 380</b>	<b>794</b>	<b>773 032</b>	<b>52 851</b>	<b>16 137</b>	<b>90 624</b>	<b>932 644</b>	<b>902 699</b>
<b>Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern</b>														
	1 329	4 830	4 222	4 299	2 449	9 390	7 811	74	34 330	—	—	—	34 330	34 261
<b>Insgesamt</b>	<b>44 345</b>	<b>108 218</b>	<b>230 828</b>	<b>81 879</b>	<b>52 712</b>	<b>128 189</b>	<b>161 191</b>	<b>868</b>	<b>807 362</b>	<b>52 851</b>	<b>16 137</b>	<b>90 624</b>	<b>966 974</b>	<b>—</b>
dagegen am 2.10.1953	43 873	105 386	221 584	79 022	50 867	121 861	156 697	850	779 290	51 411	15 533	90 726	—	936 960
<b>Arbeiter</b>														
<b>Insgesamt</b>	<b>9 930</b>	<b>27 965</b>	<b>58 211</b>	<b>20 535</b>	<b>12 051</b>	<b>37 346</b>	<b>43 610</b>	<b>201</b>	<b>209 648</b>	<b>13 057</b>	<b>4 677</b>	<b>26 657</b>	<b>254 039</b>	<b>—</b>
dagegen am 2.10.1953	10 333	27 419	57 226	20 047	11 723	35 722	42 794	202	205 264	13 058	4 682	25 836	—	248 840
<b>Beamte, Angestellte und Arbeiter</b>														
<b>Insgesamt</b>	<b>54 275</b>	<b>136 183</b>	<b>289 039</b>	<b>102 414</b>	<b>64 763</b>	<b>165 535</b>	<b>204 801</b>	<b>1 069</b>	<b>1 017 010</b>	<b>65 908</b>	<b>20 814</b>	<b>117 281</b>	<b>1 221 013</b>	<b>—</b>
dagegen am 2.10.1953	54 206	132 805	278 810	99 069	62 590	157 583	199 491	1 052	984 554	64 469	20 215	116 562	—	1 185 800

1) Ohne Versorgungsverwaltung.

4. Länder<sup>1)</sup> nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern (einschl. Lindau)	darunter Lindau	Zusammen	Dagegen am 2.10.1953
Beamte										
Höherer Dienst	3 193	6 772	12 614	6 962	4 102	12 648	13 232	63	59 523	51 091
Gehobener Dienst	11 874	27 380	46 753	19 141	13 262	29 088	37 705	251	185 203	181 245
Mittlerer Dienst	5 802	14 192	31 278	5 638	6 430	11 384	21 673	49	96 397	93 854
Einfacher Dienst	525	1 494	2 897	941	753	2 583	3 240	11	12 433	12 888
Insgesamt	21 394	49 838	93 542	32 682	24 547	55 703	75 850	374	353 556	-
dagegen am 2.10.1953	21 384	48 694	89 707	29 344	23 480	52 963	73 506	370	-	339 078
Angestellte										
Höherer Dienst	345	1 054	1 175	614	338	1 815	1 939	11	7 280	7 111
Gehobener Dienst	1 641	4 953	6 267	4 727	2 968	6 315	7 638	26	34 509	31 934
Mittlerer Dienst	4 188	11 924	18 480	9 541	6 164	15 258	16 522	87	82 077	80 582
Einfacher Dienst	1 449	3 175	4 095	1 340	2 121	5 071	5 213	19	22 464	21 079
Insgesamt	7 623	21 106	30 017	16 222	11 591	28 459	31 312	143	146 330	-
dagegen am 2.10.1953	7 639	20 082	28 742	15 520	11 267	26 940	30 516	138	-	140 706
Beamte und Angestellte										
Höherer Dienst	3 538	7 826	13 789	7 576	4 440	14 463	15 171	74	66 803	58 202
Gehobener Dienst	13 515	32 333	53 020	23 868	16 230	35 403	45 343	277	219 712	213 179
Mittlerer Dienst	9 990	26 116	49 758	15 179	12 594	26 642	38 195	136	178 474	174 436
Einfacher Dienst	1 974	4 669	6 992	2 281	2 874	7 654	8 453	30	34 897	33 967
Insgesamt	29 017	70 944	123 559	48 904	36 138	84 162	107 162	517	499 886	-
dagegen am 2.10.1953	29 023	68 776	118 449	44 864	34 747	79 903	104 022	508	-	479 784
Arbeiter										
Insgesamt	3 402	10 362	7 663	5 522	4 303	8 450	14 093	41	53 795	-
dagegen am 2.10.1953	3 397	9 788	6 926	4 978	4 156	8 133	14 072	43	-	51 450
Beamte, Angestellte und Arbeiter										
Insgesamt	32 419	81 306	131 222	54 426	40 441	92 612	121 255	558	553 681	-
dagegen am 2.10.1953	32 420	78 564	125 375 <sup>2)</sup>	49 842	38 903	88 036	118 094	551	-	531 234

1) Ohne Hansestädte und West-Berlin, ohne Versorgungsverwaltung. — 2) Ohne Referendare, berichtete Zahl: 129 227.

noch: A. Personal der Hoheits- und Kämmererverwaltungen

5. Länder<sup>1)</sup> nach Dienstverhältnissen und Ministerialbereichen

Land und Dienstverhältnis		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen											
		Landtag	Ministerpräsident und Staatskanzlei	Rechnungshof	Innere	Justiz	Kultur	Arbeit, Soziales, Vertriebene, Gesundheit 1)	Wirtschaft, Handel, Verkehr	Ernährung, Land- und Forstwirtschaft	Finanzen	Übrige Behörden	Zusammen
Länder													
Schleswig-Holstein	Beamte	3	23	32	5 062	2 056	11 357	207	185	330	2 139	—	21 394
	Angestellte	14	46	8	1 987	971	1 330	357	317	796	1 797	—	7 623
	Arbeiter	—	4	2	808	106	730	67	768	762	155	—	3 402
	Zusammen	17	73	42	7 857	3 133	13 417	631	1 270	1 888	4 091	—	32 419
	dagegen am 2.10.1953	18	73	39	7 866	3 176	13 483	616	1 294	1 828	4 027	—	32 420
Niedersachsen	Beamte	18	171	53	12 920	5 697	23 182	932	551	813	5 501	—	49 838
	Angestellte	29	177	19	4 727	2 915	2 382	4 081	763	1 571	4 442	—	21 106
	Arbeiter	15	54	2	1 049	306	1 461	1 410	3 549	2 301	215	—	10 362
	Zusammen	62	402	74	18 696	8 918	27 025	6 423	4 863	4 685	10 158	—	81 306
	dagegen am 2.10.1953	58	382	73	17 859	8 647	26 959	5 766	4 058	4 487	10 275	—	78 564
Nordrhein-Westfalen	Beamte	13	241	77	28 168	13 094	39 536	669	581	750	10 413	—	93 542
	Angestellte	46	280	24	4 742	6 922	3 957	1 538	622	1 596	10 290	—	30 017
	Arbeiter	41	157	8	1 770	699	2 856	408	174	295	1 255	—	7 663
	Zusammen	100	678	109	34 680	20 715	46 349	2 615	1 377	2 641	21 958	—	131 222
	dagegen am 2.10.1953	100	695	113	34 700 <sup>2)</sup>	18 405 <sup>2)</sup>	43 558 <sup>2)</sup>	1 997	1 429	2 634	21 744	—	125 375 <sup>2)</sup>
Hessen	Beamte	10	157	48	4 520	4 253	18 877	678	609	3 530	—	—	32 682
	Angestellte	18	495	11	1 415	2 073	3 292	1 902	1 019	5 997	—	—	16 222
	Arbeiter	9	34	2	388	203	1 626	2 575	279	406	—	—	5 522
	Zusammen	37	686	61	6 323	6 529	23 795	5 155	1 907	9 933	—	—	54 426
	dagegen am 2.10.1953	38	671	64	6 375	6 226	20 272	4 524	1 801	9 871	—	—	49 842
Rheinland-Pfalz	Beamte	4	90	41	5 862	3 159	11 153	261	354	728	2 895	—	24 547
	Angestellte	11	319	12	2 198	1 427	1 286	764	496	1 329	3 749	—	11 591
	Arbeiter	4	42	4	450	108	815	247	1 638	356	639	—	4 303
	Zusammen	19	451	57	8 510	4 694	13 254	1 272	2 488	2 413	7 283 <sup>3)</sup>	—	40 441
	dagegen am 2.10.1953	20	461	54	8 226	4 382	13 135	1 030	2 434	2 194	6 967 <sup>3)</sup>	—	38 903
Baden-Württemberg	Beamte	5	62	46	12 203	6 395	29 365	454	281	1 042	5 850	—	55 703
	Angestellte	17	70	11	7 044	3 007	7 072	1 252	606	2 320	7 060	—	28 459
	Arbeiter	6	13	2	4 103	85	2 561	402	90	732	456	—	8 450
	Zusammen	28	145	59	23 350	9 487	38 998	2 108	977	4 094	13 366	—	92 612
	dagegen am 2.10.1953	28	148	58	22 195	9 410	37 035	1 527	936	4 319	12 380	—	88 036
Bayern (einschl. Lindau)	Beamte	28	65	236	18 788	9 280	35 370	632	211	1 826	9 414	—	75 850
	Angestellte	63	67	67	10 529	2 954	4 988	636	377	2 744	8 887	—	31 312
	Arbeiter	28	14	9	8 215	358	3 114	114	45	508	1 688	—	14 093
	Zusammen	119	146	312	37 532	12 592	43 472	1 382	633	5 078	19 989	—	121 255
	dagegen am 2.10.1953	117	140	296	36 773	11 901	42 619	1 272	650	5 207	19 119	—	118 094
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin	Beamte	81	809	533	87 523	43 934	168 840	5 996	6 098	39 712	—	—	353 556
	Angestellte	198	1 454	152	32 642	20 269	21 307	13 711	11 375	42 222	—	—	146 330
	Arbeiter	103	318	29	16 783	1 865	13 163	11 487	5 233	4 814	—	—	53 795
	Zusammen	382	2 581	714	136 948	66 068	206 310	31 194	22 706	86 778	—	—	553 681
	dagegen am 2.10.1953	379	2 570	697	133 994	62 147	197 061	27 533	22 470	84 383	—	—	531 234
Hansestädte und West-Berlin													
Hamburg	Beamte	191	98	6 523	2 669	8 289	966	1 989	13	2 537	1 633	—	24 908
	Angestellte	262	41	1 012	1 619	4 129	11 090	3 137	104	2 117	4 432	—	27 943
	Arbeiter	10	—	243	201	934	4 067	5 235	27	96	2 244	—	13 057
	Zusammen	463	139	7 778	4 489	13 352	16 123	10 361	144	4 750	8 309	—	65 908
	dagegen am 2.10.1953	436	139	7 816	4 439	12 802	15 773	10 293	146	4 730	7 895	—	64 469
Bremen	Beamte	125	25	2 652	643	2 258	267	338	9	749	1 219	—	8 285
	Angestellte	169	9	502	425	838	2 306	1 342	30	892	1 339	—	7 852
	Arbeiter	32	—	104	7	157	1 325	2 235	6	70	741	—	4 677
	Zusammen	326	34	3 258	1 075	3 253	3 898	3 915	45	1 711	3 299	—	20 814
	dagegen am 2.10.1953	312	33	3 239	1 062	3 083	3 721	3 937	40	1 684	3 104	—	20 215
West-Berlin	Beamte	70	143	12 745	3 203	600	578	11 958	5 605	16 360	—	—	51 262
	Angestellte	111	47	5 145	2 075	1 273	1 876	7 885	3 569	17 381	—	—	39 362
	Arbeiter	8	—	1 338	337	1 107	618	8 213	1 171	13 865	—	—	26 657
	Zusammen	189	190	19 228	5 615	2 980	3 072	28 056	10 345	47 606	—	—	117 281
	dagegen am 2.10.1953	179	193	18 298	5 461	4 702	3 035	27 920	9 925	46 849	—	—	116 562
Länder, Hansestädte und West-Berlin													
Insgesamt	Beamte	1 276	799	109 443	50 449	179 987	—	28 212	—	48 633	19 212	—	438 011
	Angestellte	2 194	249	39 301	24 388	30 547	—	52 856	—	48 800	23 152	—	221 487
	Arbeiter	471	29	18 468	2 410	15 361	—	38 446	—	6 151	16 850	—	98 186
	Zusammen	3 941	1 077	167 212	77 247	225 895	—	119 514	—	103 584	59 214	—	757 684
	dagegen am 2.10.1953	3 876	1 062	163 347	73 109	217 648	—	114 868	—	100 722	57 848	—	732 480

1) Ohne Versorgungsverwaltung. — 2) Ohne Referendare; berichtigte Zahlen: 34 738, 19 780, 45 997, 129 227. — 3) Einschl. Wiederaufbau.

6. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Ländern

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
	Schleswig-Holstein	Niedersachsen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern (einschl. Lindau)	darunter Lindau	Zusammen	Dagegen am 2.10.1953
Beamte										
Höherer Dienst	906	2 227	8 719	556	684	707	1 948	17	15 747	15 990
Gehobener Dienst	1 261	5 524	22 232	2 732	2 556	3 815	6 128	41	44 248	43 162
Mittlerer Dienst	1 205	2 181	9 781	6 806	1 066	7 370	12 063	53	40 472	39 281
Einfacher Dienst	56	154	777	347	174	457	1 117	3	3 012	2 831
Zusammen	3 428	10 086	41 439	10 441	4 480	12 349	21 256	114	103 479	101 264
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	223	1 012	1 459	1 309	814	3 775	2 374	25	10 966	10 882
Insgesamt	3 651	11 098	42 898	11 750	5 294	16 124	23 630	137	114 445	-
dagegen am 2.10.1953	3 433	10 748	41 142	13 321	5 280	15 417	22 805	129	-	112 146
Angestellte										
Höherer Dienst	610	1 085	2 222	963	322	1 210	1 909	5	8 321	8 136
Gehobener Dienst	1 852	4 110	12 480	2 963	1 708	3 342	3 888	29	30 343	28 211
Mittlerer Dienst	5 482	12 948	31 907	9 246	5 299	11 796	12 219	69	88 899	87 504
Einfacher Dienst	2 627	4 215	15 006	5 063	2 316	5 940	6 946	60	42 113	40 130
Zusammen	10 571	22 358	61 608	18 235	9 645	22 288	24 962	163	169 667	163 981
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	1 106	3 818	2 763	2 990	1 635	5 615	5 437	51	23 364	23 379
Insgesamt	11 677	26 176	64 371	21 225	11 280	27 903	30 399	214	193 031	-
dagegen am 2.10.1953	11 417	25 862	61 993	20 837	10 840	26 541	29 870	213	-	187 360
Beamte und Angestellte										
Höherer Dienst	1 516	3 312	10 941	1 519	1 006	1 917	3 857	22	24 068	24 126
Gehobener Dienst	3 113	9 634	34 712	5 695	4 264	7 157	10 016	70	74 591	71 373
Mittlerer Dienst	6 687	15 129	41 681	16 052	6 365	19 166	24 282	122	129 362	126 785
Einfacher Dienst	2 683	4 369	15 713	5 410	2 490	6 397	8 063	63	45 125	42 961
Zusammen	13 999	32 444	103 047	28 676	14 125	34 637	46 218	277	273 146	265 245
Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern	1 329	4 830	4 222	4 299	2 449	9 390	7 811	74	34 330	34 261
Insgesamt	15 328	37 274	107 269	32 975	16 574	44 027	54 029	351	307 476	-
dagegen am 2.10.1953	14 850	36 610	103 135	34 158	16 120	41 958	52 675	342	-	299 506
Arbeiter										
Insgesamt	6 528	17 603	50 548	15 013	7 748	28 896	29 517	160	155 853	-
dagegen am 2.10.1953	6 936	17 631	50 300	15 069	7 567	27 589	28 722	159	-	153 814
Beamte, Angestellte und Arbeiter										
Insgesamt	21 856	54 877	157 817	47 988	24 322	72 923	83 546	511	463 329	-
dagegen am 2.10.1953	21 786	54 241	153 435	49 227	23 687	69 547	81 397	501	-	453 320

7. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen														Landkreise	Bezirksverbände
		Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter										
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern	Ämter			
Schleswig-Holstein . . . .	21 856	9 944	7 658	1 338	948	—	6 781	—	2 310	1 483	1 293	372	315	1 008	5 131	—	
Niedersachsen . . . . .	54 877	26 069	11 736	6 284	4 822	3 227	14 720	—	3 238	4 313	3 145	1 855	2 169	—	14 088	—	
Nordrhein-Westfalen . . .	157 817	92 741	57 101	23 905	9 668	2 067	39 834	1 487	13 170	8 388	4 928	1 946	1 621	8 294	14 885	10 357	
Hessen . . . . .	47 988	27 047	16 171	3 287	4 519	3 070	11 386	—	1 502	2 678	3 031	1 733	2 442	—	5 630	3 925	
Rheinland-Pfalz . . . . .	24 322	10 735	—	1 958	6 137	2 640	8 709	—	915	1 166	1 278	1 079	1 696	2 575	4 260	618	
Baden-Württemberg . . . .	72 923	30 267	15 635	8 434	5 045	1 153	31 285	1 834	6 725	5 349	6 507	4 324	6 546	—	10 499	872	
Bayern (einschl. Lindau).	83 546	50 784	23 670	6 101	7 688	13 325	16 383	—	588	1 505	6 378	2 980	4 932	—	11 837	4 542	
Zusammen . . . . .	463 329	247 587	131 971	51 307	38 827	25 482	129 098	3 321	28 448	24 882	26 560	14 289	19 721	11 877	66 330	20 314	

8. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Laufbahngruppen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen															
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter								Landkreise	Bezirksverbände
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern	Ämter		
Beamte																
Höherer Dienst . . . . .	15 747	10 512	5 585	2 241	1 604	982	3 431	160	1 758	1 159	.	.	.	354	1 294	510
Gehobener Dienst . . . . .	44 248	28 257	14 907	6 276	4 512	2 562	7 938	385	3 162	2 489	.	.	.	1 902	6 819	1 234
Mittlerer Dienst . . . . .	40 472	32 346	19 811	5 660	3 966	2 909	4 824	397	1 914	1 686	.	.	.	827	2 236	1 066
Einfacher Dienst . . . . .	3 012	1 394	696	178	345	175	340	7	120	196	.	.	.	17	372	906
Insgesamt . . . . .	114 445 <sup>1)</sup>	72 509	41 099	14 355	10 427	6 628	27 499 <sup>1)</sup>	949	6 954	5 530	5 528	2 445	2 993	3 100	10 721	3 716
dagegen am 2.10.1953	112 146 <sup>1)</sup>	70 874	40 086 <sup>2)</sup>	14 110 <sup>2)</sup>	10 083	6 595	27 376 <sup>1)</sup>	901	6 777	5 762	5 639	2 365	2 878	3 054	10 282	3 614
Angestellte																
Höherer Dienst . . . . .	8 321	5 445	3 041	994	788	622	920	67	448	383	.	.	.	22	1 500	456
Gehobener Dienst . . . . .	30 343	16 876	8 675	4 099	2 578	1 524	4 594	206	1 731	1 394	.	.	.	1 263	8 048	825
Mittlerer Dienst . . . . .	88 890	47 460	24 232	10 260	8 149	4 819	16 944	708	6 038	5 175	.	.	.	5 023	21 730	2 756
Einfacher Dienst . . . . .	42 113	19 619	10 485	3 786	2 835	2 513	7 676	182	2 776	2 717	.	.	.	2 001	8 052	6 766
Insgesamt . . . . .	193 031 <sup>1)</sup>	89 400	46 433	19 139	14 350	9 478	53 498 <sup>1)</sup>	1 163	10 993	9 669	9 708	5 422	8 234	8 309	39 330	10 803
dagegen am 2.10.1953	187 360 <sup>1)</sup>	87 066	44 911 <sup>2)</sup>	18 634 <sup>2)</sup>	13 862	9 659	52 784 <sup>1)</sup>	1 126	10 321	9 682	9 817	5 354	8 208	8 276	37 257	10 253
Beamte und Angestellte																
Höherer Dienst . . . . .	24 068	15 957	8 726	3 235	2 392	1 604	4 351	227	2 206	1 542	.	.	.	376	2 794	966
Gehobener Dienst . . . . .	74 591	45 133	23 582	10 375	7 090	4 086	12 532	591	4 893	3 883	.	.	.	3 165	14 867	2 059
Mittlerer Dienst . . . . .	129 362	79 806	44 043	15 920	12 115	7 728	21 768	1 105	7 952	6 861	.	.	.	5 850	23 966	3 822
Einfacher Dienst . . . . .	45 125	21 013	11 181	3 964	3 180	2 688	8 016	189	2 896	2 913	.	.	.	2 018	8 424	7 672
Insgesamt . . . . .	307 476 <sup>1)</sup>	161 909	87 532	33 494	24 777	16 106	80 997 <sup>1)</sup>	2 112	17 947	15 199	15 236	7 867	11 227	11 409	50 051	14 519
dagegen am 2.10.1953	299 506 <sup>1)</sup>	157 940	84 997 <sup>2)</sup>	32 744 <sup>2)</sup>	23 945	16 254	80 160 <sup>1)</sup>	2 027	17 098	15 444	15 456	7 719	11 086	11 330	47 539	13 867
Arbeiter																
Insgesamt . . . . .	155 853	85 678	44 439	17 813	14 050	9 376	48 101	1 209	10 501	9 683	11 324	6 422	8 494	468	16 279	5 795
dagegen am 2.10.1953	153 814	84 964	44 785 <sup>2)</sup>	17 381 <sup>2)</sup>	13 442	9 356	47 549	1 183	9 603	9 910	11 299	6 222	8 925	407	15 635	5 666
Beamte, Angestellte und Arbeiter																
Insgesamt . . . . .	463 329	247 587	131 971	51 307	38 827	25 482	129 098	3 321	28 448	24 882	26 560	14 289	19 721	11 877	66 330	20 314
dagegen am 2.10.1953	453 320	242 904	129 782 <sup>2)</sup>	50 125 <sup>2)</sup>	37 387	25 610	127 709	3 210	26 701	25 354	26 755	13 941	20 011	11 737	63 174	19 533

1) Einschl. der nicht nach Laufbahngruppen aufgegliederten Zahlen für die Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern. — 2) Berichtigte Zahlen.

# B. Personal einzelner Aufgabenbereiche der Hoheits- und Kümmereiverwaltungen

## 9. Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern

Dienstverhältnis und Art der Gebietskörperschaft		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen											
		Länder einschl. Gemeinden (Gv.)							Hansestädte und West-Berlin			Ins- gesamt	
		Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern (einschl. Lindau)	zu- sammen	Hamburg	Bremen		West- Berlin
Lehrpersonen													
Beamte	Land . . . . .	10 843	22 278	36 917	17 773	10 958	27 817	33 559	160 145	7 690	2 681	9 059	179 575
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	775	4 895	14 233	48	1 204	45	2 992	24 192	—	—	—	24 192
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>11 618</b>	<b>27 173</b>	<b>51 150</b>	<b>17 821</b>	<b>12 162</b>	<b>27 862</b>	<b>36 551</b>	<b>184 337</b>	<b>7 690</b>	<b>2 681</b>	<b>9 059</b>	<b>203 767</b>
Angestellte	Land . . . . .	267	433	794	962	411	2 701	1 691	7 259	1 045	437	1 169	9 910
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	152	1 123	1 182	80	240	113	1 403	4 293	—	—	—	4 293
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>419</b>	<b>1 556</b>	<b>1 976</b>	<b>1 042</b>	<b>651</b>	<b>2 814</b>	<b>3 094</b>	<b>11 552</b>	<b>1 045</b>	<b>437</b>	<b>1 169</b>	<b>14 203</b>
Beamte und Angestellte	Land . . . . .	11 110	22 711	37 711	18 735	11 369	30 518	35 250	167 404	8 735	3 118	10 228	189 485
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	927	6 018	15 415	128	1 444	158	1 395	28 485	—	—	—	28 485
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>12 037</b>	<b>28 729</b>	<b>53 126</b>	<b>18 863</b>	<b>12 813</b>	<b>30 676</b>	<b>39 645</b>	<b>195 889</b>	<b>8 735</b>	<b>3 118</b>	<b>10 228</b>	<b>217 970</b>
Dagegen am 2.10.1953 . . . . .		12 462	28 633 <sup>1)</sup>	52 072	18 373	12 789	29 621	39 489	193 439 <sup>1)</sup>	8 538	2 993	10 303	215 273 <sup>1)</sup>

### Bedienstete der Polizei<sup>2)</sup>

Beamte	Land . . . . .	4 559	11 218	26 366	3 325	4 312	7 801	13 492	71 073	6 421	2 498	11 603	91 595
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	—	—	—	4 976	6	5 093	7 782	17 857	—	—	—	17 857
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>4 559</b>	<b>11 218</b>	<b>26 366</b>	<b>8 301</b>	<b>4 318</b>	<b>12 894</b>	<b>21 274</b>	<b>88 930</b>	<b>6 421</b>	<b>2 498</b>	<b>11 603</b>	<b>109 452</b>
Angestellte	Land . . . . .	159	998	1 625	237	380	684	705	4 788	702	111	3 204	8 805
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	—	—	—	344	—	351	430	1 125	—	—	—	1 125
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>159</b>	<b>998</b>	<b>1 625</b>	<b>581</b>	<b>380</b>	<b>1 035</b>	<b>1 135</b>	<b>5 913</b>	<b>702</b>	<b>111</b>	<b>3 204</b>	<b>9 930</b>
Beamte und Angestellte	Land . . . . .	4 718	12 216	27 991	3 562	4 692	8 485	14 197	75 861	7 123	2 609	14 807	100 400
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	—	—	—	5 320	6	5 444	8 212	18 982	—	—	—	18 982
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>4 718</b>	<b>12 216</b>	<b>27 991</b>	<b>8 882</b>	<b>4 698</b>	<b>13 929</b>	<b>22 409</b>	<b>94 843</b>	<b>7 123</b>	<b>2 609</b>	<b>14 807</b>	<b>119 382</b>
Arbeiter	Land . . . . .	142	523	1 238	223	128	300	486	3 040	243	31	806	4 120
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	—	—	—	206	—	156	254	616	—	—	—	616
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>142</b>	<b>523</b>	<b>1 238</b>	<b>429</b>	<b>128</b>	<b>456</b>	<b>740</b>	<b>3 656</b>	<b>243</b>	<b>31</b>	<b>806</b>	<b>4 736</b>
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land . . . . .	4 860	12 739	29 229	3 785	4 820	8 785	14 683	78 901	7 366	2 640	15 613	104 520
	Gemeinden (Gv.) . . . . .	—	—	—	5 526	6	5 600	8 466	19 598	—	—	—	19 598
	<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>4 860</b>	<b>12 739</b>	<b>29 229</b>	<b>9 311</b>	<b>4 826</b>	<b>14 385</b>	<b>23 149</b>	<b>98 499</b>	<b>7 366</b>	<b>2 640</b>	<b>15 613</b>	<b>124 118</b>
Dagegen am 2.10.1953 . . . . .		4 947	12 293	28 961	9 164	4 710	13 995	22 938	97 008	7 332	2 655	15 126	122 121

### darunter Bereitschaftspolizei<sup>2)</sup>

Beamte . . . . .	601	1 222	2 457	859	322	1 198	2 407	9 066	682	253	.	10 001
Angestellte . . . . .	12	10	29	7	—	21	57	136	—	3	.	139
<b>Beamte und Angestellte . . . . .</b>	<b>613</b>	<b>1 232</b>	<b>2 486</b>	<b>866</b>	<b>322</b>	<b>1 219</b>	<b>2 464</b>	<b>9 202</b>	<b>682</b>	<b>256</b>	.	<b>10 140</b>
Arbeiter . . . . .	39	68	216	—	37	115	197	672	—	23	.	695
<b>Beamte, Angestellte und Arbeiter . . . . .</b>	<b>652</b>	<b>1 300</b>	<b>2 702</b>	<b>866</b>	<b>359</b>	<b>1 334</b>	<b>2 661</b>	<b>9 874</b>	<b>682</b>	<b>279</b>	.	<b>10 835</b>
Dagegen am 2.10.1953 . . . . .	729	1 125	2 486	987	408	1 249	2 560	9 544	658	282	.	10 484

### Personal der gemeindlichen öffentlichen Einrichtungen (Epl. 7)

Beamte .....	424	819	3 104	753	187	911	1 489	7 687	1 022	521	1 580	10 810
Angestellte .....	347	929	3 242	835	479	1 211	1 655	8 698	729	203	1 114	10 744
<b>Beamte und Angestellte .....</b>	<b>771</b>	<b>1 748</b>	<b>6 346</b>	<b>1 588</b>	<b>666</b>	<b>2 122</b>	<b>3 144</b>	<b>16 385</b>	<b>1 751</b>	<b>724</b>	<b>2 694</b>	<b>21 554</b>
Arbeiter .....	2 026	5 666	21 166	5 295	2 645	8 988	9 346	55 132	4 445	1 470	6 683	67 730
<b>Beamte, Angestellte und Arbeiter .....</b>	<b>2 797</b>	<b>7 414</b>	<b>27 512</b>	<b>6 883</b>	<b>3 311</b>	<b>11 110</b>	<b>12 490</b>	<b>71 517</b>	<b>6 196</b>	<b>2 194</b>	<b>9 377</b>	<b>89 284</b>
Dagegen am 2.10.1953 <sup>3)</sup> .....	2 975	6 779	26 504	6 997	2 911	9 499	12 446	68 111	6 245	1 948	7 489	83 793

1) Berichtete Zahlen. — 2) Ohne Bereitschaftspolizei West-Berlins. — 3) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern in Baden-Württemberg.

noch: B. Personal einzelner Aufgabenbereiche der Hoheits- und Kämmererverwaltung

noch: 9. Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen, Art der Gebietskörperschaften und Ländern

Dienstverhältnis und Art der Gebietskörperschaft		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen											
		Länder einschl. Gemeinden (Gv.)								Hansestädte und West-Berlin			Ins- gesamt
		Schles- wig- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- Westfalen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern (einschl. Lindau)	zu- sammen	Hamburg	Bremen	West- Berlin	
Personal der Anstalten und-Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens <sup>1)</sup>													
Beamte	Land . . . . .	132	308	—	306	96	57	215	1 114	—	76	2 813	4 462
	Gemeinden (Gv.) .	250	210	2 171	612	270	444	2 158	6 115	—	—	—	6 115
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>382</b>	<b>518</b>	<b>2 171</b>	<b>918</b>	<b>366</b>	<b>501</b>	<b>2 373</b>	<b>7 229</b>	<b>459</b>	<b>76</b>	<b>2 813</b>	<b>10 577</b>
Angestellte	Land . . . . .	1 134	2 148	—	788	433	647	1 207	6 357	9 691	1 954	9 606	27 608
	Gemeinden (Gv.) .	3 529	5 270	10 595	5 769	1 285	6 121	7 877	40 446	—	—	—	40 446
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>4 663</b>	<b>7 418</b>	<b>10 595</b>	<b>6 557</b>	<b>1 718</b>	<b>6 768</b>	<b>9 084</b>	<b>46 803</b>	<b>9 691</b>	<b>1 954</b>	<b>9 606</b>	<b>68 054</b>
Beamte und Angestellte	Land . . . . .	1 266	2 456	—	1 094	529	704	1 422	7 471	10 150	2 030	12 419	32 070
	Gemeinden (Gv.) .	3 779	5 480	12 766	6 381	1 555	6 565	10 035	46 561	—	—	—	46 561
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>5 045</b>	<b>7 936</b>	<b>12 766</b>	<b>7 475</b>	<b>2 084</b>	<b>7 269</b>	<b>11 457</b>	<b>54 032</b>	<b>10 150</b>	<b>2 030</b>	<b>12 419</b>	<b>78 631</b>
Arbeiter	Land . . . . .	425	1 227	—	777	200	476	193	3 298	3 904	1 516	7 070	15 788
	Gemeinden (Gv.) .	2 318	5 208	8 607	4 142	974	5 694	7 077	34 020	—	—	—	34 020
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>2 743</b>	<b>6 435</b>	<b>8 607</b>	<b>4 919</b>	<b>1 174</b>	<b>6 170</b>	<b>7 270</b>	<b>37 318</b>	<b>3 904</b>	<b>1 516</b>	<b>7 070</b>	<b>49 808</b>
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land . . . . .	1 691	3 683	—	1 871	729	1 180	1 615	10 769	14 054	3 546	19 489	47 858
	Gemeinden (Gv.) .	6 097	10 688	21 373	10 523	2 529	12 259	17 112	80 581	—	—	—	80 581
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>7 788</b>	<b>14 371</b>	<b>21 373</b>	<b>12 394</b>	<b>3 258</b>	<b>13 439</b>	<b>18 727</b>	<b>91 350</b>	<b>14 054</b>	<b>3 546</b>	<b>19 489</b>	<b>128 439</b>
Dagegen am 2.10.1953 <sup>2)</sup>		7 261	12 665 <sup>3)</sup>	20 962	12 327	3 116	11 302	16 221	83 854 <sup>3)</sup>	13 792 <sup>3)</sup>	3 407	14 067	115 120 <sup>3)</sup>

darunter Bedienstete der Krankenanstalten

Beamte	Land . . . . .	111	24	—	281	1	12	16	445	151	30	2 124
	Gemeinden (Gv.) .	46	144	737	233	62	232	1 182	2 636	—	—	2 636
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>157</b>	<b>168</b>	<b>737</b>	<b>514</b>	<b>63</b>	<b>244</b>	<b>1 198</b>	<b>3 081</b>	<b>151</b>	<b>30</b>	<b>5 386</b>
Angestellte	Land . . . . .	1 024	369	—	608	37	141	52	2 231	6 067	1 191	16 097
	Gemeinden (Gv.) .	1 859	4 135	5 286	3 311	786	4 755	5 951	26 083	—	—	26 083
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>2 883</b>	<b>4 504</b>	<b>5 286</b>	<b>3 919</b>	<b>823</b>	<b>4 896</b>	<b>6 003</b>	<b>28 314</b>	<b>6 067</b>	<b>1 191</b>	<b>42 180</b>
Beamte und Angestellte	Land . . . . .	1 135	393	—	889	38	153	68	2 676	6 218	1 221	18 847
	Gemeinden (Gv.) .	1 905	4 279	6 023	3 544	848	4 987	7 133	28 719	—	—	28 719
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>3 040</b>	<b>4 672</b>	<b>6 023</b>	<b>4 433</b>	<b>886</b>	<b>5 140</b>	<b>7 201</b>	<b>31 395</b>	<b>6 218</b>	<b>1 221</b>	<b>47 566</b>
Arbeiter	Land . . . . .	388	393	—	618	43	99	94	1 665	2 909	1 115	10 727
	Gemeinden (Gv.) .	1 572	4 266	5 349	2 781	801	4 534	5 330	24 633	—	—	24 633
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>1 960</b>	<b>4 659</b>	<b>5 349</b>	<b>3 429</b>	<b>844</b>	<b>4 633</b>	<b>5 424</b>	<b>26 298</b>	<b>2 909</b>	<b>1 115</b>	<b>35 360</b>
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land . . . . .	1 523	786	—	1 537	81	252	162	4 341	9 127	2 336	29 574
	Gemeinden (Gv.) .	3 477	8 545	11 372	6 325	1 649	9 521	12 463	53 352	—	—	53 352
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>5 000</b>	<b>9 331</b>	<b>11 372</b>	<b>7 862</b>	<b>1 730</b>	<b>9 773</b>	<b>12 625</b>	<b>57 693</b>	<b>9 127</b>	<b>2 336</b>	<b>82 926</b>

Personal der Ausgleichsämter<sup>1)</sup> (einschl. Außenstellen)

Beamte	Land . . . . .	19	57	40	31	18	53	80	298	254	16	513
	Gemeinden (Gv.) .	148	379	1 209	273	172	228	376	2 785	—	—	2 785
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>167</b>	<b>436</b>	<b>1 249</b>	<b>304</b>	<b>190</b>	<b>281</b>	<b>456</b>	<b>3 083</b>	<b>254</b>	<b>16</b>	<b>3 866</b>
Angestellte	Land . . . . .	78	163	182	89	41	118	1 724	2 395	974	282	589
	Gemeinden (Gv.) .	896	2 225	3 069	1 142	623	1 551	931	10 437	—	—	10 437
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>974</b>	<b>2 388</b>	<b>3 251</b>	<b>1 231</b>	<b>664</b>	<b>1 669</b>	<b>2 655</b>	<b>12 832</b>	<b>974</b>	<b>282</b>	<b>14 677</b>
Beamte und Angestellte	Land . . . . .	97	220	222	120	59	171	1 804	2 693	1 228	298	1 102
	Gemeinden (Gv.) .	1 044	2 604	4 278	1 415	795	1 779	1 307	13 222	—	—	13 222
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>1 141</b>	<b>2 824</b>	<b>4 500</b>	<b>1 535</b>	<b>854</b>	<b>1 950</b>	<b>3 111</b>	<b>15 915</b>	<b>1 228</b>	<b>298</b>	<b>18 543</b>
Arbeiter	Land . . . . .	1	19	4	1	5	4	7	41	—	3	58
	Gemeinden (Gv.) .	1	20	46	11	7	3	9	97	—	—	97
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>2</b>	<b>39</b>	<b>50</b>	<b>12</b>	<b>12</b>	<b>7</b>	<b>16</b>	<b>138</b>	<b>—</b>	<b>3</b>	<b>155</b>
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land . . . . .	98	239	226	121	64	175	1 811	2 734	1 228	301	1 116
	Gemeinden (Gv.) .	1 045	2 624	4 324	1 426	802	1 782	1 316	13 319	—	—	13 319
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>1 143</b>	<b>2 863</b>	<b>4 550</b>	<b>1 547</b>	<b>866</b>	<b>1 957</b>	<b>3 127</b>	<b>16 053</b>	<b>1 228</b>	<b>301</b>	<b>18 698</b>
Dagegen am 2.10.1953		1 037	2 557	3 793	1 284	775	1 678	2 759	13 883	947	276	1 483

Personal der Entschädigungsbehörden<sup>1)</sup>

Beamte	Land . . . . .	18	25	116	36	7	21	18	241	18	1	56
	Gemeinden (Gv.) .	—	—	55	—	—	—	—	55	—	—	55
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>18</b>	<b>25</b>	<b>171</b>	<b>36</b>	<b>7</b>	<b>21</b>	<b>18</b>	<b>296</b>	<b>18</b>	<b>1</b>	<b>371</b>
Angestellte	Land . . . . .	62	23	225	115	110	192	625	1 352	103	35	2 027
	Gemeinden (Gv.) .	—	—	156	—	—	—	15	171	—	—	171
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>62</b>	<b>23</b>	<b>381</b>	<b>115</b>	<b>110</b>	<b>192</b>	<b>640</b>	<b>1 523</b>	<b>103</b>	<b>35</b>	<b>2 198</b>
Beamte und Angestellte	Land . . . . .	80	48	341	151	117	213	643	1 593	121	36	2 343
	Gemeinden (Gv.) .	—	—	211	—	—	—	15	226	—	—	226
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>80</b>	<b>48</b>	<b>552</b>	<b>151</b>	<b>117</b>	<b>213</b>	<b>658</b>	<b>1 819</b>	<b>121</b>	<b>36</b>	<b>2 569</b>
Arbeiter	Land . . . . .	—	—	4	1	2	5	101	113	1	—	116
	Gemeinden (Gv.) .	—	—	2	—	—	—	1	3	—	—	3
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>—</b>	<b>—</b>	<b>6</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>102</b>	<b>116</b>	<b>1</b>	<b>—</b>	<b>119</b>
Beamte, Angestellte und Arbeiter	Land . . . . .	80	48	345	152	119	218	744	1 706	122	36	2 459
	Gemeinden (Gv.) .	—	—	213	—	—	—	16	229	—	—	229
	<b>Zusammen . . . .</b>	<b>80</b>	<b>48</b>	<b>558</b>	<b>152</b>	<b>119</b>	<b>218</b>	<b>760</b>	<b>1 935</b>	<b>122</b>	<b>36</b>	<b>2 688</b>

1) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern. — 2) Ohne Staatliche Verwaltung in Baden-Württemberg und Bayern. — 3) Berichtigte Zahlen.



10. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Dienstverhältnis	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen															
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter								Landkreise	Bezirksverbände
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern	Ämter		
Lehrpersonen																
Beamte	24 192	15 569	8 027	3 648	2 520	1 374	6 032	244	2 429	1 618	1 109	335	107	190	2 392	199
Angestellte	4 293	2 432	1 218	451	363	400	875	44	181	233	280	69	52	16	930	56
Insgesamt	28 485	18 001	9 245	4 099	2 883	1 774	6 907	288	2 610	1 851	1 389	404	159	206	3 322	255
Dagegen am 2.10.1953	29 899 <sup>1)</sup>	18 772	9 650 <sup>1)</sup>	4 289 <sup>1)</sup>	2 880	1 953	7 316	253	2 702	2 116	1 491	405	150	199	3 587 <sup>1)</sup>	224
Bedienstete der Polizei																
Beamte	17 857	15 147	8 821	2 449	2 108	1 769	2 710	301	590	829	938	48	4	—	—	—
Angestellte	1 125	1 000	608	173	124	95	125	36	32	28	23	2	4	—	—	—
Beamte und Angestellte	18 982	16 147	9 429	2 622	2 232	1 864	2 835	337	622	857	961	50	8	—	—	—
Arbeiter	616	599	428	110	47	14	17	1	3	4	3	3	3	—	—	—
Beamte, Angestellte und Arbeiter	19 598	16 746	9 857	2 732	2 279	1 878	2 852	338	625	861	964	53	11	—	—	—
Dagegen am 2.10.1953	19 445	16 437	9 631 <sup>1)</sup>	2 650 <sup>1)</sup>	2 284	1 872	3 008	328	532	938	1 168	33	9	—	—	—
Personal der öffentlichen Einrichtungen (Epl. 7)																
Beamte	7 687	7 159	4 733	1 609	622	195	440	37	171	105	78	25	17	7	44	44
Angestellte	8 698	6 279	3 211	1 312	1 051	705	2 193	98	734	502	460	162	200	37	144	82
Beamte und Angestellte	16 385	13 438	7 944	2 921	1 673	900	2 633	135	905	607	538	187	217	44	188	126
Arbeiter	55 132	40 947	23 086	7 929	5 998	3 934	13 858	706	4 727	3 408	2 756	1 113	1 129	19	286	41
Beamte, Angestellte und Arbeiter	71 517	54 385	31 030	10 850	7 671	4 834	16 491	841	5 632	4 015	3 294	1 300	1 346	63	474	167
Dagegen am 2.10.1953 <sup>3)</sup>	68 111	52 828	30 166 <sup>1)</sup>	10 756 <sup>1)</sup>	7 183	4 723	14 213	555	4 814	4 094	2 464	919	1 312	55	839	231
Personal der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens <sup>2)</sup>																
Beamte	6 115	3 231	2 193	497	300	241	257	43	118	86	—	—	—	10	305	2 322
Angestellte	40 446	20 951	11 534	3 789	3 300	2 328	3 767	241	1 949	1 408	—	—	—	169	7 250	8 478
Beamte und Angestellte	46 561	24 182	13 727	4 286	3 600	2 569	4 024	284	2 067	1 494	—	—	—	179	7 555	10 800
Arbeiter	34 020	18 837	9 932	3 639	2 984	2 282	4 077	255	1 929	1 782	—	—	—	111	7 947	3 159
Beamte, Angestellte und Arbeiter	80 581	43 019	23 659	7 925	6 584	4 851	8 101	539	3 996	3 276	—	—	—	290	15 502	13 959
Dagegen am 2.10.1953	76 129 <sup>1)</sup>	40 537 <sup>1)</sup>	21 600 <sup>1)</sup>	7 922 <sup>1)</sup>	6 430	4 585 <sup>1)</sup>	7 658 <sup>1)</sup>	501	3 600 <sup>1)</sup>	3 326 <sup>1)</sup>	—	—	—	231	14 544 <sup>1)</sup>	13 390
Bedienstete der Krankenanstalten <sup>2)</sup>																
Beamte	2 636	1 504	1 088	178	112	126	132	7	58	64	—	—	—	3	124	876
Angestellte	26 083	14 598	7 713	2 671	2 416	1 798	2 800	161	1 432	1 115	—	—	—	92	5 556	3 129
Arbeiter	24 633	13 616	6 841	2 662	2 273	1 840	3 253	175	1 423	1 562	—	—	—	93	6 335	1 429
Insgesamt	53 352	29 718	15 642	5 511	4 801	3 764	6 185	343	2 913	2 741	—	—	—	188	12 015	5 434
Personal der Ausgleichsämter <sup>2)</sup>																
Beamte	2 785	1 887	914	402	354	217	163	16	82	28	—	—	—	37	735	—
Angestellte	10 437	4 455	2 310	843	770	532	599	37	240	144	—	—	—	178	5 383	—
Beamte und Angestellte	13 222	6 342	3 224	1 245	1 124	749	762	53	322	172	—	—	—	215	6 118	—
Arbeiter	97	71	30	16	18	7	5	—	4	1	—	—	—	—	21	—
Beamte, Angestellte und Arbeiter	13 319	6 413	3 254	1 261	1 142	756	767	53	326	173	—	—	—	215	6 139	—
Dagegen am 2.10.1953	11 474	5 486	2 668 <sup>1)</sup>	1 141 <sup>1)</sup>	996	681	775	38	317	189	—	—	—	231	5 213	—
Bedienstete der Entschädigungsbehörden <sup>2)</sup>																
Beamte	55	40	24	7	7	2	2	—	2	—	—	—	—	—	13	—
Angestellte	171	128	85	30	10	3	4	—	3	—	—	—	—	1	39	—
Arbeiter	3	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—
Insgesamt	229	170	111	37	17	5	6	—	5	—	—	—	—	1	53	—

1) Berichtete Zahlen. — 2) Ohne Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern. — 3) Ohne Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern in Baden-Württemberg.

11. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen														
	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter								Landkreise
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 3 000 Einwohnern	Ämter	
Schleswig-Holstein . . .	927	685	564	54	67	—	164	—	108	42	10	2	1	1	78
Niedersachsen . . . . .	6 018	2 867	1 141	630	682	414	1 898	—	528	614	486	236	34	—	1 253
Nordrhein-Westfalen . .	15 415	10 098	5 840	2 806	1 176	276	4 018	288	1 870	925	550	112	68	205	1 299
Hessen . . . . .	128	70	23	40	—	7	2	—	1	1	—	—	—	—	56
Rheinland-Pfalz . . . .	1 444	753	—	112	416	225	266	—	87	97	50	20	12	—	362
Baden-Württemberg . . .	158	81	24	54	3	—	51	—	8	13	18	5	7	—	25
Bayern (einschl. Lindau)	4 395	3 447	1 653	403	539	852	508	—	8	159	275	29	37	—	305
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>28 485</b>	<b>18 001</b>	<b>9 245</b>	<b>4 099</b>	<b>2 883</b>	<b>1 774</b>	<b>6 907</b>	<b>288</b>	<b>2 610</b>	<b>1 851</b>	<b>1 389</b>	<b>404</b>	<b>159</b>	<b>206</b>	<b>3 322</b>

Lehrpersonen

Schleswig-Holstein . . .	927	685	564	54	67	—	164	—	108	42	10	2	1	1	78
Niedersachsen . . . . .	6 018	2 867	1 141	630	682	414	1 898	—	528	614	486	236	34	—	1 253
Nordrhein-Westfalen . .	15 415	10 098	5 840	2 806	1 176	276	4 018	288	1 870	925	550	112	68	205	1 299
Hessen . . . . .	128	70	23	40	—	7	2	—	1	1	—	—	—	—	56
Rheinland-Pfalz . . . .	1 444	753	—	112	416	225	266	—	87	97	50	20	12	—	362
Baden-Württemberg . . .	158	81	24	54	3	—	51	—	8	13	18	5	7	—	25
Bayern (einschl. Lindau)	4 395	3 447	1 653	403	539	852	508	—	8	159	275	29	37	—	305
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>28 485</b>	<b>18 001</b>	<b>9 245</b>	<b>4 099</b>	<b>2 883</b>	<b>1 774</b>	<b>6 907</b>	<b>288</b>	<b>2 610</b>	<b>1 851</b>	<b>1 389</b>	<b>404</b>	<b>159</b>	<b>206</b>	<b>3 322</b>

Bedienstete der öffentlichen Einrichtungen (Epl. 7)

Schleswig-Holstein . . .	2 797	2 250	1 767	343	140	—	513	—	262	160	66	15	5	5	34
Niedersachsen . . . . .	7 414	5 775	3 135	1 075	977	588	1 592	—	489	611	278	120	94	—	47
Nordrhein-Westfalen . .	27 512	22 058	14 531	4 934	2 141	452	5 385	414	2 742	1 246	504	212	212	55	69
Hessen . . . . .	6 883	5 562	3 537	580	877	568	1 318	—	348	402	364	119	85	—	3
Rheinland-Pfalz . . . .	3 311	2 387	—	540	1 341	506	924	—	230	185	249	169	88	3	—
Baden-Württemberg . . .	11 110	6 436	3 319	2 079	759	279	4 531	427	1 428	1 087	897	357	335	—	143
Bayern (einschl. Lindau)	12 490	9 917	4 741	1 295	1 436	2 441	2 228	—	133	324	936	308	527	—	178
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>71 517</b>	<b>54 385</b>	<b>31 030</b>	<b>10 850</b>	<b>7 671</b>	<b>4 834</b>	<b>16 491</b>	<b>841</b>	<b>5 632</b>	<b>4 015</b>	<b>3 294</b>	<b>1 300</b>	<b>1 346</b>	<b>63</b>	<b>474</b>

Personal der Anstalten und Einrichtungen des Fürsorge- und Gesundheitswesens<sup>1)</sup>

Schleswig-Holstein . . .	6 097	2 755	2 017	352	386	—	1 308	—	945	355	—	—	—	8	2 034
Niedersachsen . . . . .	10 688	5 812	2 829	1 358	970	655	1 410	—	734	676	—	—	—	—	3 466
Nordrhein-Westfalen . .	21 373	11 986	8 105	2 800	874	207	2 153	177	1 076	633	—	—	267	—	5 700
Hessen . . . . .	10 523	5 328	3 199	567	1 047	515	683	—	153	530	—	—	—	—	3 444
Rheinland-Pfalz . . . .	2 529	1 603	—	384	759	460	195	—	62	118	—	15	—	—	393
Baden-Württemberg . . .	12 259	5 793	3 005	1 114	1 422	252	2 038	362	948	728	—	—	—	—	612
Bayern (einschl. Lindau)	17 112	9 742	4 504	1 350	1 126	2 762	314	—	78	236	—	—	—	—	3 810
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>80 581</b>	<b>43 019</b>	<b>23 659</b>	<b>7 925</b>	<b>6 584</b>	<b>4 851</b>	<b>8 101</b>	<b>539</b>	<b>3 996</b>	<b>3 276</b>	—	—	—	<b>290</b>	<b>13 959</b>

Personal der Krankenanstalten<sup>1)</sup>

Schleswig-Holstein . . .	3 477	1 387	1 093	69	225	—	918	—	633	285	—	—	—	—	1 172
Niedersachsen . . . . .	8 545	4 535	2 346	1 127	556	506	1 130	—	612	518	—	—	—	—	2 880
Nordrhein-Westfalen . .	11 372	8 030	5 330	2 050	545	105	1 744	122	819	615	—	—	188	—	721
Hessen . . . . .	6 325	4 019	2 368	371	834	446	599	—	113	486	—	—	—	—	772
Rheinland-Pfalz . . . .	1 649	1 245	—	354	565	326	130	—	33	97	—	—	—	—	274
Baden-Württemberg . . .	9 521	4 555	2 369	769	1 230	187	1 372	221	651	500	—	—	—	—	338
Bayern (einschl. Lindau)	12 463	5 947	2 136	771	846	2 194	292	—	52	240	—	—	—	—	3 603
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>53 352</b>	<b>29 718</b>	<b>15 642</b>	<b>5 511</b>	<b>4 801</b>	<b>3 764</b>	<b>6 185</b>	<b>343</b>	<b>2 913</b>	<b>2 741</b>	—	—	—	<b>188</b>	<b>5 434</b>

Personal der Ausgleichsämter<sup>1)</sup>

Schleswig-Holstein . . .	1 045	341	255	45	41	—	33	—	14	15	—	—	—	4	671
Niedersachsen . . . . .	2 624	828	336	196	190	106	20	—	6	14	—	—	—	—	1 776
Nordrhein-Westfalen . .	4 324	2 362	1 463	559	284	56	604	35	228	130	—	—	211	—	1 358
Hessen . . . . .	1 426	662	320	89	141	112	34	—	21	13	—	—	—	—	730
Rheinland-Pfalz . . . .	802	316	—	57	187	72	13	—	13	—	—	—	—	—	473
Baden-Württemberg . . .	1 782	624	326	183	105	10	62	18	44	—	—	—	—	—	1 096
Bayern (einschl. Lindau)	1 316	1 280	554	132	194	400	1	—	—	1	—	—	—	—	35
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>13 319</b>	<b>6 413</b>	<b>3 254</b>	<b>1 261</b>	<b>1 142</b>	<b>756</b>	<b>767</b>	<b>53</b>	<b>326</b>	<b>173</b>	—	—	—	<b>215</b>	<b>6 139</b>

1) Ohne Gemeinden mit 1 000 bis unter 10 000 Einwohnern.

C. Personal der wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

12. Bund, Länder, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Dienstverhältnissen

Gebietskörperschaft und Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
	am 2.10.1954					am 2.10.1953				
	Beamte	Angestellte	zusammen	Arbeiter	Insgesamt	Beamte	Angestellte	zusammen	Arbeiter	Insgesamt
<b>Bund</b> .....	<b>95</b>	<b>576</b>	<b>671</b>	<b>3 209</b>	<b>3 880</b>	<b>62</b>	<b>536</b>	<b>598</b>	<b>3 093</b>	<b>3 691</b>
<b>Länder, Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände</b>										
<b>Schleswig-Holstein</b> Land .....	140	63	203	887	1 090	148	64	212	1 009	1 221
Gemeinden (Gv) .....	91	1 911	2 002	4 395	6 397	107	1 975	2 082	4 461	6 543
<b>Zusammen</b> .....	<b>231</b>	<b>1 974</b>	<b>2 205</b>	<b>5 282</b>	<b>7 487</b>	<b>255</b>	<b>2 039</b>	<b>2 294</b>	<b>5 470</b>	<b>7 764</b>
<b>Niedersachsen</b> Land .....	1 026	502	1 528	6 874	8 402	1 027	467	1 494	7 038	8 532
Gemeinden (Gv) .....	129	2 569	2 698	6 886	9 584	133	2 514	2 647	6 798	9 445
<b>Zusammen</b> .....	<b>1 155</b>	<b>3 071</b>	<b>4 226</b>	<b>13 760</b>	<b>17 986</b>	<b>1 160</b>	<b>2 981</b>	<b>4 141</b>	<b>13 836</b>	<b>17 977</b>
<b>Nordrhein-Westfalen</b> Land .....	404	113	517	2 573	3 090	315	72	387	1 790	2 177
Gemeinden (Gv) .....	717	7 550	8 267	22 431	30 698	822	7 277	8 099	21 961	30 060
<b>Zusammen</b> .....	<b>1 121</b>	<b>7 663</b>	<b>8 784</b>	<b>25 004</b>	<b>33 788</b>	<b>1 137</b>	<b>7 349</b>	<b>8 486</b>	<b>23 751</b>	<b>32 237</b>
<b>Hessen</b> Land .....	1 578	712	2 290	6 599	8 889	1 577	652	2 229	6 132	8 361
Gemeinden (Gv) .....	289	2 263	2 552	8 281	10 833	363	2 102	2 465	8 223	10 688
<b>Zusammen</b> .....	<b>1 867</b>	<b>2 975</b>	<b>4 842</b>	<b>14 880</b>	<b>19 722</b>	<b>1 940</b>	<b>2 754</b>	<b>4 694</b>	<b>14 355</b>	<b>19 049</b>
<b>Rheinland-Pfalz</b> Land .....	1 238	284	1 522	3 933	5 455	1 219	290	1 509	5 349	6 858
Gemeinden (Gv) .....	182	1 253	1 435	3 414	4 849	187	1 154	1 341	3 267	4 608
<b>Zusammen</b> .....	<b>1 420</b>	<b>1 537</b>	<b>2 957</b>	<b>7 347</b>	<b>10 304</b>	<b>1 406</b>	<b>1 444</b>	<b>2 850</b>	<b>8 616</b>	<b>11 466</b>
<b>Baden-Württemberg</b> Land .....	1 535	803	2 338	9 927	12 265	1 471	852	2 323	10 871	13 194
Gemeinden (Gv) .....	1 197	3 826	5 023	12 840	17 863	1 245	3 613	4 858	12 979	17 837
<b>Zusammen</b> .....	<b>2 732</b>	<b>4 629</b>	<b>7 361</b>	<b>22 767</b>	<b>30 128</b>	<b>2 716</b>	<b>4 465</b>	<b>7 181</b>	<b>23 850</b>	<b>31 031</b>
<b>Bayern</b> Land .....	2 479	1 097	3 576	20 244	23 820	2 428	1 119	3 547	23 146	26 693
Gemeinden (Gv) .....	2 184	2 488	4 672	15 720	22 192	2 153	4 194	6 347	15 697	22 044
<b>Zusammen</b> .....	<b>4 663</b>	<b>5 585</b>	<b>10 048</b>	<b>35 964</b>	<b>46 012</b>	<b>4 581</b>	<b>5 313</b>	<b>9 894</b>	<b>38 843</b>	<b>48 737</b>
darunter Lindau .....	16	45	61	71	132	16	43	59	73	132
<b>Länder ohne Hansestädte und West-Berlin</b> Länder .....	8 400	3 574	11 974	51 037	63 011	8 185	3 516	11 701	55 335	67 036
Gemeinden (Gv) .....	4 789	23 660	28 449	73 967	102 416	5 010	22 829	27 839	73 386	101 225
<b>Zusammen</b> .....	<b>13 189</b>	<b>27 234</b>	<b>40 423</b>	<b>125 004</b>	<b>165 427</b>	<b>13 195</b>	<b>26 345</b>	<b>39 540</b>	<b>128 721</b>	<b>168 261</b>
<b>Hansestädte und West-Berlin</b>										
Hamburg .....	12	116	128	416	544	11	150	161	439	600
Bremen .....	7	187	194	293	487	7	182	189	307	496
West-Berlin .....	32	4 287	4 319	15 955	20 274	57	4 298	4 355	16 349	20 704
<b>Gebietskörperschaften insgesamt</b> .....	<b>13 335</b>	<b>32 400</b>	<b>45 735</b>	<b>144 877</b>	<b>190 612</b>	<b>13 332</b>	<b>31 511</b>	<b>44 843</b>	<b>148 909</b>	<b>193 752</b>

13. Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen											
	Gemeinden und Gemeinde- verbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter					Land- kreise
		zusammen	mit 200 000 und mehr Ein- wohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Ein- wohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Ein- wohnern	mit weniger als 50 000 Ein- wohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Ein- wohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Ein- wohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Ein- wohnern	Ämter	
<b>Bedienstete insgesamt</b>												
Schleswig-Holstein .....	6 397	4 456	3 388	768	300	—	1 401	—	925	476	—	540
Niedersachsen .....	9 584	7 292	4 111	1 386	1 038	757	1 829	—	840	989	—	463
Nordrhein-Westfalen .....	30 698	25 526	15 009	8 009	2 002	506	3 815	286	2 148	1 265	116	1 357
Hessen .....	10 833	8 774	6 717	99	918	1 040	1 167	—	494	673	—	808
Rheinland-Pfalz .....	4 849	4 098	—	546	2 683	869	552	—	213	317	22	174
Baden-Württemberg .....	17 863	13 695	6 847	4 333	1 948	567	4 140	519	2 341	1 280	—	28
Bayern (einschl. Lindau) .....	22 192	21 390	13 025	2 664	2 297	3 404	613	—	168	445	—	129
<b>Zusammen</b> .....	<b>102 416</b>	<b>85 231</b>	<b>49 097</b>	<b>17 805</b>	<b>11 186</b>	<b>7 143</b>	<b>13 517</b>	<b>805</b>	<b>7 129</b>	<b>5 445</b>	<b>138</b>	<b>3 499</b>
dagegen am 2.10.1953 .....	101 225	84 417	48 662 <sup>1)</sup>	16 941 <sup>1)</sup>	11 575	7 239	13 223	748	6 430	5 977	68	3 495
<b>Am 2.10.1954 entfielen auf:</b>												
Beamte .....	4 789	4 292	2 970	760	324	238	408	11	174	208	15	69
Angestellte .....	23 660	18 175	9 788	3 771	2 578	2 038	4 228	282	2 242	1 629	75	1 237
Arbeiter .....	73 967	62 764	36 339	13 274	8 284	4 867	8 881	512	4 713	3 608	48	2 193
<b>Von den Arbeitern entfielen auf:</b>												
Schleswig-Holstein .....	4 395	3 210	2 475	555	180	—	833	—	550	283	—	352
Niedersachsen .....	6 886	5 426	2 979	1 104	817	526	1 206	—	547	659	—	254
Nordrhein-Westfalen .....	22 431	19 321	11 320	6 158	1 495	348	2 326	132	1 353	807	34	784
Hessen .....	8 281	6 859	5 253	89	721	796	796	—	340	456	—	564
Rheinland-Pfalz .....	3 414	2 936	—	324	2 054	558	358	—	134	210	14	104
Baden-Württemberg .....	12 840	9 843	4 678	3 189	1 536	440	2 974	380	1 687	907	—	23
Bayern (einschl. Lindau) .....	15 720	15 169	9 634	1 855	1 481	2 199	388	—	102	286	—	112

1) Berichtigte Zahlen.

# D. Weibliches Personal im öffentlichen Dienst

## 14. Bund, Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen

Gebietskörperschaft und Land		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
		Hoheits- und Kämmererverwaltungen					Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit 2)				
		Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1953	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1953
<b>Bund</b>		<b>214</b>	<b>10 540</b>	<b>2 482</b>	<b>13 236</b>	<b>12 461</b>	<b>1</b>	<b>144</b>	<b>603</b>	<b>748</b>	<b>751</b>
Versorgungsverwaltung		54	4 403	1 028	5 485	5 106	—	—	—	—	—
<b>Länder 1), Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände</b>											
Schleswig-Holstein	Land	3 334	3 199	894	7 427	7 528	—	10	—	10	11
	Gemeinden (Gv.)	279	4 772	2 109	7 160	7 284	—	163	153	316	382
	<b>Zusammen</b>	<b>3 613</b>	<b>7 971</b>	<b>3 003</b>	<b>14 587</b>	<b>14 812</b>	—	<b>173</b>	<b>153</b>	<b>326</b>	<b>393</b>
Niedersachsen	Land	6 362	8 287	2 033	16 682	15 751	—	134	1 420	1 554	1 729
	Gemeinden (Gv.)	1 589	9 916	6 296	17 801	17 477	2	334	299	635	599
	<b>Zusammen</b>	<b>7 951</b>	<b>18 203</b>	<b>8 329</b>	<b>34 483</b>	<b>33 228</b>	<b>2</b>	<b>468</b>	<b>1 719</b>	<b>2 189</b>	<b>2 328</b>
Nordrhein-Westfalen	Land	15 808	10 845	3 633	30 286	28 544	—	36	383	419	242
	Gemeinden (Gv.)	6 959	25 093	12 212	44 264	42 735	23	1 180	1 027	2 230	2 237
	<b>Zusammen</b>	<b>22 767</b>	<b>35 938</b>	<b>15 845</b>	<b>74 550</b>	<b>71 279</b>	<b>23</b>	<b>1 216</b>	<b>1 410</b>	<b>2 649</b>	<b>2 479</b>
Hessen	Land	5 845	5 383	1 367	12 595	10 668	—	192	1 462	1 656	1 342
	Gemeinden (Gv.)	508	9 365	4 464	14 337	14 408	12	281	560	853	831
	<b>Zusammen</b>	<b>6 353</b>	<b>14 748</b>	<b>5 831</b>	<b>26 932</b>	<b>25 076</b>	<b>14</b>	<b>473</b>	<b>2 022</b>	<b>2 509</b>	<b>2 173</b>
Rheinland-Pfalz	Land	3 602	3 822	1 054	8 478	7 932	—	62	1 186	1 248	2 063
	Gemeinden (Gv.)	577	3 458	1 497	5 532	5 118	10	233	135	378	345
	<b>Zusammen</b>	<b>4 179</b>	<b>7 280</b>	<b>2 551</b>	<b>14 010</b>	<b>13 050</b>	<b>10</b>	<b>295</b>	<b>1 321</b>	<b>1 626</b>	<b>2 408</b>
Baden-Württemberg	Land	9 245	13 618	2 540	25 403	23 486	4	301	2 631	2 936	2 939
	Gemeinden (Gv.)	681	13 620	6 915	21 216	19 977	59	883	710	1 652	1 723
	<b>Zusammen</b>	<b>9 926</b>	<b>27 238</b>	<b>9 455</b>	<b>46 619</b>	<b>43 463</b>	<b>63</b>	<b>1 184</b>	<b>3 341</b>	<b>4 588</b>	<b>4 662</b>
Bayern (einschl. Lindau)	Land	13 993	13 407	3 742	31 142	30 298	13	399	6 284	6 696	8 643
	Gemeinden (Gv.)	2 407	12 837	8 540	23 784	22 541	108	852	1 100	2 060	2 041
	<b>Zusammen</b>	<b>16 400</b>	<b>26 244</b>	<b>12 282</b>	<b>54 926</b>	<b>52 839</b>	<b>121</b>	<b>1 251</b>	<b>7 384</b>	<b>8 756</b>	<b>10 684</b>
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin	Länder	58 189	58 561	15 263	132 013	124 207	19	1 134	13 366	14 519	16 969
	Gemeinden (Gv.)	13 000	79 061	42 033	134 094	129 540	214	3 926	3 984	8 124	8 158
	<b>Zusammen</b>	<b>71 189</b>	<b>137 622</b>	<b>57 296</b>	<b>266 107</b>	<b>253 747</b>	<b>233</b>	<b>5 060</b>	<b>17 350</b>	<b>22 643</b>	<b>25 127</b>
Hansestädte und West-Berlin 1)											
Hamburg		4 044	13 193	2 848	20 085	19 197	—	34	79	113	124
Bremen		1 231	3 452	1 470	6 153	5 929	—	27	8	35	34
West-Berlin		11 090	21 989	11 038	44 117	45 086	1	1 228	1 450	2 679	2 788
<b>Gebietskörperschaften insgesamt</b>		<b>87 822</b>	<b>191 199</b>	<b>76 162</b>	<b>355 183</b>	<b>—</b>	<b>235</b>	<b>6 493</b>	<b>19 490</b>	<b>26 218</b>	<b>—</b>
dagegen am 2.10.1953		80 314	185 256	75 956	—	341 526	281	6 281	22 262	—	28 824
Außerdem:											
Bundesbahn		1 898	205	10 187	12 290	13 359	—	—	—	—	—
Bundespost		27 868	35 957	8 161	71 986	71 155	—	—	—	—	—
Anstalten öffentlichen Rechts		96	10 794	441	11 331	11 405	—	—	—	—	—

1) Ohne Versorgungsverwaltung. — 2) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

## 15. Bund, Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen in vH der betreffenden Personalgruppe

Gebietskörperschaft und Land		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
		Hoheits- und Kämmererverwaltungen					Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit 2)				
		Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1953	Beamte	Ange- stellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1953
<b>Bund</b>		<b>0,4</b>	<b>41,3</b>	<b>12,7</b>	<b>12,8</b>	<b>13,1</b>	<b>1,1</b>	<b>5,0</b>	<b>18,8</b>	<b>19,3</b>	<b>20,3</b>
Versorgungsverwaltung		1,3	39,0	58,9	31,9	30,5	—	—	—	—	—
<b>Länder 1), Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände</b>											
Schleswig-Holstein		14,4	41,3	30,2	26,9	27,3	—	8,8	2,9	4,4	5,1
Niedersachsen		13,0	38,5	29,8	25,3	25,0	0,2	15,2	12,5	12,2	12,9
Nordrhein-Westfalen		16,7	38,1	27,2	25,8	25,6	2,1	15,9	5,6	7,8	7,7
Hessen		14,3	39,4	28,4	26,3	25,3	0,7	15,9	13,6	12,7	11,4
Rheinland-Pfalz		14,0	31,8	21,2	21,6	20,8	0,7	19,2	18,0	15,8	21,0
Baden-Württemberg		13,8	45,3	25,3	28,2	27,6	2,3	25,6	14,7	15,2	15,0
Bayern (einschl. Lindau)		16,5	42,5	28,2	26,8	26,5	2,6	23,2	20,5	19,0	21,9
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin		15,2	41,0	27,3	26,2	25,8	1,8	18,6	13,9	13,7	14,9
Hansestädte und West-Berlin 1)											
Hamburg		16,2	47,2	21,8	30,5	29,8	—	29,3	19,0	20,8	20,7
Bremen		14,9	44,0	31,4	29,6	29,3	—	14,4	2,7	7,2	6,9
West-Berlin		21,6	55,9	41,4	37,6	38,7	3,1	28,6	9,1	13,2	13,5
<b>Gebietskörperschaften insgesamt</b>		<b>14,3</b>	<b>42,4</b>	<b>27,7</b>	<b>26,5</b>	<b>—</b>	<b>1,8</b>	<b>20,0</b>	<b>13,5</b>	<b>13,8</b>	<b>—</b>
dagegen am 2.10.1953		14,1	40,5	28,2	—	26,3	2,1	19,9	15,0	—	14,9
Außerdem:											
Bundesbahn		0,9	9,8	3,8	2,5	2,6	—	—	—	—	—
Bundespost		16,2	83,4	8,6	23,2	23,6	—	—	—	—	—
Anstalten öffentlichen Rechts		3,5	33,1	19,1	30,0	30,1	—	—	—	—	—

1) Ohne Versorgungsverwaltung. — 2) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

16. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

Land	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen																
	Ge- meinden und Ge- meinde- verbände in- gesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter									Land- kreise	Be- zirks- ver- bände
		zu- sammen	mit 200 000 und mehr Ein- wohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Ein- wohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Ein- wohnern	mit weniger als 50 000 Ein- wohnern	zu- sammen	mit 50 000 und mehr Ein- wohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Ein- wohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Ein- wohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Ein- wohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Ein- wohnern	mit 2 000 bis unter 3 000 Ein- wohnern	mit 1 000 bis unter 2 000 Ein- wohnern	Ämter		
<b>Kämmereiverwaltungen</b>																	
Schleswig-Holstein . . . .	7 160	2 915	2 246	342	327	—	1 969	—	855	445	299	95	39	21	215	2 276	—
Niedersachsen . . . . .	17 801	8 485	3 780	2 135	1 503	1 067	3 934	—	1 075	1 172	806	401	233	247	—	5 382	—
Nordrhein-Westfalen . . . .	44 264	27 073	17 519	6 312	2 690	552	8 709	489	3 216	1 861	979	293	101	76	1 694	5 295	3 187
Hessen . . . . .	14 337	7 718	4 602	875	1 426	815	2 240	—	308	633	504	300	237	258	—	2 322	2 057
Rheinland-Pfalz . . . . .	5 532	3 060	—	524	1 735	801	1 052	—	157	219	174	97	78	99	228	1 191	229
Baden-Württemberg . . . . .	21 216	9 052	5 032	2 056	1 658	306	6 610	561	1 698	1 228	1 285	689	530	619	—	5 076	478
Bayern (einschl. Lindau) . . . .	23 784	13 879	6 566	1 908	1 743	3 662	2 793	—	108	373	1 097	393	354	468	—	5 003	2 109
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>134 094</b>	<b>72 182</b>	<b>39 745</b>	<b>14 152</b>	<b>11 082</b>	<b>7 203</b>	<b>27 307</b>	<b>1 050</b>	<b>7 417</b>	<b>5 931</b>	<b>5 144</b>	<b>2 268</b>	<b>1 572</b>	<b>1 788</b>	<b>2 137</b>	<b>26 545</b>	<b>8 060</b>
dagegen am 2.10.1953 . . . . .	129 540	71 591	40 417	13 600	10 504	7 070	25 791	991	6 690	5 670	5 014	2 129	1 521	1 796	1 980	24 365	7 793
<b>Am 2.10.1954 entfielen auf:</b>																	
Beamte . . . . .	13 000	9 158	5 729	1 679	1 166	584	2 206	106	946	532	361	117	27	19	98	1 126	510
Angestellte . . . . .	79 061	38 408	21 103	7 497	5 923	3 885	17 566	596	4 276	3 387	3 181	1 572	1 161	1 524	1 869	17 755	5 332
Arbeiter . . . . .	42 033	24 616	12 913	4 976	3 993	2 734	7 535	348	2 195	2 012	1 602	579	384	245	170	7 664	2 218
<b>Wirtschaftliche Unter- nehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit 2)</b>																	
Schleswig-Holstein . . . .	316	184	140	25	19	—	84	—	49	35	—	—	—	—	—	48	—
Niedersachsen . . . . .	635	507	287	68	60	92	103	—	47	56	—	—	—	—	—	25	—
Nordrhein-Westfalen . . . .	2 230	1 803	1 093	549	124	37	363	30	179	140	—	—	—	—	14	64	—
Hessen . . . . .	853	725	550	40	80	55	106	—	34	72	—	—	—	—	—	20	2
Rheinland-Pfalz . . . . .	378	320	—	49	188	83	29	—	20	9	—	—	—	—	—	26	3
Baden-Württemberg . . . . .	1 652	1 168	778	248	113	29	476	73	213	190	—	—	—	—	—	8	—
Bayern (einschl. Lindau) . . . .	2 060	1 932	1 256	188	201	287	83	—	14	69	—	—	—	—	—	37	8
<b>Zusammen . . . . .</b>	<b>8 124</b>	<b>6 639</b>	<b>4 104</b>	<b>1 167</b>	<b>785</b>	<b>583</b>	<b>1 244</b>	<b>103</b>	<b>556</b>	<b>571</b>	—	—	—	—	<b>14</b>	<b>228</b>	<b>13</b>
dagegen am 2.10.1953 . . . . .	8 158	6 668	4 356	1 085	742	485	1 257	92	509	652	—	—	—	—	4	219	14
<b>Am 2.10.1954 entfielen auf:</b>																	
Beamte . . . . .	214	211	158	26	22	5	3	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—
Angestellte . . . . .	3 926	3 085	1 694	599	449	343	734	56	391	273	—	—	—	—	14	104	3
Arbeiter . . . . .	3 984	3 343	2 252	542	314	235	507	47	162	298	—	—	—	—	—	124	10

1) Berichtete Zahlen. — 2) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

17. Hoheitsverwaltungen des Bundes, Bundesbahn, Bundespost und erfaßte Anstalten öffentlichen Rechts nach Laufbahngruppen

Verwaltung	Einheit	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
		Beamte					Angestellte				
		Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	Zusammen	Höherer	Gehobener	Mittlerer	Einfacher	Zusammen
		Dienst					Dienst				
<b>Hoheitsverwaltungen insgesamt</b>	Anzahl vH 1)	82 1,8	42 0,3	87 0,3	3 0,0	214 0,4	142 5,0	1 658 22,0	7 669 56,9	1 071 62,0	10 540 41,3
dagegen am 2.10.1953	Anzahl vH 1)	65 1,6	36 0,3	86 0,4	—	187 0,4	129 4,9	1 549 22,0	7 238 56,4	981 62,5	9 897 41,1
<b>Am 2.10.1954 entfielen auf:</b>											
Oberste Bundesbehörden	Anzahl vH 1)	47 2,6	28 1,7	62 24,0	—	137 3,7	51 7,9	821 55,6	1 654 78,3	111 80,4	2 637 60,4
Nachgeordnete Behörden (ohne Finanzver- waltung und Bundesgrenzschutz)	Anzahl vH 1)	35 1,6	14 0,7	12 1,1	2 0,8	63 1,1	90 4,5	724 14,3	4 251 50,2	424 47,0	5 489 33,4
Finanzverwaltung	Anzahl vH 1)	—	—	13 0,1	1 0,0	14 0,0	1 0,6	111 12,1	1 565 64,6	512 80,3	2 189 52,1
Bundesgrenzschutz	Anzahl vH 1)	—	—	—	—	—	—	2 3,5	199 42,3	24 49,0	225 38,3
Bundesbahn	Anzahl vH 1)	—	9 0,0	1 526 1,3	363 0,4	1 898 0,9	5 3,1	47 4,3	152 19,0	1 2,2	205 9,8
Bundespost	Anzahl vH 1)	6 0,5	778 3,9	27 084 42,9	—	27 868 16,2	3 1,3	156 7,2	33 391 87,7	2 407 90,5	35 957 83,4
Anstalten öffentlichen Rechts	Anzahl vH 1)	13 3,1	77 3,5	6 8,6	—	96 13,5	32 6,3	2 471 21,9	7 853 39,2	438 54,4	10 794 33,1
<b>insgesamt</b>	Anzahl vH 1)	101 1,2	906 1,6	28 703 14,2	366 0,2	30 076 6,6	182 4,9	4 332 19,6	49 065 67,8	3 917 74,8	57 496 55,6
dagegen am 2.10.1953	Anzahl vH 1)	82 1,0	751 1,4	29 486 15,1	321 0,2	30 640 7,0	164 4,7	3 931 18,0	49 915 65,3	5 534 79,3	55 544 54,1

1) Im Verhältnis zur betreffenden Personengruppe.

# E. Schwerbeschädigte im öffentlichen Dienst

## 18. Bund, Länder, Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaften, Ländern und Dienstverhältnissen

Gebietskörperschaft und Land		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen									
		Hoheits- und Kämmererverwaltungen					Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit <sup>2)</sup>				
		Beamte	Ange-stellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1953	Beamte	Ange-stellte	Arbeiter	zusammen	dagegen am 2.10.1953
Bund		2 338	1 765	1 112	5 215	4 987	11	75	179	265	262
Versorgungsverwaltung		726	1 568	106	2 400	2 419	-	-	-	-	-
Länder <sup>1)</sup> , Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände											
Schleswig-Holstein	Land	787	476	143	1 406	1 441	14	7	5	26	26
	Gemeinden (Gv.)	145	928	161	1 234	1 205	2	143	126	271	277
	Zusammen	932	1 404	304	2 640	2 646	16	150	131	297	303
Niedersachsen	Land	2 201	1 541	380	4 122	4 104	80	107	102	289	307
	Gemeinden (Gv.)	654	2 329	491	3 474	3 630	2	164	189	355	364
	Zusammen	2 855	3 870	871	7 596	7 734	82	271	291	644	671
Nordrhein-Westfalen	Land	3 176	1 654	323	5 153	5 040	34	24	43	101	74
	Gemeinden (Gv.)	2 349	5 293	1 465	9 107	9 144	25	489	546	1 060	1 062
	Zusammen	5 525	6 947	1 788	14 260	14 184	59	513	589	1 161	1 136
Hessen	Land	1 762	1 034	201	2 997	2 982	103	189	86	378	343
	Gemeinden (Gv.)	673	1 746	419	2 838	2 969	22	136	147	305	341
	Zusammen	2 435	2 780	620	5 835	5 951	125	325	233	683	684
Rheinland-Pfalz	Land	1 174	772	150	2 096	2 112	75	67	40	182	183
	Gemeinden (Gv.)	347	1 282	269	1 898	1 953	15	88	115	218	213
	Zusammen	1 521	2 054	419	3 994	4 065	90	155	155	400	396
Baden-Württemberg	Land	3 257	1 839	330	5 426	5 305	120	101	139	360	376
	Gemeinden (Gv.)	1 336	2 881	963	5 180	5 281	70	319	483	872	863
	Zusammen	4 593	4 720	1 293	10 606	10 586	190	420	622	1 232	1 239
Bayern (einschl. Lindau)	Land	4 494	2 336	517	7 347	7 904	217	102	248	567	657
	Gemeinden (Gv.)	1 772	3 535	1 048	6 355	6 783	114	400	558	1 072	1 129
	Zusammen	6 266	5 871	1 565	13 702	14 687	331	502	806	1 639	1 786
Länder ohne Hansestädte und West-Berlin	Länder	16 851	9 652	2 044	28 547	28 858	643	597	663	1 903	1 966
	Gemeinden (Gv.)	7 276	17 994	4 816	30 086	30 965	250	1 739	2 164	4 153	4 249
	Zusammen	24 127	27 646	6 860	58 633	59 853	893	2 336	2 827	6 056	6 215
Hansestädte und West-Berlin <sup>1)</sup>											
Hamburg		987	1 671	406	3 064	2 849	-	5	13	18	23
Bremen		294	600	146	1 040	1 007	1	8	7	16	17
West-Berlin		3 818	3 031	1 524	8 373	8 279	2	625	1 011	1 638	1 643
Gebietskörperschaften insgesamt		32 290	36 281	10 154	78 725	-	907	3 049	4 037	7 993	-
Dagegen am 2.10.1953		31 238	38 104	10 052	-	79 394	957	3 042	4 161	-	8 160
Außerdem:											
Bundesbahn		11 514	194	15 013	26 721	28 643	-	-	-	-	-
Bundespost		8 319	1 864	5 329	15 512	16 120	-	-	-	-	-
Anstalten öffentlichen Rechts		166	3 192	237	3 595	3 628	-	-	-	-	-

1) Ohne Versorgungsverwaltung. — 2) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

## 19. Gemeinden mit 1 000 und mehr Einwohnern und Gemeindeverbände nach Ländern und Art der Gebietskörperschaften/Größenklassen

		In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen																
Land	Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt	Kreisfreie Städte					Kreisangehörige Gemeinden und Ämter								Ämter	Landkreise	Bezirksverbände	
		zusammen	mit 200 000 und mehr Einwohnern	mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohnern	mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern	mit weniger als 50 000 Einwohnern	zusammen	mit 50 000 und mehr Einwohnern	mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern	mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern	mit 5 000 bis unter 10 000 Einwohnern	mit 3 000 bis unter 5 000 Einwohnern	mit 2 000 bis unter 3 000 Einwohnern	mit 1 000 bis unter 2 000 Einwohnern				
Kämmereiverwaltungen																		
Schleswig-Holstein . . .	1 234	503	374	70	59	—	437	—	119	103	100	26	4	4	81	294	—	
Niedersachsen . . . . .	3 474	1 368	513	382	290	183	1 135	—	179	276	242	188	118	132	—	971	—	
Nordrhein-Westfalen . . .	9 107	4 453	2 566	1 179	593	115	3 183	89	857	597	349	173	46	41	1 031	1 030	441	
Hessen . . . . .	2 838	1 143	558	144	274	167	1 031	—	95	198	268	195	163	112	—	484	180	
Rheinland-Pfalz . . . . .	1 898	587	—	67	357	163	914	—	54	82	115	111	75	129	348	369	28	
Baden-Württemberg . . . .	5 180	1 664	654	663	302	45	2 763	85	443	388	543	459	370	475	—	712	41	
Bayern (einschl. Lindau)	6 355	3 366	1 635	340	476	915	1 913	—	39	122	543	340	332	537	—	917	159	
<b>Zusammen</b>	<b>30 086</b>	<b>13 084</b>	<b>6 300</b>	<b>2 845</b>	<b>2 351</b>	<b>1 588</b>	<b>11 376</b>	<b>174</b>	<b>1 786</b>	<b>1 766</b>	<b>2 160</b>	<b>1 492</b>	<b>1 108</b>	<b>1 430</b>	<b>1 460</b>	<b>4 777</b>	<b>849</b>	
Dagegen am 2.10.1953	30 965	13 624	6 669 <sup>1)</sup>	2 820 <sup>1)</sup>	2 474	1 661	11 684	168	1 775	1 868	2 287	1 509	1 117	1 469	1 491	4 781	876	
Am 2.10.1954 entfielen auf:																		
Beamte . . . . .	7 276	3 934	2 071	759	673	431	2 294	46	428	350	452	275	231	270	242	806	242	
Angestellte . . . . .	17 994	6 799	3 031	1 615	1 301	852	7 093	100	1 026	1 081	1 260	871	644	930	1 181	3 640	462	
Arbeiter . . . . .	4 816	2 351	1 198	471	377	305	1 989	28	332	335	448	346	233	230	37	331	145	
Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit <sup>2)</sup>																		
Schleswig-Holstein . . .	271	177	124	36	17	—	79	—	50	29	—	—	—	—	—	15	—	
Niedersachsen . . . . .	355	247	115	53	44	35	79	—	33	46	—	—	—	—	—	29	—	
Nordrhein-Westfalen . . .	1 060	797	430	267	69	31	206	15	123	58	—	—	—	—	10	57	—	
Hessen . . . . .	305	219	151	2	25	41	55	—	25	30	—	—	—	—	—	25	6	
Rheinland-Pfalz . . . . .	218	182	—	22	111	49	26	—	5	21	—	—	—	—	—	10	—	
Baden-Württemberg . . . .	872	651	260	253	108	30	221	26	128	67	—	—	—	—	—	—	—	
Bayern (einschl. Lindau)	1 072	1 021	597	103	107	214	38	—	15	23	—	—	—	—	—	12	1	
<b>Zusammen</b>	<b>4 153</b>	<b>3 294</b>	<b>1 677</b>	<b>736</b> <sup>1)</sup>	<b>481</b>	<b>400</b>	<b>704</b>	<b>41</b>	<b>379</b>	<b>274</b>	—	—	—	—	<b>10</b>	<b>148</b>	<b>7</b>	
Dagegen am 2.10.1953	4 249	3 386	1 751 <sup>1)</sup>	695 <sup>1)</sup>	522	418	711	45	356	307	—	—	—	—	3	147	5	
Am 2.10.1954 entfielen auf:																		
Beamte . . . . .	250	227	134	54	18	21	21	—	6	15	—	—	—	—	—	1	1	
Angestellte . . . . .	1 739	1 250	579	279	175	217	401	29	209	154	—	—	—	—	9	85	3	
Arbeiter . . . . .	2 164	1 817	964	403	288	162	282	12	164	105	—	—	—	—	1	62	3	

1) Berichtete Zahlen. — 2) Ohne Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

F. (20.) Personal der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Ortsklassen

Dienstverhältnis Laufbahngruppe	In unmittelbarem Dienstverhältnis hauptberuflich vollbeschäftigte Personen am 2.10.1954													
	Stand des Ortsklassenverzeichnisses bis 31.12.1954					Stand des Ortsklassenverzeichnisses am 1.1.1955					Veränderung durch die Verordnung vom 13.12.1954			
	Ortsklasse				Zu- sammen	Ortsklasse				Zu- sammen	Ortsklasse			
	S	A	B	C		S	A	B	C		S	A	B	C
A. Kämmererverwaltungen														
Beamte														
Höherer Dienst	3 197	7 115	4 876	671	15 859	5 004	6 373	3 977	505	15 859	+ 1 807	- 742	- 899	- 166
Gehobener Dienst	9 715	18 091	13 949	4 360	46 115	14 951	15 974	11 534	3 656	46 115	+ 5 236	- 2 117	- 2 415	- 704
Mittlerer Dienst	14 895	15 791	8 984	2 303	41 973	19 334	13 252	7 444	1 943	41 973	+ 4 439	- 2 539	- 1 540	- 360
Einfacher Dienst	704	1 186	921	649	3 460	949	1 105	844	562	3 460	+ 245	- 81	- 77	- 87
Nicht aufgegliedert <sup>1)</sup>	4	285	2 364	4 477	7 130	34	388	2 534	4 174	7 130	+ 30	+ 103	+ 170	- 303
Beamte zusammen	28 515	42 468	31 094	12 460	114 537	40 272	37 092	26 333	10 840	114 537	+11 757	- 5 376	- 4 761	-1 620
Angestellte														
Höherer Dienst	2 151	3 095	2 681	472	8 399	2 744	3 121	2 207	327	8 399	+ 593	+ 26	- 474	- 145
Gehobener Dienst	5 683	12 078	10 294	2 886	30 941	8 858	10 964	8 768	2 351	30 941	+ 3 175	- 1 114	- 1 526	- 535
Mittlerer Dienst	15 927	33 053	32 750	10 367	92 097	24 123	31 072	23 224	8 678	92 097	+ 8 196	- 1 981	- 4 526	-1 689
Einfacher Dienst	9 087	13 081	15 281	6 571	44 020	11 557	13 396	13 229	5 838	44 020	+ 2 470	+ 315	- 2 052	- 733
Nicht aufgegliedert <sup>1)</sup>	3	586	3 847	12 188	16 624	70	745	4 360	11 449	16 624	+ 67	+ 159	+ 513	- 739
Angestellte zusammen	32 851	61 893	64 853	32 484	192 081	47 352	59 298	56 788	28 643	192 081	+14 501	- 2 595	- 8 065	-3 841
Beamte und Angestellte														
Höherer Dienst	5 348	10 210	7 557	1 143	24 258	7 748	9 494	6 184	832	24 258	+ 2 400	- 716	- 1 373	- 311
Gehobener Dienst	15 398	30 169	24 243	7 246	77 056	23 809	26 938	20 302	6 007	77 056	+ 8 411	- 3 231	- 3 941	-1 239
Mittlerer Dienst	30 822	48 844	41 734	12 670	134 070	43 457	44 324	35 668	10 621	134 070	+12 635	- 4 520	- 6 066	-2 049
Einfacher Dienst	9 791	14 267	16 202	7 220	47 480	12 506	14 501	14 073	6 400	47 480	+ 2 715	+ 234	- 2 129	- 820
Nicht aufgegliedert <sup>1)</sup>	7	871	6 211	16 665	23 754	104	1 133	6 894	15 623	23 754	+ 97	+ 262	+ 683	-1 042
Beamte und Angestellte zusammen	61 366	104 361	95 947	44 944	306 618	87 624	96 390	83 121	39 483	306 618	+26 258	- 7 971	-12 826	-5 461
Arbeiter	29 852	54 268	46 324	26 122	156 566	44 920	49 027	39 792	22 827	156 566	+15 068	- 5 241	- 6 532	-3 295
Beamte, Angestellte und Arbeiter insgesamt	91 218	158 629	142 271	71 066	463 184	132 544	145 417	122 913	62 310	463 184	+41 326	-13 212	-19 358	-8 756
Davon in														
Schleswig-Holstein	1 253	7 938	9 556	3 110	21 857	1 253	7 938	9 859	2 807	21 857	-	-	+ 303	- 303
Niedersachsen	-	20 449	24 868	9 560	54 877	8 439	15 309	23 317	7 812	54 877	+ 8 439	- 5 140	- 1 551	-1 748
Nordrhein-Westfalen	39 681	69 137	36 863	12 527	158 208	57 935	60 518	28 633	11 122	158 208	+18 254	- 8 619	- 8 230	-1 405
Hessen	14 558	15 193	10 127	6 855	46 733	18 267	11 861	9 804	6 801	46 733	+ 3 709	- 3 332	- 323	- 54
Rheinland-Pfalz	2 009	8 362	10 138	4 531	25 040	3 741	8 758	8 099	4 442	25 040	+ 1 732	+ 396	- 2 039	- 89
Baden-Württemberg	15 976	17 840	25 268	13 839	72 923	25 027	17 982	17 804	12 110	72 923	+ 9 051	+ 142	- 7 464	-1 729
Bayern	17 741	19 710	25 451	20 644	83 546	17 882	23 051	25 397	17 216	83 546	+ 141	+ 3 341	- 54	-3 428
B. Wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersön- lichkeit														
Beamte	2 337	1 753	726	257	5 073	2 946	1 269	643	215	5 073	+ 609	- 484	- 83	- 42
Angestellte	6 396	10 139	7 210	868	24 613	9 421	8 667	5 886	639	24 613	+ 3 025	- 1 472	- 1 324	- 229
Beamte und Angestellte	8 733	11 892	7 936	1 125	29 686	12 367	9 936	6 529	854	29 686	+ 3 634	- 1 956	- 1 407	- 271
Arbeiter	25 843	31 933	16 405	2 711	76 892	35 229	26 754	12 743	2 166	76 892	+ 9 386	- 5 179	- 3 662	- 545
Insgesamt	34 576	43 825	24 341	3 836	106 578	47 596	36 690	19 272	3 020	106 578	+13 020	- 7 135	- 5 069	- 816

<sup>1)</sup> Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern.

